

## 8. Sitzung

am Dienstag, dem 28. Januar 2020

### Inhalt

#### Fragestunde

**Anfrage 1: Effekte einer  
Rekommunalisierung der  
Straßenreinigung**

Anfrage der Abgeordneten Tebje,  
Rupp und Frau Leonidakis und  
Fraktion DIE LINKE  
vom 4. Dezember 2019  
(zurückgezogen) ..... 385

**Anfrage 2: Wie kann sichergestellt  
werden, dass der Unterricht im Fach  
Sport an den Oberschulen und  
Gymnasien in Bremen auch  
durchgeführt wird?**

Anfrage der Abgeordneten Hupe,  
Öztürk, Fecker und Fraktion Bündnis  
90/Die Grünen  
vom 11. Dezember 2019  
(zurückgezogen) ..... 385

**Anfrage 3: Stände auf dem Bremer  
Weihnachtsmarkt und dem  
Schlachtezauber**

Anfrage der Abgeordneten Frau  
Grotheer, Stahmann, Güngör und  
Fraktion der SPD  
vom 11. Dezember 2019 ..... 385

**Anfrage 4: Umrüstung der  
Straßenbeleuchtung auf LED und  
Verringerung von Angsträumen**

Anfrage der Abgeordneten Tebje, Frau  
Leonidakis und Fraktion DIE LINKE  
vom 12. Dezember 2019 ..... 388

**Anfrage 5: „Gro-Harlem-Brundtland-  
Labor“ als praktiziertes Modell zur  
MINT-Förderung von Schulen mit der  
Universität Bremen**

Anfrage der Abgeordneten Hupe, Dr.  
Eschen, Fecker und Fraktion Bündnis  
90/Die Grünen  
vom 17. Dezember 2019 .....392

**Anfrage 6: Schulgeldfreiheit am  
Bremer Lehrinstitut für  
Physiotherapie, Blipht**

Anfrage der Abgeordneten Frau  
Osterkamp-Weber, Fecker und  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 17. Dezember 2019 .....395

**Anfrage 7: Stadtteil sucht  
Stadtteilärztin**

Anfrage der Abgeordneten Frau  
Osterkamp-Weber, Fecker und  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 19. Dezember 2019 .....395

**Anfrage 8: Brokhuchtinger Landstraße**

Anfrage des Abgeordneten Beck, AfD  
vom 10. Januar 2020 .....397

**Anfrage 9: Fortschritte beim Ersatz  
der Recyclingstation Weserpark**

Anfrage der Abgeordneten Tebje, Frau  
Leonidakis und Fraktion DIE LINKE  
vom 13. Januar 2020 .....399

Die schriftlich beantworteten Anfragen der  
Fragestunde finden Sie im Anhang.

<b>Aktuelle Stunde</b>	Staatsrat Wiebe .....	446
	Abstimmung .....	447
<b>Förderzentrum auf dem Abstellgleis! Wann werden Bremer Bildungseinrichtungen konzeptionell, personell und architektonisch für nachhaltige Bildungsqualität stehen?</b>		
Abgeordnete Bergmann (FDP) .....	401	
Abgeordneter Güngör (SPD) .....	403	
Abgeordneter Hupe (Bündnis 90/Die Grünen) .....	405	
Abgeordnete Averwieser (CDU) .....	406	
Abgeordnete Leonidakis (DIE LINKE) .....	408	
Abgeordnete Bergmann (FDP) .....	411	
Abgeordnete Leonidakis (DIE LINKE) .....	413	
Senatorin Dr. Bogedan .....	414	
<b>Anstieg der Mieten und Kaufpreise – Bremen muss für alle bezahlbar bleiben!</b>		
Abgeordneter Wagner (SPD) .....	415	
Abgeordneter Schumann (DIE LINKE) .....	418	
Abgeordneter Bücking (Bündnis 90/Die Grünen) .....	420	
Abgeordnete Neumeyer (CDU) .....	424	
Abgeordneter Schäck (FDP) .....	427	
Abgeordneter Wagner (SPD) .....	429	
Abgeordneter Schumann (DIE LINKE) .....	430	
Bürgermeisterin Dr. Schaefer .....	431	
<b>Konzept für die Innenstadt entwickeln – privatwirtschaftliches Engagement mit verbindlichen Leitlinien begleiten Antrag der Fraktion der CDU vom 19. November 2019 (Drucksache 20/83 S)</b>		
Abgeordneter Strohmann (CDU) .....	434	
Abgeordneter Bücking (Bündnis 90/Die Grünen) .....	436	
Abgeordneter Tebje (DIE LINKE) .....	438	
Abgeordneter Stahmann (SPD) .....	440	
Abgeordneter Schäck (FDP) .....	441	
Abgeordneter Strohmann (CDU) .....	442	
Abgeordneter Bücking (Bündnis 90/Die Grünen) .....	443	
Bürgermeisterin Dr. Schaefer .....	444	
	<b>Vorhabenbezogener Bebauungsplan 138 für die Errichtung eines gemischt genutzten Gebäudes am Osterholzer Marktplatz, zwischen Walliser Straße, Bus- und Straßenbahnhaltestelle Schweizer Eck und Tessiner Straße in Bremen-Osterholz Mitteilung des Senats vom 7. Januar 2020 (Drucksache 20/108 S)</b>	
	<b>Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 4 vom 24. Januar 2019 (Drucksache 20/115 S)</b>	
	<b>Anhang zum Plenarprotokoll</b>	
	Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus der Fragestunde der Stadtbürgerschaft vom 28. Januar 2020 .....	449
	<b>Anfrage 10: Bundeswettbewerb „Jugend musiziert“ 2021 in Bremen?</b> Anfrage der Abgeordneten Rohmeyer, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 16. Januar 2020 .....	449
	<b>Anfrage 11: Umbenennung von Straßen, deren Namen einen kolonialgeschichtlichen Bezug hat</b> Anfrage der Abgeordneten Frau Strunge, Zimmer, Frau Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 20. Januar 2020 .....	449
	<b>Anfrage 12: Einhaltung der Fußgängerzonenregelung</b> Anfrage der Abgeordneten Michalik, Strohmann, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 21. Januar 2020 .....	450
	<b>Anfrage 13: Medizinisches Zentrum für erwachsene Menschen mit Behinderung (MZEB)</b> Anfrage der Abgeordneten Frau Grönert, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 21. Januar 2020 .....	450
	Konsensliste .....	452

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Eckhoff, Frau Strunge, Weiß, Dr. Yazici

**Präsident Imhoff:** Die achte Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Medien.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie der digital versandten Tagesordnung mit Stand von heute, 13 Uhr, entnehmen können.

Dieser Tagesordnung können Sie auch den Eingang gemäß § 37 der Geschäftsordnung entnehmen, bei dem interfraktionell vereinbart wurde, ihn nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen, es handelt sich um den Tagesordnungspunkt 15.

Meine Damen und Herren, weiterhin haben Sie für diese Sitzung die Konsensliste übermittelt bekommen. Es handelt sich um die Zusammenfassung der Vorlagen, die ohne Debatte und einstimmig behandelt werden sollen. Auf dieser Liste stehen die Tagesordnungspunkte 8, 10, und 12.

Um diese Punkte im vereinfachten Verfahren zu behandeln, bedarf es eines einstimmigen Beschlusses der Stadtbürgerschaft.

Ich lasse jetzt darüber abstimmen, ob eine Behandlung im vereinfachten Verfahren erfolgen soll.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit dem vereinfachten Verfahren einverstanden.

(Einstimmig)

Ich lasse jetzt gemäß § 22 der Geschäftsordnung über die Konsensliste selbst abstimmen.

Wer der Konsensliste seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt der Konsensliste zu.

(Einstimmig)

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht?

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, M.R.F.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(Abgeordneter Beck [AfD])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

### **Fragestunde**

#### **Anfrage 1: Effekte einer Rekommunalisierung der Straßenreinigung**

**Anfrage der Abgeordneten Tebje, Rupp und Frau Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 4. Dezember 2019 (zurückgezogen)**

#### **Anfrage 2: Wie kann sichergestellt werden, dass der Unterricht im Fach Sport an den Oberschulen und Gymnasien in Bremen auch durchgeführt wird?**

**Anfrage der Abgeordneten Hupe, Öztürk, Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. Dezember 2019 (zurückgezogen)**

#### **Anfrage 3: Stände auf dem Bremer Weihnachtsmarkt und dem Schlachtezauber**

**Anfrage der Abgeordneten Frau Grotheer, Stahmann, Güngör und Fraktion der SPD vom 11. Dezember 2019**

Frau Kollegin Grotheer, Sie haben das Wort!

**Abgeordnete Grotheer (SPD):** Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie lange lief die Bewerbungsfrist für mögliche Standbetreiber für den Bremer Weihnachtsmarkt und den Schlachtezauber 2019, und wann haben die ausgewählten Bewerberinnen und Bewerber ihre Zusagen erhalten?

Zweitens: Trifft es zu, dass einige Bewerberinnen und Bewerber erst vier Tage vor Beginn des Weihnachtsmarktes und des Schlachtezaubers eine Zusage erhalten haben, wegen der Kurzfristigkeit ihren Stand nicht mehr organisieren konnten und deswegen abgesagt haben?

Drittens: Wie gedenkt der Senat, solche Schwierigkeiten im Jahr 2020 zu vermeiden?

**Präsident Imhoff:** Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Wiebe.

**Staatsrat Wiebe:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Bewerbungsfrist für den Bremer Weihnachtsmarkt endet am 31. Januar des Veranstaltungsjahres, für den Schlachtezauber am 31. März des Veranstaltungsjahres.

Die schriftlichen Zulassungen für den Schlachtezauber wurden am 31. Juli 2019 versandt. Die Zulassungsbescheide für den Weihnachtsmarkt konnten aufgrund von personellen Engpässen und verschiedenen technischen Problemen, vor allem mit dem DV-Fachverfahren, erst im November 2019 zugestellt werden. Die Bewerberinnen und Bewerber wurden bei Anfragen vorab telefonisch unterrichtet.

Zu Frage 2: Es ist richtig, dass Bewerberinnen und Bewerber eine schriftliche Zusage erst vier Tage vor Veranstaltungsbeginn erhalten haben. Von den zugelassenen Bewerberinnen und Bewerbern haben vier aufgrund der verspätet zugestellten Zulassungsbescheide ihre Teilnahme abgesagt.

Zu Frage 3: Die personelle Ausstattung des für die Zulassungsverfahren zuständigen Referats konnte deutlich verbessert werden. Auch die technischen Schwierigkeiten bei der Anwendung des für die Zulassungsverfahren eingesetzten DV-Fachverfahrens sind behoben worden. Der Senat geht davon aus, dass im Jahr 2020 die nach der Änderung der Zulassungsrichtlinie für die Versendung der Zulassungsbescheide vorgegebene Frist von zwölf Wochen vor Veranstaltungsbeginn eingehalten wird.

Die Zulassungsbescheide für die Osterwiese 2020 wurden fristgerecht in der zweiten Kalenderwoche 2020 versandt. – So weit die Antwort des Senats!

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordnete Grotheer (SPD):** Wie viele Bewerber wurden denn tatsächlich bei den Ständen für den Weihnachtsmarkt unterrichtet? Sie haben ja geschrieben, dass die Bewerberinnen und Bewerber bei ihrer Anfrage vorab unterrichtet wurden. Können Sie mir sagen, wie viele und ab wann?

(Abgeordneter Röwekamp [CDU]: Er hat es gesagt, aber nicht geschrieben!)

Nein, er hat von vier Bewerbern gesprochen, die abgesagt haben, aber er hat nicht die Zahl genannt, mit denen telefoniert worden ist!

**Präsident Imhoff:** Die Frage wurde ja gestellt, und es wäre schön, wenn Sie die Frage beantworten würden, Herr Staatsrat!

**Staatsrat Wiebe:** Die Frage kann ich so nicht beantworten. Ich weiß auch gar nicht, ob die Telefonate alle festgehalten oder mitgezählt wurden, aber natürlich ist klar, dass die Bewerberinnen und Bewerber für den Weihnachtsmarkt, ich vermute einmal, sehr zahlreich bei uns in der Behörde angerufen und dann auch eine entsprechende Auskunft erhalten haben.

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordnete Grotheer (SPD):** Ich entnehme Ihrer Antwort, wenn Sie schreiben oder sagen, Bewerberinnen und Bewerber haben die schriftliche Zusage erst vier Tage vor Beginn der Veranstaltung erhalten, dass sich das auf alle Bewerberinnen und Bewerber bezieht. Ist das richtig?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Herr Staatsrat!

**Staatsrat Wiebe:** Ich kann nicht definitiv sagen, wie lange die einzelnen Bescheide unterwegs waren. Sie wurden im zuständigen Fachreferat am 30. Oktober fertiggestellt, und es kam dann unglücklicherweise ein Umstand hinzu, dass zu dem Zeitpunkt der Maschinenpark der Frankiermaschinen bei Performa Nord umgestellt wurde und dies die gesamte Behördenpost beeinträchtigt hat. Dadurch kann ich jetzt nicht genau nachvollziehen, wie viele Bewerber vier Tage vorher ihren Bescheid bekommen haben und wie viele vielleicht eine Woche oder zwei Wochen vorher.

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordnete Grotheer (SPD):** Mir ist von Besuchern des Weihnachtsmarktes geschildert worden, dass es bei vielen deswegen Probleme gibt, weil die Ware, die dann auf dem Weihnachtsmarkt verkauft werden soll – das bezieht sich also eher nicht auf die Geschäfte, die Lebensmittel oder Genussmittel verkaufen, sondern eher auf die kunsthandwerklichen Stände –, häufig ja bereits im Frühjahr geordert werden muss. Dann wäre natürlich auch ein Verfahren zwölf Wochen vor Beginn des Weihnachtsmarktes, also im Spätsommer oder im Frühherbst, eigentlich zu spät. Gibt es Planungen, diesen Termin noch weiter nach vorn zu verlegen, oder wie reagiert man auf die Bedürfnisse dieser von uns ja sehr gewünschten Kunsthandwerkerinnen und Kunsthandwerker oder anderweitiger Verkaufsgeschäfte?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Herr Staatsrat!

**Staatsrat Wiebe:** Zunächst einmal ist es richtig, dass im Kunsthandwerk ein langer Vorlauf besteht, unter Umständen auch über die zwölf Wochen hinaus. Wir sind im Moment der Auffassung, dass wir mit dieser Frist gleichwohl auch die Belange des Kunsthandwerks ausreichend berücksichtigen, aber wir sind auch gern bereit, noch einmal in Gespräche dazu einzutreten, ob und wieweit man da noch weitergehende Sicherheit im Vorfeld schaffen kann.

**Präsident Imhoff:** Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordnete Wischhusen (FDP):** Meine Nachfrage lautet: Gab es tatsächlich so negative Überraschungen, das heißt, haben wir eine gewisse Tradition an Stellen, die ja immer wiederkommen, wo die Betreiber in Vorleistung gehen und investieren, und dann gab es plötzlich vier Tage vorher doch eine Absage oder eine neue, positive Zusage, sodass die Leute dann Probleme hatten zu planen?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Herr Staatsrat!

**Staatsrat Wiebe:** Ich gestehe zu, dass die Situation auch in den Vorjahren schwierig war, und wir müssen dafür Sorge tragen – und das werden wir in diesem Jahr auch tun –, dass wir sehr frühzeitig diese Planungssicherheit haben, damit es eben nicht erneut zu diesen Effekten kommt, sprich, wir diese Planungssicherheit herstellen, damit es nicht bei diesen vier Absagen bleibt, die wir im letzten Jahr wegen der sehr kurzen Frist erhalten haben, sondern es keine solchen Absagen geben wird.

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordnete Wischhusen (FDP):** Die vier Absagen sind ja Absagen von denjenigen, die freiwillig abgesagt haben, wenn ich Sie richtig verstanden habe. Gab es Absagen, die Sie gegenüber Bewerbern ausgesprochen haben, die dadurch in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Herr Staatsrat!

**Staatsrat Wiebe:** Wenn ich den letzten Halbsatz mit einbeziehe, kann ich die Antwort klar mit Nein beantworten, aber natürlich gibt es eine Vielzahl von Bewerbungen für den Weihnachtsmarkt, knapp 400, und wir haben 178 Zusagen erteilt. Daher gibt es jede Menge Absagen, und ich habe keinen Überblick darüber, ob der eine oder andere in finanziellen Schwierigkeiten war. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es aufgrund der Absage geschehen ist.

**Präsident Imhoff:** Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Tebje (DIE LINKE):** Ich kenne das Prozedere aus eigener Erfahrung, weil ich früher auch einmal einen Stand auf dem Bremer Weihnachtsmarkt hatte. Ich kenne das Verfahren aber noch so, dass es im Grunde genommen nach der Zusage auch immer Nachrücker auf der Liste gibt, weil es doch sowieso auch regelmäßig immer wieder einmal Ausfälle von Betreibern gibt, die relativ kurzfristig von sich aus absagen, oder sehe ich das falsch?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Herr Staatsrat!

**Staatsrat Wiebe:** Das ist vollkommen richtig. Wir können natürlich auch auf Absagen reagieren, dann rücken andere Bewerber nach, selbstverständlich!

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Tebje (DIE LINKE):** Das heißt dann doch, auch bei dem Absageverfahren, das Sie gerade beschrieben haben, dass Bewerber informiert sind, dass sie nicht angenommen wurden, sie aber vielleicht noch damit rechnen könnten, nachrücken zu können, weil sie relativ weit oben auf der Nachrückerliste stehen?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Herr Staatsrat!

**Staatsrat Wiebe:** Damit können die Bewerber jederzeit rechnen, es ist ja nicht ungewöhnlich, dass auch aus anderen Gründen kurzfristig Absagen eingehen.

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Tebje (DIE LINKE):** Wenn man das im Verhältnis sieht: Sie sagten, vier Absagen und 178 Stände! Ist es nicht so, dass es in den letzten Jahren auch immer wieder Fälle in der ähnlichen Größenordnung gab, dass aufgrund von Absagen auch im Grunde kurzfristig, ich sage einmal, Betreiber aufgefordert worden sind, ob sie nicht doch ihren Stand aufbauen wollen?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Herr Staatsrat!

**Staatsrat Wiebe:** Das ist auf jeden Fall auch richtig, gleichwohl wollen wir natürlich versuchen, die Situation zu vermeiden, dass die Absage auf unser Handeln zurückzuführen ist. Insofern gibt es beide Fälle. Den einen wollen wir vermeiden, den anderen werden wir nicht vermeiden können.

**Präsident Imhoff:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Ich bedanke mich für die Beantwortung.

**Anfrage 4: Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED und Verringerung von Angsträumen**  
**Anfrage der Abgeordneten Tebje, Frau Leonidakis und Fraktion DIE LINKE**  
**vom 12. Dezember 2019**

Herr Kollege Tebje, Sie haben das Wort!

**Abgeordneter Tebje (DIE LINKE):** Wir fragen den Senat:

1. Wie steht der Senat zum Angebot der swb, im Rahmen des laufenden Vertrags über die Straßenbeleuchtung erheblich in die LED-Umrüstung und Verringerung von Angsträumen zu investieren, wenn die Restwertabschreibung für die Zukunft angepasst wird?

2. Was unternimmt der Senat, um die Straßenbeleuchtung schnellstmöglich auf LED umzurüsten und Angsträume in Bremen zu reduzieren?

**Präsident Imhoff:** Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Dem Senat liegt ein solches konkretes Angebot der swb mit den genannten Inhalten nicht vor. Der Beleuchtungsvertrag mit der swb verpflichtet die swb zur Erneuerung von Leuchten einschließlich deren Finanzierung. Eine vollständige Umrüstung auf LED und die Verringerung von Angsträumen müsste vertraglich neu geregelt werden. Der Senat wird mit der swb zeitnah in Gespräche eintreten, um entsprechende Möglichkeiten auszuloten.

Zu Frage 2: Die Straßenbeleuchtung in Bremen wird derzeit kontinuierlich und auf konzeptioneller Basis auf die LED-Technik umgestellt. Auf Grundlage des Straßenbeleuchtungsvertrags findet eine wirtschaftlich sinnvolle, kontinuierliche Neuananschaffung von abgängigen Leuchten statt. Damit wird gewährleistet, dass neue Leuchten nach den jeweils aktuellsten Techniken angeschafft werden können. Auf diesem Weg gelingt es Bremen auch zukünftig, Innovationen, die kostengünstiger sind und weniger Energiebedarf haben, bei den Leuchten zum Einsatz zu bringen.

Auf Grundlage des in der Baudeputation im November vorgelegten Sachstandsberichts zur Umrüstung der öffentlichen Straßenbeleuchtung in Bremen auf LED-Technik ist beabsichtigt, Möglichkeiten zur Beschleunigung der Umrüstung und damit auch einer schnelleren Reduzierung von Angsträumen zu erreichen.

Es gibt zurzeit circa 63 000 Leuchten in der Stadtgemeinde Bremen, von denen circa 7 500 bereits auf LED umgerüstet sind. Der Strombedarf wird zu 100 Prozent über zertifizierten Ökostrom gedeckt.

Zur Verringerung von Angsträumen werden im Rahmen der Arbeitsgruppe „Licht“ in Zusammenarbeit mit den Polizeirevieren sicherheitsrelevante Örtlichkeiten ermittelt, die in einer Prioritätenliste fixiert werden. Diese wird mithilfe von zusätzlichen örtlichen Begehungen mit allen Beteiligten hinsichtlich der möglichen und erforderlichen Verbesserungsmaßnahmen konkretisiert. Für jede festgestellte Teilmaßnahme sollen Bewertungen mit Blick auf Kriminalprävention, Verkehr, Städtebau, Wirtschaft, Stadtteilbelange – Ortsamt – und städtisches Grün beim UBB und SKUMS erfolgen sowie Empfehlungen inklusive der benötigten Kosten ermittelt werden. – So weit die Antwort des Senats!

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Tebje (DIE LINKE):** Welche Stelle ist zuständig? Ich sage einmal, ich habe die Antwort so verstanden, dass dem Senat keine Anfrage für ein entsprechendes Angebot der swb vorliegt. Insofern würde mich noch einmal interessieren, wer im Grunde in der Organisation für solche Anfragen zuständig ist und ob tatsächlich bei den Zuständigen explizit noch einmal nachgehakt worden ist, ob eine entsprechende Anfrage vorlag.

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Jetzt weiß ich nicht so richtig, ob ich Ihre Frage hinsichtlich der Zuständigkeiten richtig verstanden habe. Zuständig für die Straßenbeleuchtung ist mein Ressort. Ich habe ja in meiner Antwort gesagt, wir sind gern bereit, mit der swb Kontakt aufzunehmen, um noch einmal mit ihr gemeinsam zu diskutieren, wie wir eine Beschleunigung in dem Prozess erreichen können, aber uns liegt kein konkretes Angebot der swb vor. Ich weiß, dass verschiedene Abgeordnete auch Gespräche mit der swb geführt haben, aber die swb hat uns kein Angebot vorgelegt, wie es zum Beispiel aussehen könnte, damit wir schnell auf LED umstellen können, und das ist übrigens ein Finanzierungskonzept.

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

(Abgeordneter Tebje [DIE LINKE]: Nein, das nehme ich erst einmal so zur Kenntnis!)

Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Gottschalk. – Bitte sehr!

**Abgeordneter Gottschalk (SPD):** Es freut mich natürlich, dass nach den Abgeordneten jetzt auch das Ressort Gespräche führen will. Es ist ja ein sehr vielschichtiges Thema. Wenn ich meinen Hut „Umwelt“ aufsetze und auf die Wirkungen schaue, die wir gerade mit der Straßenbeleuchtung auf Insekten haben – wir wissen, es gibt einen dramatischen Einbruch bei der Insektenpopulation, auch ein großes Bekennen dazu, dass wir endlich handeln müssen –, und wenn ich mir die Zahlen in diesem Bereich ansehe: Stimmen Sie mir zu, dass die LED-Technik dort tatsächlich auch eine sehr relevante und damit auch dringende Maßnahme wäre, um dort Verbesserungen zu erreichen?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Sie haben recht, LED ist im Vergleich zu anderen, herkömmlichen Beleuchtungsmitteln durchaus insektenfreundlicher, wobei wir dann auch wieder über Lichtverschmutzung in der Stadt reden könnten. LED ist besonders hell, insektenfreundlich, je mehr Beleuchtung wir allerdings in der Stadt haben – das wissen wir auch –, desto mehr hat es wieder einen Einfluss auf Zugvögel und andere. Wenn man sich also die gesamte Umweltbilanz anschaut, dann muss man immer schauen, aber Sie haben vollkommen recht, dass LEDs definitiv insektenfreundlicher sind. Deswegen sagen wir ja auch, nicht nur aus diesen naturschutzfachlichen Gründen, sondern auch aus energiepolitischen Gründen – LEDs verbrauchen einfach weniger Energie –, dass wir ein Interesse daran haben, auch die Umrüstung auf LED zu beschleunigen.

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Gottschalk (SPD):** Damit wurde sozusagen der zweite Hut angesprochen, Haushalt/Finanzen und die ökonomischen Vorteile. Ich habe mir Ihre Unterlagen sehr genau angesehen, die Sie in der Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung zu den Antworten vorgelegt haben. Wenn ich mir die verschiedenen Lampenklassen ansehe, dann kann man zumindest erkennen, dass wir im Bereich der Natriumhochdrucklampen eigentlich sehr schnell dabei wären, durch die Einsparungen, die man in diesem Bereich erzielen würde, eine Amortisierung zu erreichen, und dass diese ganze Sache auch ökonomisch sehr vorteilhaft ist. Würden Sie dem zustimmen?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Ich stimme Ihnen zu, dass man, wenn man LEDs einsetzt, relativ schnell viel Strom und damit Energiekosten einspart und man auch eine schnellere Amortisation hat, aber wenn wir uns die Finanzpolitik in Gänze anschauen, dann wissen Sie auch, dass man für diese Umgestaltung natürlich auch erst einmal eine Finanzierung hinbekommen muss. Ich hatte die Zahlen vorgelesen: Von 63 000 Straßenlaternen sind 7 500 umgerüstet, und bis zum Jahr 2024 – so lange läuft der Vertrag mit der swb – wären wir bei einer Quote von ungefähr 37 Prozent.

Natürlich haben Sie recht, mit jeder LED-Lampe würden wir erst einmal Energiekosten einsparen. Die Frage, die wir uns stellen und warum wir dann mit der swb jetzt auch im Vorfeld des auslaufenden

Vertrags sprechen wollen, ist: Wenn wir die Umrüstung wollen, und zwar ganz schnell, wer finanziert sie, wohl wissend, dass es eine schnelle Amortisation gibt? Zuerst einmal haben wir aber natürlich Investitionskosten, die wir auch finanzieren müssen.

Der bisher geltende Vertrag mit der swb besagt nur, dass alles, was abgängig ist, ersetzt werden muss. Da können wir natürlich Vorgaben machen und sagen, dann ersetzt es bitte durch LED-Technik, aber wir haben im Moment keinen Vertrag mit der swb, der besagt, seht einmal zu, dass ihr bis zum Jahr 2024 alle Lampen auf LED umgestellt habt! Wenn wir eine Beschleunigung wollen, dann müssen wir mit der swb reden, wie wir dann auch die Investitionskosten gestalten.

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Gottschalk (SPD):** Ich verstehe es nicht ganz, wir haben diese Straßenbeleuchtung an die swb outgesourct, und es ist ja so, dass die Investitionen und das, was gemacht wird, von der swb getätigt werden. Wesentlich für uns ist dann natürlich die Frage: Welche Rückkaufswerte, welche Endwerte stehen im Jahr 2024 an? Ich verstehe jetzt nicht so richtig, wo Sie Investitionsbedarfe für unseren Haushalt sehen. Das ist doch nun gerade die Konstruktion, die uns in dieser Hinsicht nicht belastet.

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin.

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Ich versuche, es Ihnen noch einmal zu erklären, vielleicht verstehen Sie dann, Herr Gottschalk! Die swb ist nicht verpflichtet, bis zum Jahr 2024 zu 100 Prozent auf LED umzustellen, und schon gar nicht auf eigene Kosten. Das sieht der Vertrag nicht vor. Wenn die swb es für sinnvoll erachten würde, es selbst zu machen, dann obliegt es ihr natürlich, es auch zu tun, aber wir haben einen geltenden Konzessionsvertrag mit der swb bis zum Jahr 2024, der lediglich besagt, alle abgängigen Beleuchtungen, alle abgängigen Straßenlaternen müssen erneuert und sollen mit LED erneuert werden. Wir sind aber nicht in der Lage, der swb zu sagen, wir haben einen Vertrag mit euch, jetzt macht einmal, und seht zu, wie ihr selbst investiert und die Investitionskosten bewältigt!

Wir haben eben nicht den Vertrag, der besagt, bis zum Jahr 2024 müssen sie zu 100 Prozent auf LED

umgestellt haben. Jetzt kann man sagen, der Vertrag ist einige Jahre alt, und man hätte ihn irgendwie anders gestalten sollen – hätte, hätte, Fahrradkette! –, aber das ist das Vertragswerk, das derzeit gilt.

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Gottschalk (SPD):** Mir sind die Dinge sehr wohl bewusst, und in diesem Bereich, wenn Sie sagen, wir haben da einen Vertrag, dann lese ich natürlich auch in der Antwort von Ihnen in der Deputation, dass man solche Verträge auch modifizieren kann, dass man allerdings – darauf weisen Sie hin! – ab einer bestimmten Größenordnung Probleme hat und neu ausschreiben müsste. Die Frage ist: Haben Sie bisher schon einmal geprüft, welche Modifikationen möglich wären, ohne dass man diese Probleme hat?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Herr Gottschalk, ich habe ja in meiner Antwort deutlich gesagt, dass wir jetzt Gespräche mit der swb aufnehmen. Ich sage auch noch einmal das Bekenntnis dazu, dass wir eine schnelle Umstellung auf LED-Beleuchtung haben wollen, eine schnelle Realisierung von 100 Prozent LED, ich hoffe, dass das angekommen ist. Gleichwohl haben wir einen geltenden Vertrag. Ich habe gesagt, wir nehmen Gespräche mit der swb auf, um mit ihr zu diskutieren, wie man diese Investitionskosten dann auch in Angriff nehmen kann, welche Finanzierungsmodelle es gibt.

Klar ist aber auch, dass wir irgendwann auch wieder über die Ausschreibung von Konzessionsverträgen reden müssen, und wenn man jetzt sagt, macht das doch einmal bitte für uns, dann finde ich es auch richtig, jetzt schon über die Folgen für einen zukünftigen Konzessionsvertrag nachzudenken, was das bewirkt: Verpflichtet man die swb oder einen zukünftigen Betreiber der Straßenlaternen dann, für diese Folgekosten aufzukommen? Das sind alles Fragen, die bisher nicht beantwortet sind, und deswegen suchen wir ja das Gespräch.

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Gottschalk (SPD):** Frau Senatorin, mich hat in den Antworten etwas überrascht: Ein großes Thema, das uns bewegt, ist die Einsparung von CO<sub>2</sub>, und die Botschaft Ihrer Antwort ist, dass



wir diese gar nicht hätten. Können Sie mir das erläutern?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Ich glaube nicht, dass das die Botschaft meiner Antwort war, sondern die Botschaft der Antwort ist, dass sie ja bisher mit Ökostrom betrieben werden, und das halte ich für einen wichtigen Hinweis. Wenn Sie dort heraushören, es gäbe keinen Wunsch nach CO<sub>2</sub>-Einsparungen, dann habe ich das aus meiner Antwort nicht heraushören können, Herr Abgeordneter!

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Gottschalk (SPD):** Sie haben – deshalb habe ich das ja aufgegriffen – sehr deutlich auf die 100 Prozent Grünstrom verwiesen, die wir beziehen. Fakt ist aber, Frau Senatorin, der Strom, der hier in die Straßenbeleuchtung fließt, ist physikalisch kein direkt durchgeleiteter Strom aus Norwegen, und selbst wenn er in Norwegen direkt für uns erzeugt würde, dann könnte man Ihrer Konsequenz folgen. Wenn ich aber jetzt frage, wenn wir hier einsparen, dann kann dieser Ökostrom anderweitig eingesetzt werden, und er ersetzt grauen Strom, haben wir dann nicht doch, zumindest global gesehen, auch eine deutliche Einsparung von CO<sub>2</sub>?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Herr Gottschalk, vielleicht wiederhole ich noch einmal die Antwort, die ich Ihnen vorhin gegeben habe, die nämlich besagt, es ist erst einmal wichtig, dass wir überall dort, wo wir Strom im öffentlichen Bereich benutzen, auf Ökostrom hinweisen und ihn auch nutzen. Sie interpretieren dort hinein, ja, wir benutzen Ökostrom, deswegen ist es egal, ob wir auf LED umstellen oder nicht und wie viel CO<sub>2</sub> wir einsparen. Das ist das, was zumindest mit Ihrer Frage bei mir angekommen ist. Noch einmal: Herr Bruck als Energieexperte sitzt ja nun neben Ihnen, und wir könnten jetzt lange über Strommix reden. Wichtig ist aber doch, dass wir, wenn wir auf LED umstellen – das wollen wir – und jetzt schon darauf hinweisen, Ökostrom zu nutzen, auch weiterhin Ökostrom nutzen wollen.

Klar ist, dass wir, wenn wir auf LED umschwenken und damit Energie einsparen, natürlich den Gesamtstrommix damit auch noch einmal verbessern. Welcher Mix jetzt aber gerade aus dieser Steckdose kommt, da wird man, außer man schaut jetzt

gerade in dieser Sekunde an der Börse, wie viel Ökostrom im Mix ist – das ändert sich ja quasi minütlich –, nicht sagen können, ob die Elektronen aus der Windenergie kommen, aus einem Wasserkraftwerk oder aus einem Kohlekraftwerk. Das ist bei jeder Steckdose in Deutschland so.

Aber noch einmal: Ich möchte, dass der Strom, den wir im öffentlichen Bereich beziehen, Ökostrom ist – das ist erst einmal die wichtige Nachricht –, und nicht, dass wir, wenn wir über die Umstellung auf LED reden, uns plötzlich überlegen, auch noch irgendwie den Stromanbieter oder die Art von Strom zu wechseln. Ich möchte, dass es weiterhin Ökostrom ist.

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abgeordneter Gottschalk [SPD]: Nein, Herr Präsident! Ich hatte überhaupt nicht die Absicht, den Ökostrom abzustellen! Meine Position ist, dass wir eine erhebliche Einsparung von CO<sub>2</sub> haben würden, und das –.)

Ja, aber wir sind jetzt in der Fragestunde! – Danke schön!

Es gibt eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Krümpfer. – Bitte sehr!

**Abgeordnete Krümpfer (SPD):** Frau Senatorin, Sie hatten davon gesprochen, dass es eine Arbeitsgruppe „Licht“ gibt, um Angsträume zu mindern, und dass diese in Zusammenarbeit mit den Beiräten eine sogenannte Prioritätenliste erarbeitet. Ich weiß, dass Herr Körber bereits im Herbst letzten Jahres in Gröpelingen auch mit dem Beirat gemeinsam durch die Straßen gegangen ist und dass ein Lichtkonzept für Gröpelingen gefordert wurde. Ich selbst empfinde manche Straßenzüge als äußerst beängstigend und frage deshalb: Wann soll damit begonnen werden, dass auch diese Angsträume einfach aufgelöst werden? Selbst, wenn hellere Lampen eingebaut werden sollen, aber –.

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Ich treffe mich am Donnerstag mit Herrn Körber, um auch über das Lichtkonzept zu sprechen. Es wird in jedem Stadtteil Angsträume geben. Zum Teil sind es Tunnel – wir hatten hier einmal eine Diskussion zum Fındorfftunnel, auch da wollen wir mit Gestaltung und Licht deutlich gegen den Angstraum agieren –, und so finden sich in den unterschiedlichen Stadtteilen,

ob es Tunnel oder dunkle Straßen sind, immer wieder Flächen, wo wir zumindest schon einmal mit Licht etwas schaffen können. Ich hatte ja gesagt, das ist ein Projekt, das mit den Ortsämtern und Beiräten, aber eben auch mit dem Senator für Inneres zusammen gemacht wird. Wir gleichen jetzt unsere Ergebnisse ab, und natürlich wollen wir möglichst zeitnah beginnen, aber auch da muss ich noch einmal darauf hinweisen: Auch beim Findorfftunnel haben wir jetzt verschiedene Prüfungen, was ein gutes und geeignetes Lichtkonzept ist, aber auch da ist die Frage der Finanzierung noch nicht geklärt; auch deswegen die Gespräche mit der swb.

**Präsident Imhoff:** Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Lübke (CDU):** Frau Senatorin, ich möchte noch einmal auf das CO<sub>2</sub> zurückkommen: Ich versuche, es einmal andersherum zu fragen: Seit wann wurde begonnen, die Lampen auf LED umzustellen? Sie haben ja gesagt, 7 500 Lampen wurden umgerüstet, und mich interessiert: Was hat es gekostet seit dem Beginn der Umrüstung, wie viel Strom haben wir gespart, und wie viel CO<sub>2</sub> haben wir eingespart? Eigentlich ist das ja eine Rechenaufgabe.

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Ich kann Ihnen jetzt so aus dem Bauch heraus nicht die Kosten und die Einsparungen sagen, das liefere ich Ihnen sehr gern nach. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, ich bin völlig d'accord mit dieser Umstellung und CO<sub>2</sub>-Einsparungen, Kosteneinsparungen und so weiter, aber es ist ein Vertragswerk, das eben schon älter ist, und das besagt bisher nur, dass jede abgängige Lampe durch eine hochwertige, technisch gute, also heutzutage dann LED-Lampe ersetzt werden muss. Deswegen sind es bisher eben circa 7 500 der insgesamt 63 000, aber ich liefere Ihnen sehr gern alle Daten nach.

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Lübke (CDU):** Sie haben die Zahl von 7 500 Lampen genannt. Da würde mich noch einmal interessieren: Wie viele sind das pro Jahr? Gibt es ein Budget dafür, dass zum Beispiel gesagt wird, dass 100 Lampen pro Jahr ersetzt werden, und dann ist erst einmal Schluss? Kann man das auf das Jahr ausrechnen? Meine zweite Frage ist: Gibt es da auch ein System? Geht das nach Straßenzügen oder nach Ortsteilen, nach Stadtteilen? Das würde mich noch interessieren.

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Noch einmal: Es ist Sache der swb, deswegen gibt es nicht Prioritäten nach bestimmten Stadtteilen, sondern sie schauen sich natürlich an, wo welche Lampen abgängig sind und ob es dann nicht auch sinnvoll ist, wenn in einem Straßenzug oder in einem Quartier mehrere abgängig sind, dann auch gleich mit umzurüsten. Es gibt aber für die Stadt keine Priorisierungen nach dem Motto: zuerst im Osten, zuerst Norden oder sonst wo, sondern dort, wo es sinnvoll ist, weil es dann natürlich auch keinen Sinn macht, jemanden für fünf kaputte Lampen dorthin zu schicken und dann drei Wochen später wieder für zwei, und dann schaut man sich natürlich an, dass man aus Effizienzgründen dann gleich mehrere Lampen, zum Beispiel in einer Straße, ersetzt.

**Präsident Imhoff:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Ich bedanke mich für die Beantwortung.

**Anfrage 5: „Gro-Harlem-Brundtland-Labor“ als praktiziertes Modell zur MINT-Förderung von Schulen mit der Universität Bremen**  
**Anfrage der Abgeordneten Hupe, Dr. Eschen, Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17. Dezember 2019**

Herr Kollege, Sie haben das Wort!

**Abgeordneter Hupe (Bündnis 90/Die Grünen):** Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat das 2008 eingerichtete Gro-Harlem-Brundtland-Labor, in dem Schülerinnen und Schüler des Schulzentrums Rübekamp und der Oberstufe Findorff an der Universität Bremen im Rahmen der beiden innovativen Oberstufenprofile „Nachhaltige Chemie“ und „Nachhaltige Technologie“ lernen und forschen können?

Zweitens: Wie viele Schülerinnen und Schüler haben im letzten und in diesem Schuljahr am Gro-Harlem-Brundtland-Labor teilgenommen, und wie bewertet der Senat diese Kooperationen für ihre schulische Ausbildung und weitere Qualifikation?

Drittens: Welche Möglichkeiten sieht der Senat, das „Gro-Harlem-Brundtland-Labor“ auch für weitere Schulen zu öffnen und darüber hinaus auch weitere Fächer im Bereich der MINT-Förderung anzubieten?

**Präsident Imhoff:** Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Dr. Bogedan.

**Senatorin Dr. Bogedan:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Das Gro-Harlem-Brundtland-Labor bietet vielfältige Möglichkeiten zur MINT-Förderung, zur Bildung für nachhaltige Entwicklung in Bereichen der naturwissenschaftlichen Ausbildung und konkret zum experimentellen Arbeiten im Fach Chemie. Das Ziel der eingerichteten Oberstufenprofile „Nachhaltige Chemie“ und „Nachhaltige Technologie“ ist, den Unterricht alltagsbezogen, intensiv, fächerübergreifend und an aktuellen Fragestellungen orientiert zu gestalten.

Die Ausstattung des Labors gestattet eine stark experimentell gestützte Behandlung von Unterrichtsthemen. Der hier aktiv geförderte MINT-Bereich ist aufgrund des großen Spektrums an Berufsfeldern und gesellschaftlich allgemein von hoher Bedeutung. Für die Schülerinnen und Schüler hat die Arbeit an diesem universitären Lernort einen hohen motivationalen Charakter. Die Oberstufenprofile bilden eine sehr gute Vorbereitung für den Übergang von der Schule zur Universität und auf eine naturwissenschaftliche oder technische Laufbahn. Die Arbeit des Gro-Harlem-Brundtland-Labors wird somit als wertvoll und zukunftsweisend angesehen.

Zu Frage 2: Der Schwerpunkt besteht in der Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern der Oberstufenprofile „Nachhaltige Chemie“ und „Nachhaltige Technologie“ des Schulzentrums Rübekamp und der Oberschule Findorff. Im Schuljahr 2018/2019 nahmen insgesamt 103 Schülerinnen und Schüler teil, davon 20 Mädchen, im laufenden Schuljahr 2019/2020 sind es 68, davon 23 Mädchen. Die Teilnahme bedeutet dabei die wöchentliche Unterrichtung im Labor während der Schulzeit.

Darüber hinaus bietet das Gro-Harlem-Brundtland-Labor Plätze für Schülerpraktika und MINT-Praktika. Im Schuljahr 2018/2019 wurde dies von 245 Schülerinnen und Schülern wahrgenommen, im laufenden Schuljahr von 30. Der Grund für die Differenz zwischen den Schuljahren liegt darin begründet, dass die stark frequentierten MINT-Praktika erst im Frühjahr stattfinden.

Die Kooperation zwischen den Schulen und dem Gro-Harlem-Brundtland-Labor wird als wertvoll

für die schulische Ausbildung erachtet. Die Besonderheit des Konzepts besteht in der kontinuierlichen wöchentlichen Arbeit, die genau auf die Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler abzielt, die diese in der gymnasialen Oberstufe oder für die Abiturprüfung benötigen. Sie können durch die kontinuierliche Nähe zu den Forschungsaktivitäten in den Instituten erfolgreich für ein naturwissenschaftliches oder technisches Studium motiviert werden, was die Abiturjahrgänge von 2010 bis 2019 zeigen.

Zu Frage 3: Eine Ausweitung des Angebots außerschulischer Lernorte hinsichtlich des Fächerspektrums erscheint gegenwärtig nicht erforderlich, weil es an der Universität Bremen und im Technologiepark bereits insgesamt zehn Schülerlabore in den Fachgebieten Biologie, Chemie, Nachhaltigkeit, Geo- und Meereswissenschaften, Mathematik, Informatik, Physik, Luft- und Raumfahrt, Sachunterricht gibt, deren Kapazitäten gut angenommen werden.

Eine Steigerung der verfügbaren Laborplätze wäre grundsätzlich wünschenswert, und zwar in der Form einer engen Kooperation mit Leistungs- oder Grundkursen. Aufgrund geplanter Umbaumaßnahmen an der Universität, von denen wahrscheinlich auch das Gro-Harlem-Brundtland-Labor betroffen sein wird, vermag eine Ausweitung seiner Kapazitäten derzeit aber keine Option zu sein. Zudem ist eine derartige Erweiterung ohne Steigerung der eingesetzten finanziellen Ressourcen nicht darstellbar.

Eine gemeinsame Arbeitsgruppe von der Senatorin für Kinder und Bildung und Vertreterinnen und Vertretern der Universität soll darüber hinaus ein Programm erarbeiten, wie an den bewährten Schnittstellen die Zusammenarbeit zwischen Universität und Schulen im Bereich der MINT-Förderung weiter gestärkt werden kann. – So weit die Antwort des Senats!

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Hupe (Bündnis 90/Die Grünen):** Wie steht der Senat denn grundsätzlich zu der Verzahnung von Schulen und Hochschulen, um eine Sensibilisierung und das Interesse an MINT-Fächern zu stärken?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Dr. Bogedan:** Da können wir ehrlich gesagt immer nur jubeln, weil das natürlich eine ganz großartige Möglichkeit ist, wie ich es ja eben vorgetragen habe, den Schülerinnen und Schülern Einblicke zu zeigen, die man so an einer normalen Schule nicht haben kann. Gerade die spezielle Einrichtung – wer sich das Labor einmal angeschaut hat, dort findet ja Forschen auf einem professionellen Niveau statt – macht natürlich sehr viel aus und macht Lust, in den Fächern weiter aktiv zu werden. Darin liegt ja auch genau der Sinn, und wenn die Hochschulen sich da öffnen, ist das für uns ein ganz tolles Angebot, das wir auch in der gemeinsamen Kooperation finanziell unterstützen. Genau diesen Bereich wollen wir weiter stärken, mit einer gemeinsamen MINT-Strategie zu schauen, wo wir uns noch besser verzahnen können und wie wir die Angebote noch besser zusammenführen können, denn wir sehen da einen sehr großen Mehrwert.

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordnete Dr. Eschen (Bündnis 90/Die Grünen):** An uns ist herangetragen worden, dass das Gro-Harlem-Brundtland-Labor geschlossen werden soll. Können Sie die Schließung bestätigen, und wie stehen Sie dazu?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Dr. Bogedan:** Das kann ich nicht. Ich habe ja vorgetragen, ich weiß bisher nur von Umbaumaßnahmen und dass es im Rahmen der Umbaumaßnahmen möglicherweise zeitweise nicht genutzt werden kann. Ich weiß nichts davon, dass es eine dauerhafte Schließung sein soll. Das muss ich mitnehmen, das müssen wir aufklären.

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordnete Dr. Eschen (Bündnis 90/Die Grünen):** Wenn es nun zu einer solchen Schließung kommen sollte, welche konkreten Alternativen sieht der Senat denn dann, um die MINT-Förderung an den Schulen auch weiterhin sicherzustellen?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Dr. Bogedan:** Ich habe ja gerade vorgebracht, wir sind mit einer Arbeitsgruppe dabei, tatsächlich auch noch einmal zu schauen, wie wir die bestehenden Verbindungen noch besser ausnutzen können, und ich glaube, in der Arbeitsgruppe

müsste das dann erörtert werden. Dann müssten wir ein Konzept vorlegen, und dann müssten wir es in der Deputation beraten. Wenn es tatsächlich zu einer Schließung kommen sollte – –. Ich habe das so nicht wahrgenommen. Es hieß bislang immer, es wird umgebaut, aber dass es eine grundsätzliche Schließung geben soll, davon weiß ich nichts. Dann müsste es vernünftig beraten werden. Ich habe aber ja gerade gesagt, das ist so wichtig, und wenn man die Schülerinnen und Schüler dort erlebt hat, welche Motivation das auch auslöst: Wir wollen ja gerade die Förderung. Wir wollen auch insbesondere jungen Frauen Lust auf diese Berufsgruppen machen. Deshalb, glaube ich, werden wir – und da bin ich mir ganz sicher, weil wir an der Stelle auch eine wirklich gute Kooperation mit der Universität haben, im Übrigen auch mit der Hochschule – dazu auch sicherlich eine Alternative finden.

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordnete Dr. Eschen (Bündnis 90/Die Grünen):** Habe ich das jetzt also richtig verstanden, dass Sie sich dadurch, dass Sie die Arbeit des Labors positiv bewerten, auch dafür einsetzen würden, dass das Labor nach solchen Umbaumaßnahmen dann auch wieder eröffnet werden kann?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Dr. Bogedan:** Ehrlich gesagt, ich muss das ja erst einmal beratschlagen. Das ist ja nicht nur meine Seite, sondern wir haben deshalb gesagt, da gibt es zwei Seiten. Wir sind grundsätzlich dabei zu sagen, wir wollen das noch weiter stark machen, und in dieser Strategie, das noch weiter stark zu machen, müsste man, wenn es solche Pläne gäbe, sie dann auch erörtern und sagen, was ist denn die Alternative dazu, kann man irgendwohin ausweichen und so weiter. Wir haben ja Probleme, unsere Oberstufenprofile zu füllen, das muss man der Ehrlichkeit halber auch sagen. Das heißt, wir müssen auch schauen, wie wir noch früher anfangen können, um die Begeisterung für die naturwissenschaftlichen Fächer zu stärken, damit dann auch tatsächlich in den Oberstufenkursen genügend Leute ankommen, die dann auch dieses Angebot wahrnehmen können.

**Präsident Imhoff:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Ich bedanke mich für die Beantwortung.

**Anfrage 6: Schulgeldfreiheit am Bremer Lehrinstitut für Physiotherapie, Blipt**  
**Anfrage der Abgeordneten Frau Osterkamp-Weber, Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**  
**vom 17. Dezember 2019**

Frau Kollegin, Sie haben das Wort!

**Abgeordnete Osterkamp-Weber (Bündnis 90/Die Grünen):** Wir fragen den Senat:

1. In welcher Höhe soll den Schülerinnen und Schülern des Blipt das Schulgeld aus Haushaltsmitteln im Jahr 2020 erstattet werden?

2. Wie ist der aktuelle Stand der Bemühungen, durch den Betriebsübergang in eine mehrheitliche Krankenhausträgerschaft eine vollständige Schulgeldfreiheit am Blipt ohne Zuschüsse aus Haushaltsmitteln zu erreichen?

3. Wie hoch ist die finanzielle Mehrbelastung für die Gesundheit Nord, GeNo, durch die Übertragung der anderen Therapieschulen in die Trägerschaft der GeNo?

**Präsident Imhoff:** Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Bernhard.

**Senatorin Bernhard:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Aktuell wird den Schülerinnen und Schülern des Blipt das volle Schulgeld in Höhe von monatlich circa 450 Euro je Schülerin oder Schüler erstattet. Die Übernahme des Schulgeldes aus Haushaltsmitteln ist längstens bis zum Ende des ersten Quartals 2020 geplant. Innerhalb dieses Zeitraums wird mit einem positiven Abschluss der Gespräche zwischen den Beteiligten gerechnet.

Zu Frage 2: Derzeit liegt ein vom Blipt und vom Diakonie-Krankenhaus ausgehandelter Vertragsentwurf zum Kauf der Schule vor. Beide Parteien haben zurückgemeldet, dass die Gespräche sehr positiv verlaufen und man das Ziel verfolgt, den Betriebsübergang zeitnah zu vollziehen. Insofern geht der Senat derzeit davon aus, dass ein Verkauf der Schule und ein anschließender Betriebsübergang im ersten Quartal 2020 erfolgen können.

Zu Frage 3: Die Gesundheit Nord geht davon aus, dass für Investitionen in Hard- und Software sowie

für eine erforderliche Nachbeschaffung von Mobiliar und technischen Geräten für das Jahr 2019 Mehrbelastungen in Höhe von 433 000 Euro entstehen. Unter der Voraussetzung, dass die Kosten der Ausbildungsvergütung, die Kosten der Ausbildungsstätte und die Miete von Kostenträgern/der Landesbehörde übernommen werden, würden laut Mitteilung der GeNo ab dem Jahr 2020 jährliche Mehrkosten in Höhe von 49 000 Euro entstehen. – So weit die Antwort des Senats!

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordnete Osterkamp-Weber (Bündnis 90/Die Grünen):** Wenn es zu diesem Vertragsabschluss kommt, ist davon auszugehen, dass dann die Schülerinnen und Schüler auch eine Ausbildungsvergütung über das DIAKO erhalten?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Bernhard:** Ja, das wird natürlich entsprechend gemeinsam finanziert, und es würde dasselbe gelten wie für die drei Schulen, die wir im letzten Jahr praktisch schon schulgeldfrei überstellt haben. Ich kann sagen, wir sind jetzt an einem deutlich erfreulicheren Punkt, das kann ich einmal so sagen, es muss nur noch – in Anführungsstrichen – eingetütet werden. Insofern gehen wir davon aus, dass das ab dem 1. April auch über das DIAKO funktionieren kann.

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordnete Osterkamp-Weber (Bündnis 90/Die Grünen):** Ich hätte noch eine Bitte: Wären Sie bereit, der Deputation für Gesundheit zu berichten, wenn dieser Vertragsabschluss zustande gekommen ist?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Bernhard:** Das werde ich stante pede tun!

**Präsident Imhoff:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Ich bedanke mich für die Beantwortung.

**Anfrage 7: Stadtteil sucht Stadtteilärztin**  
**Anfrage der Abgeordneten Frau Osterkamp-Weber, Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**  
**vom 19. Dezember 2019**

Herr Kollege Fecker, Sie haben das Wort!

**Abgeordneter Fecker (Bündnis 90/Die Grünen):**  
Wir fragen den Senat:

1. Seit wann ist die Stelle der Stadtteilärztin im Stadtteil Huchting vakant, und welche Anstrengungen wurden zur Neubesetzung der Stelle bisher unternommen?

2. Welche Auswirkungen hat die Vakanz auf die Untersuchung der Schulfähigkeit, und trifft es insbesondere zu, dass betroffene Kinder und Eltern aus Huchting nach Horn-Lehe zur Untersuchung gesendet werden sollen?

3. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, durch geeignete Maßnahmen, wie beispielsweise durch die Bildung von gemeinsamen Teams in benachbarten Stadtteilen, zu einer Verbesserung der Situation zu kommen?

**Präsident Imhoff:** Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Bernhard.

**Senatorin Bernhard:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Stelle der Stadtteilärztin im Stadtteil Huchting ist seit dem Sommer 2015 vakant.

(Abgeordneter Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: 2019!)

Ja, 2019, Entschuldigung! So lange ist es jetzt doch noch nicht her!

Die zeitnahe Ausschreibung hatte wegen des bundesweiten, auch im kinderärztlichen Bereich bestehenden Fachpersonalmangels keinen Erfolg. Leider hat eine Ärztin, die aus dem Ruhestand heraus bereit war, kompensatorisch tätig zu werden, einen Unfall erlitten und steht somit nicht zur Verfügung.

Zu Frage 2: Im Sinne einer zeitlich befristeten Übergangsphase wird die Schuleingangsuntersuchung bei betroffenen Kindern und Eltern in Huchting durch Ärztinnen und Ärzte aus anderen Stadtteilen durchgeführt. Nur in Ausnahmefällen findet die Untersuchung in den Räumlichkeiten des Bremer Gesundheitsamtes statt. Das Gesundheitsamt setzt in dieser Phase die Bemühungen für eine Nachbesetzung der vakanten Stelle konsequent und kontinuierlich fort. In den Ausschreibungen

werden zwischenzeitlich auch höhere Vergütungen in Aussicht gestellt, um eine Bewerbung in Bremen und somit auch im Stadtteil Huchting attraktiver und erfolgreich zu gestalten.

Zu Frage 3: Eine Verbesserung der Situation soll unter Einsatz kompensatorischer Maßnahmen auch weiterhin vorrangig durch die Nachbesetzung der vakanten Stelle erfolgen. Das Gesundheitsamt strebt perspektivisch eine Neuorganisation des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes an, die sich aktuell in der Planungsphase befindet. – So weit die Antwort des Senats!

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Fecker (Bündnis 90/Die Grünen):** Ich habe sowohl den örtlichen Medien als auch den Protokollen des Fachausschusses des Beirats Huchting, der sich damit beschäftigt hat, entnommen, dass die Stadtteilkrankenschwester die Untersuchungen durchführt, höre aber jetzt von Ihnen, dass es Stadtteilärzte aus benachbarten Stadtteilen sind. Können Sie mir kurz erklären, wie es zu diesen unterschiedlichen Informationen kommt?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Bernhard:** Zum einen muss man sagen, ich bin mit der Situation bezüglich der schulärztlichen Untersuchung in den Stadtteilen durchaus überhaupt nicht zufrieden. Insofern ist Huchting nicht der einzige Fall, wo es hier und dort hakt. Ich kann es Ihnen insofern nicht erklären, als es wahrscheinlich inzwischen eine Mischform gibt, wer was übernimmt, und dass man dort auf beiden Seiten sehr daran interessiert ist, das Defizit zu bereinigen, ist vollkommen klar. Ich hoffe, dass unsere Anstrengungen in Zukunft auch erfolgreich sein werden. Ich möchte noch einmal auf diesen letzten Satz bezüglich der Neuorganisation verweisen: Das wird eine schwierige Aufgabe, und ich glaube, dass wir da ein Stück vorankommen müssen, auch in Bezug auf die Attraktivität dieser Stellen.

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Fecker (Bündnis 90/Die Grünen):** Dass wir einen Fachkräftemangel haben, hat auch Ihre Behörde, glaube ich, sofort zugestanden und auch begründet. Ist Ihnen bekannt, warum denn Ihre Behörde diese Vakanz zugelassen hat? Man hätte ja durchaus sagen können, es bleibt erst einmal so, wie es ist.

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Bernhard:** Was heißt „die Vakanzen zugelassen“? Wir haben ein sehr großes Problem mit Nachbesetzungen, ich habe es gerade schon erwähnt, nicht nur in Huchting, sondern auch in anderen Fällen. Es ist auch jeweils eine Belastungssituation für die Kolleginnen und Kollegen vor Ort, die zum Teil durchaus grenzwertig ist, deswegen müssen wir uns dringend auf den Weg machen, das entsprechend aufzufangen. Es ist mitnichten so, dass das Gesundheitsamt Vakanzen zulässt, sondern im Grunde genommen dieser Situation auch ein Stück weit ausgeliefert ist. Ich möchte aber durchaus einräumen, dass es auch strukturelle Veränderungsbedarfe gibt, um es jetzt hier ganz diplomatisch zu sagen.

**Präsident Imhoff:** Haben Sie auf diese diplomatische Antwort vielleicht noch eine diplomatische Frage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Fecker (Bündnis 90/Die Grünen):** Sie passt wunderbar, Herr Präsident, um es auf den Punkt zu bringen! Sie haben eben davon gesprochen, dass es eine Neuorganisation im Kinder- und Jugendgesundheitsdienst geben soll. Ohne schon heute Details von Ihnen hören zu wollen, frage ich mich, ob diese Umorganisation konkrete Auswirkungen auf das jetzige Besetzungsverfahren für diese Stelle hat.

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Bernhard:** Daran, dass die Stellen besetzt werden müssen, geht kein Weg vorbei, das ist auf jeden Fall klar, aber es geht natürlich auch darum, dass wir Führungsspannen verkleinern und dann natürlich auch von den Arbeitsbedingungen sprechen, und hier beißt sich die Katze selbst etwas in den Schwanz. Optimale Arbeitsbedingungen setzen voraus, dass wir mehr Leute haben und umgekehrt, das ist in allen Fällen identisch. Ich denke aber, dass es, wenn wir das ein Stück aufbrechen und es auch kleinteiliger besetzen, uns an der Stelle durchaus deutlich voranbringen wird. Wie gesagt, dazu gehören strukturelle Veränderungsprozesse.

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Fecker (Bündnis 90/Die Grünen):** Ich frage noch einmal für mich zum Verständnis: Nur weil jetzt ein Umbau in Aussicht steht, heißt es

aber nicht, dass die Ausschreibung angehalten oder gestoppt wird?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Bernhard:** Nein, um Himmels willen! Bloß nicht!

(Abgeordneter Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Nicht, dass ich Sie falsch verstanden habe!)

Nein! Es ist jetzt nicht so, dass wir in große Prozesse eintreten und dann im Grunde genommen die Besetzung brachliegt; das wäre ein völliges Missverständnis, ganz im Gegenteil! Es ist aber natürlich auch ein Zeichen dafür, dass man sich dort noch einmal Strukturen ansehen muss, weil es nicht nur allein daran liegt, dass man eine Stelle hat, sondern man muss auch entsprechend die Gründe hinterfragen, warum sie nicht besetzt wird.

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Fecker (Bündnis 90/Die Grünen):** In der Diskussion war auch immer die Steigerung der Attraktivität der Stelle, Sie haben es eben auch noch einmal angesprochen. Welche Maßnahmen sehen Sie denn dort außer einer Höhergruppierung noch? Es ist ja beispielsweise in die Diskussion eingebracht worden, für diese Stellen möglicherweise einen Beamtenstatus zu schaffen.

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Bernhard:** Ja, diese Variante haben wir durchaus auch mit einbezogen, und es lief natürlich darauf hinaus, welche Art von Teilzeitstellen wir zur Verfügung stellen, sodass auch Vertretungsregelungen eins zu eins abgesichert werden können, und dort liegt natürlich auch viel – wie soll ich es sagen –? Unbill begraben.

**Präsident Imhoff:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Ich bedanke mich für die Beantwortung.

**Anfrage 8: Brokhuchtinger Landstraße  
Anfrage des Abgeordneten Beck, AfD  
vom 10. Januar 2020**

Herr Kollege Beck, Sie haben das Wort!

**Abgeordneter Beck (AfD):** Ich frage den Senat:

1. Welche straßenbaulichen Möglichkeiten gibt es für die Brokhuchtinger Landstraße, um die Gefahren für Radfahrer und Fußgänger, die sich daraus ergeben, dass die Straße mittlerweile von vielen Tausenden Berufspendlern als Verbindungsstraße zwischen Huchting und dem Güterverkehrszentrum genutzt wird, zu minimieren?

2. Gibt es seitens des Senats Überlegungen, die Gefahrenstelle an der Querung der Brokhuchtinger Landstraße über die Stromer Landstraße mittels eines Fußgängerüberwegs mit Warnblinkanlage oder mit einer Lichtzeichenanlage ebenfalls zu minimieren?

3. Kann die Durchfahrt durch die Brokhuchtinger Landstraße, die unter anderem von vielen Paketzustellern genutzt wird, für Kraftfahrzeuge über 1,8 Tonnen verboten werden, da diese Fahrzeuge ein besonderes Gefahrenpotenzial bilden, und wenn ja, wieso wurde dies noch nicht veranlasst?

**Präsident Imhoff:** Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der vorhandene Straßenraum ist für gesonderte Radverkehrsanlagen nicht breit genug und diese aus Gründen der Verkehrssicherheit auch nicht erforderlich. Dieses Ergebnis einer 2014 durchgeführten Machbarkeitsstudie wurde den Beiräten Strom, Seehausen und Huchting mitgeteilt.

An den Rahmenbedingungen hat sich nichts Wesentliches geändert. Die Straße verfügt laut Verkehrszählung im Jahr 2016 nur über ein mäßiges Verkehrsaufkommen, das mit circa 270 Kfz in der Spitzenstunde etwa dem Niveau einer durchschnittlich belasteten Wohnstraße entspricht. Zudem ist der Straßenzug für Lkws mit über 3,5 Tonnen zulässigem Gesamtgewicht gesperrt und die Höchstgeschwindigkeit im gesamten Straßenverlauf auf 30 Kilometer je Stunde begrenzt. Im Streckenverlauf haben sich in den vergangenen Jahren keine Unfälle mit Beteiligung von Radfahrern oder zu Fußgängern ereignet.

Zu Frage 2: Im Rahmen der Erarbeitung des Verkehrsentwicklungsplans 2025 wurde stadtweit eine Vielzahl an Querungsdefiziten festgestellt, die sukzessive mithilfe des Querungshilfenprogramms ab-

gebaut werden sollen. Derzeit ist keine Querungshilfe am Knotenpunkt Stromer Landstraße/Brokhuchtinger Landstraße geplant. Nach überschlägiger Prüfung sind weder Fußgängerüberweg noch Lichtsignalanlage die geeignete Art von Querungshilfe für diese Örtlichkeit.

Zu Frage 3: Aus straßenverkehrsbehördlicher Sicht besteht keine Veranlassung für eine solche Maßnahme. Die Brokhuchtinger Landstraße ist für den öffentlichen Verkehr gewidmet, und etwaige rechtliche Grundlagen, die eine über das bisherige Maß hinausgehende Beschränkung zulassen würden, sind nicht erkennbar und würden voraussichtlich einer Verhältnismäßigkeitsprüfung nicht standhalten. – So weit die Antwort des Senats!

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Beck (AfD):** Sie sagten gerade, dass es im Bereich der Brokhuchtinger Landstraße und der Stromer Landstraße noch zu keinem Todesfällen kam, doch den gab es, es ist circa drei Jahre her. Dort ist jetzt ein kleines Männchen auf der Straße aufgemalt, um die Leute davor zu warnen. Ein Fußgängerweg fehlt immer noch. Was wollen Sie machen, damit die Leute, die mit dem Fahrrad in das GVZ fahren, dort sicher über die Straße kommen?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Wenn Sie die Antworten verfolgt haben, dann habe ich ja nicht gesagt, dass es zu keinem Todesfall kam, sondern ich habe gesagt, dass weder Fußgänger noch Radfahrer bei diesen Unfällen beteiligt waren oder zu Schaden gekommen sind, sondern es handelt sich um zwölf Unfälle, die sich in den letzten drei Jahren ereignet haben. Es ist geprüft worden, ob ein Radweg realisiert werden kann, und das war die Machbarkeitsstudie, auf die ich eingegangen bin. Es liegt mitten im Naturschutzgebiet, und die Straßenbreite lässt einen zusätzlichen Fahrradweg nicht zu. Man müsste die Straße dann verbreitern, und das geht nicht einher mit dem Naturschutzrecht beziehungsweise müssten dann Kompensationsmaßnahmen erfolgen, die bei dem im Vergleich zu vielen anderen Straßen eher geringeren Verkehrsaufkommen nicht gerechtfertigt erscheinen.

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!



**Abgeordneter Beck (AfD):** Wann würde die nächste Verkehrszählung an der Stromer Landstraße beziehungsweise an der Brokhuchtinger Landstraße stattfinden? Dadurch, dass im GVZ jetzt auch Amazon angesiedelt ist, fahren wesentlich mehr Paketzusteller durch diese Straßen. Wann würden Sie dort eine neue Straßenverkehrszählung ansetzen?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Die letzte Straßenverkehrszählung ist vom Jahr 2014, sie war im Rahmen der Machbarkeitsstudie. Ich kann schlecht sagen, weil wir es nicht diskutiert haben, wann die nächste normale Straßenverkehrszählung ansteht. Wir können das gern aufnehmen, um es einmal anzudiskutieren. Wenn sich das Verkehrsaufkommen so eklatant erhöht haben sollte – da können wir ja gern auch noch einmal mit den Beiräten und Ortsämtern Rücksprache halten, die sich ja vor Ort immer sehr gut auskennen –, dann kann man das sicherlich noch einmal in Erwägung ziehen.

**Präsident Imhoff:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Ich bedanke mich für die Beantwortung.

#### **Anfrage 9: Fortschritte beim Ersatz der Recyclingstation Weserpark**

**Anfrage der Abgeordneten Tebje, Frau Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 13. Januar 2020**

Herr Kollege, Sie haben das Wort!

**Abgeordneter Tebje (DIE LINKE):** Wir fragen den Senat:

1. Welche Kenntnisse hat der Senat über den Fortschritt der von der Bremer Stadtreinigung AöR angekündigten Suche nach Ersatzstandorten im Bremer Osten für die geschlossene Recyclingstation Weserpark?

2. Ist es nach Einschätzung des Senats wünschenswert und geplant, dass für die Zwischenzeit die unter anderem vom Beirat Osterholz geforderte temporäre Wiedereröffnung der Recyclingstation, eventuell mit reduziertem Entsorgungsangebot, umgesetzt wird?

3. Hat es diesbezüglich inzwischen Gespräche zwischen der Bremer Stadtreinigung und dem Centermanagement in Bezug auf notwendige zusätzliche Flächen gegeben und welche Ergebnisse haben diese Gespräche gebracht?

**Präsident Imhoff:** Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Sehr geehrter Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Bremer Stadtreinigung erarbeitet derzeit einen Entwicklungsplan für die Recyclingstationen. In diesem Zusammenhang sollen neben Umwelt- und Personalaspekten auch Aspekte der Kundenfreundlichkeit berücksichtigt werden und die Recyclingstationen zu modernen und attraktiven Standorten nach dem Konzept der Recyclingstationen „plus“ als Vollsortimenter mit der Annahme von Sperrmüll, großen Elektrogeräten und Bauabfall ausgebaut werden. Daraus resultieren auch Detailanforderungen zur Lage und Größe der Grundstücke.

Im Rahmen der Erarbeitung des Entwicklungsplans werden auch die zwei vom Ortsamt Osterholz genannten Alternativgrundstücke im Bereich Osterholz und Mahndorf geprüft, mit dem Ziel, ein Angebot vor Ort zu erhalten. Die Bremer Stadtreinigung wird die Ergebnisse in der Sitzung des Verwaltungsrats im Mai 2020 vorstellen. Der Senat bekennt sich auch zukünftig zu einem dezentralen und gut erreichbaren Angebot an Recyclingstationen.

Zu Frage 2: Die vom Beirat übergangsweise geforderte Wiedereröffnung der Recyclingstation, auch mit einem reduzierten Angebot, ist vor dem Hintergrund der festgestellten Mängel kurzfristig nicht realisierbar. Die gesetzlichen Vorschriften der Arbeits- und Gesundheitsschutzbedingungen sind bindend und können auch nicht durch ein reduziertes Serviceangebot oder für eine Übergangszeit ausgehebelt werden. Gegenwärtig wird noch geprüft, welches Angebot mit welchen Maßnahmen an dem Standort angeboten werden kann.

Zu Frage 3: Die Bremer Stadtreinigung hat vor der Entscheidung, den Standort zu schließen, auch die Option der Betriebsflächenerweiterung mit dem Weserpark geprüft und besprochen. Nach Rücksprache mit dem Centermanagement ist die derzeitige Betriebsfläche jedoch nicht erweiterbar. – Soweit die Antwort des Senats.

**Präsident Imhoff:** Herr Kollege, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Tebje (DIE LINKE):** Ich habe es so verstanden, dass im Mai ein weiteres Konzept für

den Bereich der Recyclinghöfe vorgestellt wird. Für mich stellt sich die Frage, ob es schon im Vorfeld die Möglichkeit geben wird, eine Zwischenlösung zu präsentieren, oder ob mit einem entsprechenden Angebot bis Mai gewartet werden muss.

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Ich bin keine Freundin von nicht ausgereiften Zwischenlösungen. Wie wir jetzt ja sehen, ist das Problem aus Betriebsgründen aufgetreten, die besagen, dass die Arbeit vor Ort so gar nicht gemacht werden kann. Wir wollen die Hygienevorschriften gern eingehalten sehen. Für die Beschäftigten ist dort aber alles, was man braucht, um gut arbeiten zu können, nicht gewährleistet. Das hat uns erst einmal vor vollendete Tatsachen gestellt. Im Zuge der Rekommunalisierung haben wir uns die Recyclinghöfe angeguckt, und das Gewerbeaufsichtsamt hat gesagt, so wie bisher kann man den Recyclinghof nicht weiterbetreiben.

Jetzt ist es sinnvoll, sich nach der Rekommunalisierung generell anzusehen, wo die Recyclinghöfe sind, welche Angebote sie haben und wie wir sie künftig gestalten wollen. Ich bin darauf eingegangen, dass wir dieses Konzept der Recyclingstationen „plus“ gut finden. Ich fände es ungut, wenn wir jetzt irgendwelche Zwischenstände herausgäben, die noch nicht ausdiskutiert sind. Ich kann Ihnen zugestehen, dass wir die umweltpolitischen Sprecher gern einmal zu uns einladen, von mir aus auch von allen Fraktionen, um mit ihnen gemeinsam zu diskutieren, wie sie sich die Ansprüche vorstellen.

Ich habe ja gesagt, wir haben großes Interesse daran, dezentral, möglichst über die gesamte Stadtfläche, solche Angebote bereitzuhalten, weil wir wollen, dass die Menschen ihren Abfall standortnah loswerden können und nicht damit durch die ganze Stadt – womöglich mit dem Auto – fahren müssen, weil die nächsten Recyclingstationen kilometerweit weg sind. Natürlich sind damit aber auch immer bestimmte Fragestellungen bis hin zur Finanzierung verbunden, und insofern biete ich Ihnen oder gern allen Fraktionen an, das mit uns zusammen zu diskutieren, bevor es dann am Ende ein Gesamtkonzept gibt.

**Präsident Imhoff:** Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Tebje (DIE LINKE):** Das Angebot wird gern angenommen, denn es geht ja darum, wie die Konzeption auch längerfristig ist, wie wir

die Recyclinghöfe aufstellen wollen. Ich glaube, das ist auch nicht die Fragestellung. Bis dahin wird es ja eine ganze Zeit lang dauern, und ich glaube, der Bremer Osten erwartet relativ zügig ein Alternativangebot, bis man das, wohin man wirklich möchte, irgendwann umsetzen kann.

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Genau! Das eine ist ja das Gesamtkonzept für die ganze Stadt, das ist das, was Sie angesprochen haben, ob man vor Mai noch einmal darüber reden kann. Das machen wir gern.

Das andere ist die Situation direkt vor Ort in Osterholz. Was wir nicht machen können, ist die Station einfach wieder aufzumachen, weil es wirklich untragbar war, welche Zustände wir dort vorgefunden haben. Wir haben aber schon verstanden, dass die Menschen vor Ort in irgendeiner Weise ein Angebot brauchen.

Ich habe verstanden, ein besonderes Thema ist immer: Wohin mit dem Grünschnitt? Das Frühjahr beginnt, deswegen wollen wir prüfen, ob es zumindest ein Minimalangebot gibt. Ich sage es jetzt einmal so aus dem Bauch heraus: Können wir Container für Grünschnitt aufstellen, können wir einen Container für kleinen Elektroschrott oder für Glas oder für Papier aufstellen? Das ist das, was die meisten Menschen erst einmal brauchen und nicht das Vollsortiment, wo ich dann noch die Farbreste abgeben kann, den Sondermüll und so weiter. Das wäre ja das, wovon wir sagen, das geht so im Moment dort nicht. Auch zukünftig ist dort die Fläche für so ein riesiges Vollsortiment nicht da. Wie wir den Menschen aber erst einmal kurzfristig entgegenkommen, das prüfen wir gerade, und das wollen wir auch gern tun.

**Präsident Imhoff:** Bürgermeisterin Dr. Schaefer, eine Zusatzfrage des Abgeordneten Saxe. – Bitte sehr!

**Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen):** Sie haben jetzt das Loblied auf das dezentrale Bremer Modell gesungen, was ich sehr erfreulich finde. Hamburg macht das ja ein bisschen anders. Was sind die Vorteile des Bremer Modells?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Das ist genau das, was ich gesagt habe, wenn wir wollen, dass die

Menschen Ihren Abfall nicht irgendwo oder womöglich noch in der Umwelt entsorgen, dann müssen wir den Menschen eben Angebote machen, und das standortnah, möglichst vor Ort, also so, dass man möglichst seinen Abfall mit dem Fahrrad dort abgeben kann. Das bedeutet, dass wir nicht eine kleine Anzahl von großen Recyclingstationen in der Stadt brauchen, sondern eher auf die Fläche verteilt weitere Stationen. Es gab ja auch Aussagen, in der Zeitung nachzulesen, Hamburg macht es anders, wenig Standorte, dafür eben größere Angebote, was man dort alles abgeben kann. Ich bin persönlich der Überzeugung, auch solche großen Stationen braucht es natürlich, aber die Menschen brauchen vor allem ein Angebot möglichst wohnortnah, wo man den gängigen Abfall, den man bei Recyclingstationen abgeben möchte, dann auch abgeben kann.

**Präsident Imhoff:** Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen):** Es ist ja in der Zeitung sehr viel spekuliert worden, wie es denn jetzt weitergeht. Ich habe verstanden, dass es jetzt erst ein Konzept geben soll, aber – Hand aufs Herz! – sind weitere Schließungen von Recyclingstationen geplant?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Das beabsichtigen wir nicht, und es gibt auch keine Vorlage, die das bisher besagt. Ich bin selbst ein bisschen aufgeschreckt – Osterholz, gut, es war ja gut begründet, warum es geschlossen werden musste, muss man in dem Fall eher sagen! –, als dann irgendwo zu hören war, es solle noch mehr geschlossen werden. Ich war zutiefst irritiert, weil ich bisher nichts Schriftliches darüber gesehen habe, und es gibt bisher auch nichts. Ich kann nur noch einmal sagen, das widerspricht unserem Interesse einer dezentralen Versorgung, und wir streben keine Schließungen von Recyclingstationen an. Trotzdem muss ich einmal darauf hinweisen, auch hier, es hängt natürlich am Ende auch von einer Finanzierbarkeit ab. Insofern bitte ich darum, uns weiterhin darin zu unterstützen, dass die Recyclinghöfe, die wir hier, glaube ich, alle im Raum wollen, auch gut ausfinanziert sind.

**Präsident Imhoff:** Frau Bürgermeisterin, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Damit sind wir am Ende der Fragestunde angekommen.

Die vom Senat schriftlich beantworteten Anfragen der Fragestunde finden Sie im [Anhang zum Plenarprotokoll ab Seite 449](#).

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, möchte ich auf der Besuchertribüne recht herzlich eine Gruppe des Förderzentrums an der Fritz-Gansberg-Straße begrüßen.

Herzlichen willkommen bei uns!

(Beifall)

### **Aktuelle Stunde**

Für die Aktuelle Stunde liegen zwei Themen vor, und zwar erstens auf Antrag der Abgeordneten Frau Bergmann, Frau Wischhusen und Fraktion der FDP das Thema „Förderzentrum auf dem Abstellgleis! Wann werden Bremer Bildungseinrichtungen konzeptionell, personell und architektonisch für nachhaltige Bildungsqualität stehen?“ und zweitens auf Antrag der Abgeordneten Wagner, Güngör und Fraktion der SPD das Thema „Anstieg der Mieten und Kaufpreise – Bremen muss für alle bezahlbar bleiben“.

Dazu als Vertreterinnen des Senats Frau Senatorin Dr. Bogedan und Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

Hinsichtlich der Reihenfolge der Redner wird nach der Reihenfolge des Eingangs der Themenverfahren. – Ich stelle auch hier Einverständnis fest.

Ich rufe das erste Thema auf:

### **Förderzentrum auf dem Abstellgleis! Wann werden Bremer Bildungseinrichtungen konzeptionell, personell und architektonisch für nachhaltige Bildungsqualität stehen?**

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Bergmann.

**Abgeordnete Bergmann (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Was ist in dieser Stadt eigentlich los? Warum gibt es so viel Mutlosigkeit? Es klingt vielleicht ein bisschen zynisch, aber der letzte Tabellenplatz in allen Vergleichsstudien birgt unglaubliches Potenzial. Schlechter wird es nämlich nicht mehr.

Diese zwar traurige Erkenntnis ist gleichzeitig unsere große Chance. Wir können es uns leisten, mutig zu sein. Marode Strukturen zu verändern, ist nämlich leichter als gut geölte alte Maschinen. Ich kann und werde heute kein neues Bildungssystem für Bremen entwerfen – das ist auch nicht meine Aufgabe –, aber ich werde Sie durch die marode Eingangstür des Förderzentrums an der Fritz-Gansberg-Straße in das Gespräch mit dem Schulleiter nehmen und im zweiten Schritt die Perspektive wechseln und aufzeigen, dass das, was wir am Förderzentrum identifizieren, ein wesentlicher Eckpunkt für einen dringend notwendigen Wandlungsprozess ist.

Wieder und wieder erteilen uns die Bürger dieser Stadt den Auftrag, den Reformprozess endlich einzuleiten, die Interessen des Bürgers zu vertreten und zuzuhören. Ich jedenfalls danke dem Zentral-Elternbeirat Bremen für seinen Brandbrief zum Förderzentrum für sozial-emotionale Entwicklung an der Fritz-Gansberg-Straße. Sie erinnern: Wir haben uns 2009 mit einem neuen Schulgesetz zur Einführung der inklusiven Beschulung bekannt. Mit diesem Gesetz erwuchs eine Struktur, die den inklusiven Unterricht absichern soll.

Die Zentren für unterstützende Pädagogik, ZuP, sollen die Umsetzung des inklusiven Unterrichts in den Schulen begleiten und die regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren, also die sogenannten ReBUZ, werden in besonders schwierigen Situationen aktiv. Dieser Schritt auf dem Papier 2009 war mutig.

(Abgeordneter Güngör [SPD]: Und den haben wir ohne Sie gemacht! Ohne FDP! )

Noch ein bisschen zuhören, Herr Güngör! Spricht man von inklusiver Beschulung in Deutschland,

(Abgeordneter Röwekamp [CDU]: Mit Herrn Dr. Buhlert, aber ohne FDP!)

spricht man ganz oft auch von Bremen. Doch wie sieht es in Bremen wirklich aus? Haben wir die theoretische Struktur so unterfüttert, dass sie in der Praxis gut läuft, so unterfüttert, dass es Lust macht, den Alltag, den Schulalltag inklusiv zu leben? Offensichtlich nicht! Die Rückmeldung aus dem Alltag der Lehrkräfte ist ebenso: Nein! Inklusives Lernen ist in Bremen derzeit so sexy wie die jährliche Steuererklärung. Dabei mangelt es nicht an fachlichem Know-how, auch nicht an Motivation. Es mangelt schlicht an dem politischen Willen, dem Thema seinen Raum zu geben.

Ich weiß, Sie werden antworten, dass Sie sich auf einen guten Weg gemacht haben, und vielleicht verfolgen sie sogar einen Weg, welchen auch immer, aber eines wird an der Schule Borchshöhe, an der Fritz-Gansberg-Straße, und ich könnte noch ein paar nennen, klar: Sie verfolgen mit Sicherheit kein Ziel. Diese Ziellosigkeit führt uns das Förderzentrum an der Fritz-Gansberg-Straße vor Augen.

Der Baubestand dieser Schule ist, wie an vielen anderen Schulen auch, katastrophal. Im letzten Frühjahr wurde der Versuch unternommen, den Sanierungsstau an Bremer Einrichtungen zu listen und monetär zu beziffern. Dringend müssen diese Summen aktualisiert werden, und es muss unbedingt einen ganz konkreten Zeitplan für die einzelnen Standorte geben, ein echtes zielorientiertes Projektmanagement mit klaren Verantwortungen.

(Beifall FDP)

Immerhin, dank des „buten un binnen“ - Beitrags ist am Förderzentrum Bewegung in die Objekt-pflege gekommen. Traurig nur, dass diese medialen Weckrufe überhaupt nötig sind. Um der Familien willen werden wir als Fraktion der FDP darauf achten, dass es kein Strohfeder bleibt.

Der Baubestand weist auf ein tiefer greifendes Problem hin. Dem Förderzentrum kommt bis heute als Durchgangseinrichtung eine wichtige Funktion bei der zeitlich begrenzten Unterstützung von Kindern und Jugendlichen mit Problemen im sozialen und emotionalen Bereich zu. Alle Schulen der Stadt Bremen sind übrigens auf diese Unterstützung angewiesen.

So wichtig seine Funktion in der Praxis ist, so ungerichtet ist seine Zukunftsperspektive. Schon in der letzten Legislaturperiode war der Fortbestand des Förderzentrums bis 2024 ein Kompromiss. Theoretisch ist das Förderzentrum seit 2009 nicht mehr vorgesehen. 2020, also elf Jahre später, erfüllt es ohne Perspektive, allein dank des unermüdlichen Einsatzes der Menschen vor Ort seine wichtige Rolle. Vor Ort habe ich erfahren, dass sie noch nicht einmal Schulsozialarbeiter an Bord haben, und das in einer Schule mit inklusivem Auftrag.

Damit komme ich auf die Konzeptebene. Vor Ort müssen mit den Akteuren des Alltags konzeptuelle Alternativen diskutiert werden. Wir werden heute nicht die Lösung für das Förderzentrum erarbeiten. Die Koalition muss eine Entscheidung für eine konzeptuelle Entscheidung treffen, und als FDP meinen wir, dass sie gut beraten ist, wenn sie sich nicht

als der bessere Inklusionsexperte inszeniert, sondern Expertenempfehlungen tatsächlich anerkennt.

(Beifall FDP)

Sie müssen endlich beginnen, die faktische Handlungskompetenz bis zur professionellen Besetzung an die Akteure im System zu delegieren, weil da das Know-how sitzt. Dort ist das authentische Interesse am Thema. Das kann man auch am Engagement des Kollegiums deutlich erkennen, das ja trotz unklarer Perspektive im Sinne der Kinder nach Lösungen sucht. Die Manpower ist da, und wir wissen alle, dass das derzeit im Bremer Schulsystem das Kostbarste ist, was wir haben. Wir müssen den politischen Lösungswillen formulieren und das Aufbruchsignal geben.

Liebe Koalition, Sie müssen endlich ein Ziel formulieren, sonst läuft der Weg, auf den Sie sich gemacht haben, in der Fritz-Gansberg-Straße ins Leere. Für die Schülerinnen und Schüler und ihre Lehrerinnen und Lehrer – wie gesagt, Sozialpädagogen fehlen ja weitestgehend am Förderzentrum –, für sie alle ist Ihr Weg schon jetzt ein Holzweg mit Schlaglöchern.

Der Schulleiter selbst, das hat mich im persönlichen Gespräch sehr beeindruckt, hängt nicht dogmatisch an seiner Einrichtung. Sein Ziel sind ergebnisoffene Zukunftsberatungen. Wichtig ist einzig und allein, dass man sich anständig um die Kinder und die Familien kümmert, ob in einem eigenen, dann aber gut ausgestatteten Förderzentrum oder ob eingegliedert in das Regelsystem aus Schule, ZuP und ReBUZ, ist für ihn erst einmal zweitrangig. Weitere Jahre des Schwebezustands bedeuten, dass es weiterhin nicht möglich ist, ein vernünftiges Schulkonzept zu entwickeln, und man müsste sich auch nicht wundern, wenn das engagierte Team irgendwann kündigt, wenn es keine Perspektive bekommt.

Hier ende ich einmal. Gleich in der zweiten Runde wechsle ich die Perspektive, denn am Förderzentrum in der Fritz-Gansberg-Straße wurde im Kleinen deutlich, was wir im Großen ändern müssen, wenn wir auf Bremens Bildung wieder stolz sein wollen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall FDP)

**Präsident Imhoff:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Güngör.

**Abgeordneter Güngör (SPD):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich auf das Förderzentrum an der Fritz-Gansberg-Straße eingehe, eines vorweg: Die Aktuelle Stunde ist meines Erachtens nicht das richtige Format, um über die grundsätzliche – ich zitiere einmal frei – „architektonische, projektplanerische, inhaltlich-konzeptionelle und personelle Situation der Bremer Schullandschaft“ zu diskutieren.

(Beifall SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE – Widerspruch FDP)

Es boten sich ja in der Vergangenheit auch viele unterschiedliche Möglichkeiten an, um genau darüber ausführlich zu reden, zuletzt im Vorfeld, als es um die Fortführung des Bremer Schulkonsenses ging, da haben Sie sich in letzter Minute wiederholt verabschiedet, und es gab auch sonst zahlreiche Runden. Es war auch ein nicht unübliches Instrument in der letzten Legislaturperiode, dass die Bildungssenatorin die bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprecher eingeladen und einzelne Themen gemeinsam diskutiert hat. Auch in dieser Legislaturperiode haben wir zum Beispiel über die einzelnen Ergebnisse der Schulen im Hinblick auf die Vergleichsstudien noch einmal vertraulich unter den bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprechern diskutiert. Es gibt also Möglichkeiten, darüber zu reden.

Frau Bergmann, Sie haben doch erst vor einiger Zeit die bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprecher eingeladen, um über die Situation an bestimmten Kitas zu sprechen. Das sind aus meiner Sicht auch konstruktive und lösungsorientierte Formate, dafür sind wir auch dankbar. Sie schreiben in Ihrer E-Mail, dass Sie sich einen konstruktiven überparteilichen Dialog wünschen, aber das, was Sie hier heute präsentieren, ist genau das Gegenteil, liebe Frau Bergmann!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Einige grundsätzliche Worte zur Bildungslandschaft: Mit Blick auf die projektplanerische und inhaltliche Konzeption lässt sich festhalten, und das bestätigt auch die Expertengruppe, die die Schulreform vor einem Jahr noch einmal evaluiert hat: Die eingeschlagene Richtung stimmt, und sie sollte weiterverfolgt werden. Bezüglich der architektonischen Mängel und der personellen Defizite mahnt die Evaluation eben auch an, dass mehr investiert werden muss. Das ist also, meine Damen und Herren, keine innovative originelle Feststellung der

FDP, ich glaube, das ist Konsens innerhalb der anderen Fraktionen.

Insbesondere die personellen Defizite sind jedoch nicht nur ausschließlich ein finanzielles Problem. Es fehlt auch nicht an Beschlüssen aus diesem Haus oder aus dem Senat, es fehlen überall in Bremen, in den Bundesländern, in allen pädagogischen Einrichtungen Fachkräfte, allein am Grundschulbereich laut Bertelsmann bis 2025 27 000 Lehrkräfte, laut KMK 11 000 Lehrkräfte im Grundschulbereich. Egal wer von beiden recht hat, beides wird schwierig.

In den letzten beiden Jahren, meine Damen und Herren, sind in das Bildungsressort mindestens 270 Millionen Euro geflossen, und darüber hinaus wurden auch pro Jahr mehr als 100 Millionen Euro an Investitionen veranschlagt. Das ist, finde ich, ein großer Fortschritt, der auch nicht kleingeredet werden darf, und trotzdem bin ich voll bei Ihnen: Mehr Geld im Bildungsbereich ist weiterhin nötig, insbesondere im Hinblick auf die Ausgaben pro Schülerin und Schüler. Da bewegen wir uns im unteren Drittel, und da haben wir uns mit den Konsenspartnern ja auch darauf verständigt, dass wir mindestens zu den anderen Stadtstaaten aufschließen wollen. Deshalb glauben wir, dass wir hier noch Bedarf haben.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns nicht nur allgemein über die Bildungslandschaft in Bremen reden, sondern konkret werden! Es geht um das Förderzentrum für sozial-emotionale Entwicklung an der Fritz-Gansberg-Straße. Hier stimme ich Ihnen zu, sehe aber unmittelbar keinen Widerspruch zur Senatorin: Sofern eine Sanierung des Schulgebäudes nötig ist, ist es auch notwendig, dass sie zeitnah geschieht. Darüber haben wir auch schon in der Vergangenheit diskutiert.

Es muss unabhängig davon diskutiert werden, ob dieses Förderzentrum noch weiterhin bestehen darf oder nicht. Wir haben uns auf eine Befristung bis 2024 verständigt, das bedeutet aber ja nicht, dass der Schulstandort aufgegeben werden muss. Die Befristung darf eben nicht der Grund dafür sein, dass hier keine Sanierung durchgeführt wird, obwohl die Zahlen gesunken sind. Das gehört auch in die Diskussion, dass zurzeit 33 Schülerinnen und Schüler das Förderzentrum besuchen und es in der Vergangenheit eben auch mehr waren.

Ich stimme auch in Teilen dem Zentralen Elternbeirat zu, dass wir natürlich politisch darüber reden

werden, ob wir nicht den Bedarf dieses Förderzentrums auch über 2024 hinaus haben werden. Ich persönlich habe dazu eine Meinung, bin aber bereit, das mit allen Konsenspartnern und innerhalb der Koalition auch ausführlich zu diskutieren. Wir haben in der letzten Legislaturperiode versucht, mit temporären Lerngruppen ein Modell zu installieren. Wir werden sehen, ob es die richtige Antwort für die Schülerinnen und Schüler ist oder ob wir nach wie vor diese Schule für diese Schülerinnen und Schüler brauchen.

Meine Damen und Herren, zur personellen Situation: Auch hier gilt, natürlich brauchen wir da ausreichend Personal. Im Übrigen, liebe Frau Bergmann, wenn Sie sagen, da sind keine Pädagogen: Also, ich glaube, diese Schule hat eine ganz andere Ausstattung, ich könnte jetzt auch zu Ihnen sagen, gerade diese Schule braucht ein besonderes und hat ein besonderes pädagogisches Konzept, weil wir dort Schülerinnen und Schüler haben, die sonst das Regelschulsystem nicht weiter besuchen können.

(Zuruf Abgeordnete Bergmann [FDP])

Sie wissen möglicherweise auch, wenn Sie mit der Schule im Gespräch waren, dass unabhängig von der Versorgung der Schule auch zum Beispiel in Kooperation mit der Universität versucht wird, besonders männliche Lehrkräfte an diese Schule zu bekommen. Am Ende ist es wichtig, dass diesen Schülerinnen und Schülern geholfen wird, und ich glaube, da sind sowohl die Schule als auch die Behörde mit großem Engagement dabei.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE – Zuruf Abgeordnete Bergmann [FDP])

Eines will ich zum Abschluss doch auch noch einmal loswerden, Frau Bergmann: Sie suchen sich jetzt hier einen Standort heraus, und zwar einen besonderen Standort, der uns allen auch am Herzen liegt, weil dort, wie eben gesagt, auch eine besondere Schülerschaft vorzufinden ist, die wirklich besondere und große Unterstützung braucht. Dass Sie hier aber grundsätzlich die Inklusion infrage stellen, das nervt mich! Gehen Sie einfach einmal in die Stadtteile, gehen Sie einfach einmal in die Schulen, gehen Sie einfach einmal nach Obervieland!

(Abgeordnete Bergmann [FDP]: Unterstellungen mache ich nicht!)

Ich lade Sie gern nach Osterholz ein, wo Inklusion auch gut ausgestattet ist und gut funktioniert, kommen Sie doch einfach einmal dorthin, das wäre mir sehr, sehr wichtig!

Außerdem wäre es mir auch neu, dass die FDP Vorreiter und Vordenker für inklusive Beschulung ist, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD – Zurufe FDP)

Lassen Sie mich noch einmal kurz zusammenfassen: Ja, in Bildung zu investieren, ist gut, bei den Sanierungen an Schulen müssen wir weiter vorankommen, und mehr Personal ist optimal, aber weitere und neue Erkenntnisse haben wir dank der FDP heute nicht erlangt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

**Präsident Imhoff:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Hupe.

**Abgeordneter Hupe (Bündnis 90/Die Grünen):**

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleg\*innen, liebe Gäste! Mit der UN-Behindertenrechtskonvention und ihrer Ratifizierung in Deutschland gab es auch für uns die Verpflichtung, das Schulsystem inklusiv zu gestalten. Dem sind wir hier in Bremen als erstes Bundesland gefolgt und haben den Forderungen der Behindertenrechtskonvention umfangreich mit einem neuen Schulgesetz Rechnung getragen.

Als Grüne haben wir uns darüber gefreut, dass diese Umstellung von den Eltern unterstützt wurde und sehr viele Kinder nur noch inklusiv beschult wurden und werden. Mit dieser Umstellung sind drei Förderzentren mit speziellen Profilen erhalten geblieben und ihr Bestand ist im Schulgesetz abgesichert worden. Darüber hinaus wurde beschlossen, dass auch die Schule an der Fritz-Gansberg-Straße als ein Förderzentrum für soziale und emotionale Förderung für Kinder und Jugendliche vorerst zeitlich befristet bestehen bleiben soll.

Die Schule besteht für Kinder, mit denen andere Schulen überfordert sind, die eine Gefährdung für sich selbst, aber auch für Mitschüler\*innen und Lehrkräfte im Schulalltag darstellen. Für sie gibt es an der Fritz-Gansberg-Schule besondere Unterstützungsmaßnahmen und Angebote, um trotz der sozialen und emotionalen Probleme eine Beschulung sicherzustellen. Im Mittelpunkt muss dabei stehen, dass die Schüler\*innen eine angemessene

schulische und soziale Entwicklung wahrnehmen können, um perspektivisch zu einer Regelschule zurückkehren zu können.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Mit der zeitlichen Befristung wurde das Ziel verknüpft, über die Gründung von Zentren für unterstützende Pädagogik an den Einzelschulen und regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren unter anderem Strukturen zu schaffen, um diese Schüler\*innen aufzufangen. Diese Bemühungen dauern, auch im Angesicht des Fachkräftemangels, leider noch an.

Trotz großen Engagements des Kollegiums vor Ort – einige sind heute hier – sind die Bedingungen für die Lehrkräfte und Schüler\*innen dabei alles andere als optimal. Es fehlen sozialpädagogische und therapeutische Fachkräfte, und aufgrund der geringen Größe der Schule mit aktuell 35 Schüler\*innen bedeuten schon zwei krankheitsbedingte Ausfälle im Kollegium direkt eine riesige Belastung für den laufenden Betrieb.

Zudem hat das Schulgebäude einen hohen Sanierungsbedarf, der nicht nur vom Beirat Schwachhausen regelmäßig angemahnt wurde. Folglich ist in der Schulstandortplanung bis 2025 auch eine umfassende Sanierung oder ein Ersatzneubau vorgesehen. Klar ist aber auch, dass umfangreiche Sanierungsmaßnahmen an einer zeitlich befristeten Schule kaum sinnvoll sind. So viel zur aktuellen Situation!

Die Frage, die wir uns jetzt stellen müssen, ist, wie es mit der Fritz-Gansberg-Schule weitergehen soll. Das hat das Kollegium verdient, und das verdienen auch die Schüler\*innen. Uns ist erst kürzlich im Gespräch vor Ort von der neuen Schulleitung noch einmal deutlich aufgezeigt worden, dass die Schule so bald wie möglich eine Perspektive braucht, um passgenaue Konzepte für die Schüler\*innen entwickeln zu können.

(Beifall FDP)

Wie soll es also nach 2024 weitergehen? Wird die Schule dann geschlossen? Wird sie entfristet fortgeführt? Diese Debatte müssen wir jetzt ohne jeden Populismus führen. Dabei muss die Situation an den Schulen, die mit den Kindern nicht zurechtgekommen sind und sie deshalb zur Fritz-Gansberg-Schule weitergereicht haben, aber auch die Situation der Kinder, die die Fritz-Gansberg-Schule besuchen, in Betracht gezogen werden.

Klar muss auch sein, dass eine befristete Fortführung der Schule nicht noch einmal die Lösung sein kann. Sowohl die bauliche als auch die konzeptionelle Entwicklung des Standorts sind unter solchen Bedingungen nur schwer umzusetzen. Wir Grüne haben uns immer dafür eingesetzt, dass die Schüler\*innen mit sozialen und emotionalen Problemen an ihren Schulen im Stadtteil beschult werden können. Die Fritz-Gansberg-Schule kann da immer nur eine Übergangslösung sein.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Mit der Erneuerung des Entwicklungsplans Inklusion brauchen wir auch eine Perspektive für die Fritz-Gansberg-Schule, so viel ist klar. Nach unserer Auffassung bedeutet eine konsequente Umsetzung des Inklusionsgedankens der UN-Behindertenrechtskonvention, dass es für die Schüler\*innen, die als unbeschulbar beschrieben werden, Strukturen an den Schulen vor Ort geben muss. Dafür müssen mit Hochdruck alternative Strukturen geschaffen werden. Es muss geschaut werden, inwieweit die ReBUZ hier noch mehr leisten müssen.

Eine vielversprechende Möglichkeit könnte der Ausbau von Übergangsklassen nach dem Becker'schen Modell sein. Hier können die als unbeschulbar beschriebenen Kinder zum Beispiel an vier Tagen der Woche in der dritten oder vierten Stunde – es kann auch anders geregelt sein – in die Übergangsklassen gehen, die aus maximal vier Kindern pro Klasse bestehen. Der Vorteil ist, dass die Kinder und auch die Klassenlehrer\*innen wissen, dass es nach der zweiten Stunde sozusagen eine Auszeit gibt. Dadurch halten alle Beteiligten im gemeinsamen Unterricht besser durch, und die Kinder zeigen weniger starke Symptome in ihren Regelklassen.

In Bremen wird dieses Modell zum Beispiel an der Roland zu Bremen Oberschule umgesetzt, wo Schüler\*innen mit hohen Fehlzeiten die Möglichkeit bekommen, wieder an der Schule Fuß zu fassen. In Hamburg wird das Modell vor allem für Kinder in der fünften bis achten Klasse und in Berlin für Kinder in der ersten bis sechsten Klasse umgesetzt. So können die Kinder sehr individuell gefördert werden, bis sie ihr auffälliges Verhalten überwunden haben. Im Schnitt dauert diese Beschulung in den Übergangsklassen zwei Jahre.

So bleiben im Gegensatz zur Fritz-Gansberg-Schule alle Schüler\*innen in der Regelschule und gehen nur zeitlich befristet für bestimmte Stunden in die Übergangsklasse. Dies könnte verhindern,

dass verhaltensauffällige Schüler\*innen eine normale Schule verlassen müssen. Hierbei können auch die ReBUZ mitwirken und regionale Angebote zur Unterstützung der Schulen bieten mit dem Vorteil, dass die Kinder wohnortnah in den Regionen beschult werden und nicht mehr wie aktuell durch die ganze Stadt kutschiert werden müssen, natürlich immer verbunden mit dem Ziel, sie wieder fit für die Rückkehr an die Regelschule zu machen.

Auch die Fritz-Gansberg-Schule könnte in dem Modell als Schule ohne Schüler\*innen weiterbestehen, die vor Ort in den Schulen mit ihrer Expertise unterstützt und weiterhilft. Wie auch immer eine Lösung aussehen mag: Entscheidend ist, dass wir auf dem Weg dahin keine ideologischen Diskussionen führen, sondern Lösungen für alle Kinder finden.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte noch einmal betonen, wie wichtig es für die Schule, für ihr Kollegium, für die Schüler\*innen ist, dass wir zeitnah einen Entwicklungspfad aufzeigen. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

**Präsident Imhoff:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Awerwaser.

**Abgeordnete Awerwaser (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin schon einmal froh, dass wir uns einig sind, dass die Fritz-Gansberg-Schule eine Schule ist, die unser besonderes Augenmerk verdient. Mir war am Anfang, als ich das Thema der Aktuellen Stunde gelesen hatte, nicht so ganz klar, worum es nun genau gehen sollte, ich glaube, Ihnen ging es genauso. Es ging auf der einen Seite um die Sanierung der Schule an der Fritz-Gansberg-Straße und auf der anderen Seite um die Sanierung in den öffentlichen Schulen ansonsten. Ich möchte jetzt hier einfach einmal von der Aktuellen Stunde Gebrauch machen und meinen Schwerpunkt auf die Sanierung der Schule an der Fritz-Gansberg-Straße richten, einfach einmal als Augenmerk.

Es wurde schon gesagt, das Land Bremen hat sich 2009 auf den Weg gemacht und ist bei der Umsetzung der inklusiven Beschulung weit fortgeschritten. Das bedeutet – es wurde hier auch schon gesagt –, dass eigentlich alle Kinder im Regelbetrieb beschult werden sollen. Begleitet werden sie durch



Unterstützungszentren wie ZuP und ReBUZ. In diesem Zusammenhang war es aus Sicht der rot-grünen und rot-rot-grünen Regierung auch konsequent, davon auszugehen, dass die bis dahin vorhandenen sechs Förderzentren in Bremen zumindest mittelfristig nicht mehr notwendig sein dürften.

Die Schule an der Fritz-Gansberg-Straße ist ein immer noch vorhandenes Förderzentrum für Kinder und Jugendliche mit sozial-emotionalem Förderbedarf. Grundsätzlich ist die Zuweisung an die Fritz-Gansberg-Schule – ich nenne sie jetzt einfach einmal so – in dem Konzept zur Beschulung der Schülerinnen und Schüler mit erheblichem sonderpädagogischen Förderbedarf soziale und emotionale Entwicklung in der Stadtgemeinde Bremen als Ultima Ratio innerhalb eines abgestuften Verfahrens vorgesehen.

Zu den letzten Jahren dazu sagte Herr Güngör schon, dass die Zahlen der Kinder und Jugendlichen mit sehr hohem sonderpädagogischen Förderbedarf im Bereich der sozial-emotionalen Entwicklung teilweise gestiegen und gefallen sind, das ist immer einmal im Wechsel, aber es ist ein kontinuierlicher Bedarf da. Die stark verhaltensauffälligen Kinder und Jugendlichen stellen das inklusive System perspektivisch heute und wahrscheinlich auch zukünftig vor große Herausforderungen mit der Konsequenz, dass unserer Meinung nach auf die Kompetenz des Förderzentrums Fritz-Gansberg-Schule nicht verzichtet werden kann.

Allein deshalb schon wurde die Existenz der Schule 2014 und 2018 jeweils befristet verlängert, jetzt bis zum 31. Juli 2024, immer verbunden mit dem Wunsch – das ist klar! –, diese Schule inhaltlich entbehrlich zu machen. Was dieses Wunschdenken verbunden mit der unbeschreiblichen Hängepartie für den richtigen und wichtigen Gedanken der Inklusion vor Ort bedeutet und wie die Schülerinnen und Schüler, aber auch die Lehrer tagtäglich darunter zu leiden und zu arbeiten haben, möchte ich hier kurz aufzeigen, das wird nämlich immer gern vergessen, sie arbeiten in diesen Zuständen an der Stelle ja nicht erst seit gestern.

Erlauben Sie mir, die Überschrift eines Artikels im „Weser-Kurier“ zu zitieren: Schule in desaströsem Zustand, das Zitat: „Der Zustand der Schule ist schockierend und gibt den Schülern ganz sicher nicht das Gefühl, wertgeschätzt zu werden.“ Ich frage Sie: Von wann könnte dieses Zitat sein, 2010, 2015 oder 2019?

(Zurufe)

Es ist aus dem Oktober 2015. Barbara Schneider war damals Sprecherin der Grünen im Beirat Schwachhausen.

Ich habe noch eines, da wird es ein bisschen leichter, denn Lisa Holländer, kommissarische Leiterin der Schule, berichtete, dass das Kollegium voller Spannung auf eine in Aussicht gestellte Machbarkeitsstudie warte, die über Sanierung oder Neubau des desolaten Schulgebäudes entscheiden sollte. Von wann soll das denn sein? Oktober 2018, meine Damen und Herren! Zusammengefasst ist dieser bis heute nicht behobene desaströse Zustand rund sechs Jahre und drei Doppelhaushalte her!

Allein den letzten fünf Jahren ging es in zahlreichen parlamentarischen Anfragen interfraktionell und in vielen Pressebeiträgen bezüglich der Fritz-Gansberg-Schule immer um die gleichen Themen. Ganz oben stand immer der bauliche Zustand. Besonders das undichte Dach, undichte Fenster und der fehlende Sonnenschutz machen die Arbeit vor Ort nicht einfach. Doch auch hier besteht kein Erkenntnisproblem seitens der Bildungsbehörde, es fehlt eindeutig an der Bereitschaft, beherzt zu handeln, und am politischen Willen, die Schule mit einer wirklichen Perspektive zu versehen.

(Beifall CDU, FDP)

Nachfolgendes Zitat habe ich ausgewählt, da es die Sichtweise der Behörde noch einmal wie kaum ein Zweites veranschaulicht, was den Zustand der Räume in der Fritz-Gansberg-Schule betrifft: „Die Innenräume der Fritz-Gansberg-Schule sind in einem gebrauchsfähigen Zustand und weniger sanierungsbedürftig.“ Ich weiß nicht, wer von Ihnen diese Schule schon einmal besucht hat, aber zu diesem Ergebnis käme wahrscheinlich keiner von uns. Das wurde uns in der Drucksache [19/937](#) auf eine Kleine Anfrage der CDU geantwortet.

Meine Damen und Herren, aus meiner Sicht ist dieser Zynismus der Bildungsbehörde schwer zu überbieten und ein Schlag ins Gesicht für alle dortigen Schülerinnen und Schüler sowie für das pädagogische Fachpersonal.

(Beifall CDU, FDP)

Zu dem Problem der baulichen Mängel kommen die technischen Mängel. Wir konnten gerade im November lesen, dass die Schule Walkie-Talkies

gekauft hat, weil die Sprechanlage nicht funktioniert, damit die Pädagogen sich gegenseitig informieren können, falls es die Situation erforderlich macht.

Meine Damen und Herren, der Kollege Hupe hat es schon angesprochen: Wir sprechen hier von einer Schule, deren Kinder und Jugendliche aufgrund ihrer komplexen psychosozialen Problemlagen in ihrem emotionalen Erleben und sozialen Handeln so beeinträchtigt sind, dass es also auch im schlimmsten Fall zu Selbst- und Fremdgefährdungssituationen kommen kann. Ich denke, da ist es unstrittig, dass hier wenigstens eine zuverlässige Sprechanlage die mindeste Hilfestellung für Lehrkräfte und Kinder sein sollte.

Drittens, und ich glaube, das ist hier auch unstrittig: Es ist vollkommen klar, dass die Bereitstellung eines leistungsfähigen Unterstützungssystems versehen mit angemessener personeller Ausstattung als Bedingung für eine erfolgreiche inklusive Beschulung absolut notwendig ist. Doch was ist mit der personellen Aufstockung und der Ausstattung speziell mit Sozialpädagogen und Unterstützung mit Psychologen, die diese Schule so dringend braucht, unabhängig vom Fachkräftemangel? Nichts ist geschehen!

Das vierte und meiner Meinung nach größte Problem ist die fehlende Aussage der Bildungsbehörde, wie die Perspektive der Schule an diesem Standort aussehen könnte. Damit schließt sich der Kreis von Punkt eins bis drei, denn ohne verbindliche Aussage über die Zukunft dieser Schule kommt es zu keinen Investitionen und Fortschritten hinsichtlich einer personellen, baulichen und damit konzeptionellen Verbesserung mit pädagogischen Erfolgen.

Vielmehr ließ uns das SPD-geführte Ressort im Rahmen der Beantwortung unserer bereits zitierten Kleinen Anfrage im März 2019 wissen, dass derzeit die Planung in Form eines zukunftsfähigen Konzeptes erarbeitet wird. Dies sollte laut Senat Ende 2019 vorliegen. Sie erinnern sich, die Machbarkeitsstudie wurde schon 2018 in Aussicht gestellt. Nichts ist geschehen. Da mir, und ich denke, auch Ihnen, aber bis zum heutigen Tag kein solches zukunftsfähiges Konzept bekannt ist, würde ich mir wirklich sehr wünschen, wenn Frau Senatorin Dr. Bogedan gleich etwas zu dem aktuellen Planungsstand sagen könnte.

Das Vorhandensein dieser Schule – und das ist mir auch klar – als letzte Rückführungsmöglichkeit für ei-

nige Schüler und wenige Schülerinnen wird anscheinend als ein Stachel im Fleisch der vermeintlich reinen Inklusionslehre betrachtet. Anders kann ich mir das Agieren auch der verantwortlichen Stellen innerhalb der Bildungsbehörde nicht erklären. Weil nicht sein kann, was nicht sein darf, muss die Schule seit Jahren ein jämmerliches Dasein fristen und damit den sprichwörtlichen schleichenden Tod auf Raten sterben. Das, meine Damen und Herren, geht zulasten der Kinder und Jugendlichen sowie der engagierten und couragierten Pädagoginnen und Pädagogen vor Ort.

Dabei kann selbst die SPD-Bildungsbehörde mit Blick auf die letzten 16 Jahre nur feststellen, dass der Weiterbetrieb des Förderzentrums ohne Alternative ist. Diese Schülerinnen und Schüler, aber auch das Lehrpersonal, müssen endlich die Wertschätzung erleben, die sie als Unterstützung und Erfahrung für ihr weiteres Leben unbedingt benötigen. Deshalb darf unbehelligt von der Befristung – und da sind wir uns wieder einig – nun nichts unversucht bleiben, die notwendigen baulichen Maßnahmen und Sanierungen im kommenden Haushalt abzusichern, denn dies sind wesentliche Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit dieser Schule.

Der Weg, den wir in Bremen mit der Einführung einer allumfassenden inklusiven Beschulung eingeschlagen haben, ist ambitioniert und mühsamer, als mancher am Anfang wahrhaben wollte. Deshalb wollen wir einen Weg unterstützen, der jeden an seinem Platz akzeptiert, ihm Zeit lässt, ihn wahrnimmt. Im organisatorischen Übergang wollen wir niemanden überfordern, sondern spürbar wertschätzen. Dazu gehört es, Ja zu sagen zu dieser Schule und ihren Aufgaben, Ja zu sagen und ihre Kompetenzen anzuerkennen und endlich in diesen Standort zu investieren! – Danke!

(Beifall CDU, FDP)

**Präsident Imhoff:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Leonidakis.

**Abgeordnete Leonidakis (DIE LINKE):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit der Schulreform im Jahr 2009 sollen in Bremen ja alle Kinder inklusiv beschult werden, das wurde bereits genannt. Die Förderzentren wurden fast alle nach und nach abgeschafft. Inzwischen haben wir bundesweit die höchsten Inklusionsquoten in Bremen. Das ist ein beachtlicher Er-

folg, Frau Kollegin Averwieser hat es hier auch gewürdigt. Das ist auch dem großen Engagement der Schulen in Bremen zu verdanken.

Von dieser Regel, dass die Förderzentren abgeschafft werden, gibt es nur wenige Ausnahmen. Es gibt die Schule für Seh- sowie die Schule für Hörgeschädigte, und es gibt das Förderzentrum für schwer körperbehinderte Kinder. Diese drei Schulen sind dauerhaft vorgesehen, da bei sehr spezifischen Formen der Beeinträchtigung eine eigene Beschulung sinnvoll sein kann.

Außerdem gibt es noch die Schule an der Fritz-Gansberg-Straße, an der Kinder und Jugendliche mit besonders starkem Förderbedarf im Bereich soziale und emotionale Entwicklung längere Zeit unterrichtet werden. Diese Schule ist im neuen System eigentlich so etwas wie ein Fremdkörper. Auch Kinder mit Förderbedarf im Bereich Verhalten sollen – das ist der Grundgedanke – im regulären Schulsystem einen geschützten Raum zum Lernen und Entwickeln ihrer Fähigkeiten bekommen. Daher sollte die Schule an der Fritz-Gansberg-Straße auch schon 2019 geschlossen werden. Per Änderung des Schulgesetzes wurde dieser Zeitpunkt aber einmalig um fünf Jahre auf das Jahr 2024 verschoben.

Gegenwärtig ist die Schule an der Fritz-Gansberg-Straße ein wichtiges Element der inklusiven Beschulung in der Stadt Bremen. Hier finden einzelne Schülerinnen und Schüler die besonders intensive Ansprache, die sie benötigen, um wieder in soziale Prozesse und ins Lernen hineinfließen zu können. An dieser Schule wird wertvolle Arbeit geleistet, sie verdient unser aller und unsere vollste Unterstützung, und sie hat auch unsere Unterstützung – erlauben Sie mir den Nebensatz! –, zumindest ideeller Art, denn dass angesichts des Zustands des Gebäudes bei den Schülerinnen und Schülern, bei den Kolleginnen und Kollegen und bei den Eltern ein anderer Eindruck entsteht, das kann ich persönlich nachvollziehen.

Die FDP hat daher mit Gründen heute eine Aktuelle Stunde beantragt, und es ist durchaus berechtigt, darüber zu reden. Allerdings vermischen Sie – und da ging es mir ähnlich wie anderen Kolleginnen und Kollegen im Raum – auf merkwürdige Art und Weise das aktuelle Problem, das konkrete Problem am Förderzentrum an der Fritz-Gansberg-Straße einerseits mit grundsätzlichen Fragen der Inklusion andererseits, und das merkt man auch an der Debatte heute.

(Beifall SPD)

Ich denke nicht, dass dieses Vermischen von aktueller und grundsätzlicher Ebene der Schule konkret hilft. In der Beantragung der Aktuellen Stunde versteigen Sie sich ja sogar zu der Behauptung, es fehle im Bildungssystem an Klarheit bezüglich der zukünftigen personellen und konzeptionellen Aufstellung des Förderzentrums. Was diese generelle Frage angeht, habe ich ein bisschen mit dem Kopf geschüttelt, denn ehrlich gesagt, mit Verlaub: Das ist Unsinn! Durch das Schulgesetz und unseren Koalitionsvertrag sind die konzeptionellen Fragen in aller Deutlichkeit geklärt.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Die Schule an der Fritz-Gansberg-Straße wird im Jahr 2024 den Betrieb einstellen – so ist es vorgesehen, so ist es gesetzlich geregelt, so ist es politisch geregelt – und bis dahin ihren Auftrag weiter erfüllen. Dafür müssen natürlich die notwendigen Ressourcen im Sinne von Personal und zumutbaren räumlichen Bedingungen zur Verfügung gestellt werden.

Frau Bergmann, das wissen Sie ganz genau, Ihnen ist ja der Gesetzestext des Schulgesetzes geläufig, davon gehe ich einmal aus: Wenn Sie hier bei einer rechtlich geklärten Situation so tun, als ob es Unsicherheiten gäbe, dann schaffen Sie damit, dann fördern Sie damit die gefühlte Unsicherheit! Die rechtliche Lage ist geklärt, und daran gibt es auch kein Rütteln!

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Natürlich ist uns bewusst, dass dann die Regionen in der Stadt adäquat ausgestattet sein müssen, um die Aufgaben des Förderzentrums der Fritz-Gansberg-Straße übernehmen zu können. Optimalerweise müssen verhaltensauffällige Schülerinnen und Schüler gar nicht erst ihre Schule verlassen, sondern sie finden in den Schulen Angebote, zeitweise dem regulären Unterricht fernzubleiben. Zu diesem Zweck werden wir die temporären Lerngruppen an ausgewählten Schulen verstetigen, da sie sich als sehr wirksam erwiesen haben, um direkt vor Ort auf schwierige Schülerinnen und Schüler einzugehen.

Ebenso ist es aber auch erforderlich, die schuleränzenden und schuleretzenden Maßnahmen in den Regionen in der Stadt zu verstärken. Daher ist das erklärte Ziel in unseren Koalitionsvertrag, die

Unterstützungsstrukturen auszubauen, zum Beispiel die regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren, auch die ZuP wurden ja genannt.

(Beifall DIE LINKE)

Ein gutes Beispiel ist aus unserer Sicht die sogenannte Villa am Wasser in Bremen-Vegesack. Dort werden zukünftig schulergänzende und -ersetzende Maßnahmen des ReBUZ Nord zusammengeführt. Im Ergebnis besucht unseres Wissens vielleicht – wenn das nicht stimmt, können Sie mich gern korrigieren! – kein Kind aus Bremen Nord mehr die Schule an der Fritz-Gansberg-Straße, und andere Regionen werden folgen. Durch die Bereitstellung der regionalen Infrastruktur kann es gelingen, den Gesetzesauftrag der Inklusion zu erfüllen und das Förderzentrum an der Fritz-Gansberg-Straße in regionale Strukturen zu überführen.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Sie sehen, was ich damit deutlich machen will, ich weiß, das ist auch sehr viel Fachchinesisch für einige Kolleginnen und Kollegen, die nicht bildungspolitische Sprecherinnen oder Sprecher sind oder in den Debatten stecken. Was ich mit diesen Ausführungen und mit den Positivbeispielen aus Regionen in dieser Stadt deutlich machen wollte: Dass Ihre Aussage oder Ihre Unterstellung der Konzeptlosigkeit bezüglich der Beschulung verhaltensauffälliger Kinder und Jugendlicher einfach haltlos ist, sehr geehrte FDP!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt komme ich einmal dazu, worum es eigentlich heute gehen sollte, nämlich zur Fritz-Gansberg-Schule: Dass die grundsätzliche Kritik nicht stimmt, heißt ja nicht, dass die Schule in der Fritz-Gansberg-Straße keine Probleme hätte, das hat auch niemand behauptet. Sie legen den Finger zu Recht in die Wunde, das muss ich Ihnen zugestehen, denn an den derzeitigen Zuständen in der Schule muss sich etwas ändern, da gibt es kein Vertun.

Zum einen sprechen Sie das fehlende Personal an. Das fehlt aber nicht, liebe Kollegin von der FDP, weil die Schule unterausgestattet wäre, sondern im Gegenteil, auf dem Papier ist die Schule personell gut versorgt. Das Problem stellt sich in der Praxis. Bundesweit fehlen Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen, auch in Bremen und eben auch an der Fritz-Gansberg-Schule.

Mit Erhöhung der Referendariatsplätze, der Fortführung der Weiterbildung inklusive Pädagogik sowie der Wiedereinführung des entsprechenden Studiengangs an der Uni hat der Senat die grundsätzlich erforderlichen Maßnahmen ergriffen, die zur Qualifizierung von Fachkräften erforderlich sind. Das wird selbstverständlich nicht sofort wirken und die Bedarfsprobleme erst in zwei bis drei Jahren lösen. Die Schule braucht aber natürlich heute Personal, denn die Situation ist akut, und die Kinder sind ja da. Hier muss mit einem Personalmix aus Lehrkräften, Sozialarbeit und Assistenzen gearbeitet werden. Soweit ich weiß, ist die Schule mit der Bildungsbehörde in Kontakt, und ich hoffe, dass Senatorin Claudia Bogedan auch gleich noch einmal etwas zur Personalplanung sagen kann.

Auch berechtigt, Frau Kollegin Bergmann, ist Ihre Kritik am Zustand des Gebäudes. Alle, die einmal dort waren, oder spätestens alle, die „buten un binnen“ vor einigen Tagen gesehen haben, können das nachvollziehen. Auch Frau Averwesser hat das noch einmal zutreffend und auch detailgenau beschrieben.

Es erweist sich als Problem, dass die Schulstandortplanungen aus dem Jahr 2018 beim Standort Fritz-Gansberg-Schule zu ungenau waren. Sowohl die Renovierung am Standort als auch der Neubau an anderer Stelle wurden vorgeschlagen, die Entscheidung darüber wurde aber vertagt. Ich glaube, da müssen wir uns alle miteinander an die eigene Nase fassen, dass wir da vielleicht nicht genau genug hingesehen haben und vielleicht auch zu wenig darauf gedrängt haben, dass solche Unklarheiten ausgeräumt werden und eine konkrete Planung vorgenommen wird.

Es wäre eben vor allem notwendig gewesen, mit der Entscheidung der Verlängerung des Betriebs der Schule bis 2024 sofort notwendige Reparaturen in Auftrag zu geben. Auch ich teile das Empfinden, dass das lange dauert, und ich hoffe, dass jetzt umgehend Klarheit geschaffen wird. Die Schule hat auch einen Anspruch zu wissen, was bis 2024 passiert, und was danach passiert, das habe ich schon gesagt, das ist klar geregelt.

(Vizepräsidentin Dogan übernimmt den Vorsitz.)

Die Räume müssen trotzdem auch bis 2024 durch Immobilien Bremen hergerichtet werden, und das muss sofort passieren, denn im derzeitigen Zustand kann man bis dahin nicht unterrichten und nicht unterrichtet werden, jedenfalls nicht vernünftig.

Wir erwarten, dass Immobilien Bremen diese Maßnahmen sofort ergreift und mit Kleinreparaturen nicht wartet, bis die Grundsatzentscheidung vielleicht noch einmal revidiert wird. Wie gesagt, sie ist grundsätzlich klar gesetzlich geregelt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, wir haben eine relativ einige Analyse, was der Bedarf ist, nämlich dass die Regelung der räumlichen Situation und der personellen Situation nicht bis 2024 warten kann. Ich gehe davon aus, dass auch die Senatorin der gleichen Einschätzung ist, und ich finde es gut, dass wir hier die Schule an der Fritz-Gansberg-Straße in diesem Sinne auch gemeinsam stärken wollen. Frau Kollegin Bergmann, erlauben Sie mir den abschließenden Satz: Wenn sie allerdings mit Adjektiven wie „Mut“, „Lust“ oder „sexy“ das Problem zu lösen denken, dann, finde ich, ist das kein ernsthafter Beitrag zur Debatte. – Danke schön!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsidentin Dogan:** Bevor ich die nächste Rednerin aufrufe, möchte ich heute im Rathaus auf den Besucherplätzen recht herzlich die Studiengruppe D des Polizeivollzugsdienstes der Hochschule für öffentliche Verwaltung begrüßen.

Seien Sie recht herzlich willkommen!

(Beifall)

Bevor ich Sie, Frau Bergmann, aufrufe, möchte ich zur Redezeit etwas sagen, und zwar hat die FDP noch 22 Minuten und acht Sekunden, die SPD 22 Minuten und 34 Sekunden, die Grünen haben 23 Minuten, die CDU hat 20 Minuten und 35 Sekunden und DIE LINKE 20 Minuten.

Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Bergmann.

**Abgeordnete Bergmann (FDP):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, Kollegen, Zuhörer und Gäste! Ein paar Vorbemerkungen: Erstens, mit keinem Satz hat die FDP – und wird es auch in Zukunft nicht! – Inklusion abgelehnt.

(Beifall FDP – Abgeordneter Güngör [SPD]: Und was machen Sie gerade in Nordrhein-Westfalen?)

Zweitens, Sie haben gesagt, es wäre ein einzelner Fall, an dem ich Dinge identifiziere. Ich verspreche Ihnen, morgen kommt der nächste!

Drittens, Sie haben davon geredet, dass es an der Fritz-Gansberg-Schule nicht mehr so viele Kinder gebe. Der Schulleiter sagt selbst, wenn sie die Kapazität hätten, könnten sie auch 300 Schüler dort haben.

Viertens, ich habe vorhin in meinem Debattenbeitrag aus Versehen den Begriff „Holzweg“ benutzt und wusste nicht, dass er eine Geschichte hat. Ich danke Ihnen, dass Sie das nicht gegen mich verwendet haben, das habe ich natürlich nicht gemeint.

Dann komme ich darauf zurück, in meinem Kopf ist die Vorstellung irgendwie so wie von Swissminiat: Das, was wir in der Fritz-Gansberg-Schule erleben, gibt es auch in groß, und darauf möchte ich noch einmal zurückkommen. Über den enormen Sanierungsstau wurde schon eine Menge gesagt, das ist ja nicht nur an der Fritz-Gansberg-Schule so, sondern das ist ja an ganz vielen Bremer Schulen so, bis hin zu den Berufsschulen. Der Sanierungsstau ist damit keine Ausnahme, sondern traurige Realität. Da braucht es ein professionelles Projektmanagement, und ich frage mich ernsthaft: Können Sie das leisten, liebe Koalition, oder sollen wir Ihnen kompetente Partner nennen? Es reicht ja nicht, dass man immer sagt, gesetzlich ist es da, entschieden ist es und so weiter. Die Leute vor Ort sagen, wir haben keine Perspektive, und es passiert über Jahre und Jahrzehnte nichts. Wir könnten Ihnen auch gern kompetente Projektpartner nennen.

Zu meiner Pflicht als Abgeordnete, bildungspolitische Sprecherin der FDP und auch als Mensch gehört es, dass ich immer wieder mit den Akteuren vor Ort spreche, und da erlebe ich immer wieder, die Kompetenz für das, was der Laden braucht, haben die Leute vor Ort. Sie wissen, was sie brauchen, sie wissen, was sich ändern muss, sie wissen auch, wie es funktionieren kann. Ich finde, und das gilt für all Ihre Behörden, ob in den Ressorts Bau, Soziales oder in diesem Fall ganz besonders Bildung: Sie können sich nicht mehr leisten, die Fachkompetenz vor Ort in diese Entscheidungsprozesse nicht mit einzubeziehen!

(Beifall FDP)

Jetzt gehe ich einmal weg von dem Bau und komme noch einmal zu etwas anderem, dazu ein paar Blitzlichter aus den verschiedenen Gesprächen in dieser Stadt: Ich frage eine Schulleitung, was sie sich, wenn sie beim Senat einen Wunsch frei hätte, wünschen würde, und sie sagt, einen

Schulsozialarbeiter mit Migrationshintergrund, der mit beiden Beinen auf dem Boden des Grundgesetzes steht. Als ehemalige Schulsozialarbeiterin weiß ich, wovon sie dann spricht.

Wenn ich mich gleichzeitig mit einer Lehrerin unterhalte, und sie erzählt mir, in ihrer Klasse sind ausschließlich Kinder, deren Elternteile beide zu Hause sind, und Inklusion würde bei ihr in der Klasse prima klappen, dann habe ich spätestens jetzt verstanden, dass wir kein Programm à la „one fits all“ anwenden können. Da kommen wir nicht weiter.

(Beifall FDP)

Dann gab es eine zierliche, kleine Lehrerin, die sich in ihrer Frustration, weil sie keine Chance hatte, sich disziplinarisch in ihrer Klasse durchzusetzen, einen Polizeibeamten ins Klassenzimmer holte mit dem Ergebnis, dass sie jetzt unterrichten konnte. Mir fällt auch noch die Bremer Schule ein, in der Lehrer regelmäßig weinend aus der Klasse laufen – und ich spreche von den Klassenstufen fünf und sechs! –, eine Schule, wo deswegen beschlossen wurde, dass der Nachmittagsunterricht ausfällt, und man morgens nur mit doppelter Lehrbesetzung in den Unterricht geht, eine Schule, wo aber Referendare und Studierende aushelfen und allein in diese Klassen geschickt werden, ohne fachliche Begleitung! Ich sage Ihnen etwas: Die sind ausgebrannt, bevor es in der Schule losgeht! Sie wissen dann auch, in welche Schule sie nicht gehen werden. So geht kein Personalmanagement bei Fachkräftemangel, das, liebe Koalition, müssen Sie sich anhören!

(Beifall FDP)

Warum erzähle ich das? Um Ihnen deutlich zu machen, Sie werden nicht nur an Ihren Absichten gemessen, sondern an Lösungen im Hier und Jetzt und daran, ob Sie die Kompetenz vor Ort ernst nehmen! Viel zu häufig wird noch mit festen, tradierten Strukturen wie Jahrgangsklassen, starren Klassengrößen, Stundenvorgaben gearbeitet. Es gibt ganz viele Schulen, in Finnland zum Beispiel, wo ein Drittel des Unterrichts nicht im Klassenverband stattfindet.

Auch unser Schulsystem muss weicher und flexibler werden. Als FDP-Fraktion fordern wir mehr Freiräume,

(Abgeordneter Dr. vom Bruch [CDU]: Sie sprechen aber schon noch über die Fritz-Gansberg-Schule, oder?)

mehr Selbstbestimmung für Bremer Schulen.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, vielleicht brauchen wir auch in der Personalbesetzung von Schulen mehr Flexibilität.

(Abgeordnete Leonidakis [DIE LINKE] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Nein, im Moment möchte ich bitte weiter ausführen! Vielleicht sind multiprofessionelle Teams ja nicht nur etwas für Kitas, wobei mir in der letzten Debatte aufgefallen ist, dass viele den Begriff der multiprofessionellen Teams so benutzen, als ob man vielleicht noch einen Sozialpädagogen oder einen Assistenten oder so etwas brauche. Dieser Begriff meint etwas ganz anderes, er meint eigentlich eine passgenaue Zusammensetzung an beruflicher Kompetenz als Kollegium, also Lehrer, Sozialpädagogen, vielleicht auch einmal ein Polizist, Sprachtherapeuten, Pflegekraft, Logopäde, Sonderpädagogin, Psychologin, Verwaltungskraft, IT-Fachfrau oder Handwerker, einfach genau die Mischung an Professionen, die die jeweiligen Entscheidungsträger benötigen, um die Herausforderungen in ihrem Stadtteil und in ihrer Stadt zu stemmen. Verstehen Sie? Das meine ich.

(Abgeordneter Dr. vom Bruch [CDU]: Nein, das verstehen wir nicht!)

Wenn die Entscheidungsträger vor Ort entscheiden dürften, Personalentscheidungen treffen würden, sie würden sich ein Team zusammenstellen, mit dem es funktionieren würde, multiprofessionelle Teams –. Es tut mir leid, Frau Leonidakis, aber ich musste jetzt irgendwie meinen Gedankengang zu Ende bringen!

(Abgeordnete Leonidakis [DIE LINKE]: Ja, alles einmal auskotzen!)

Ja, dafür führen wir heute eine Debatte, bei der wir ausgehend von der Fritz-Gansberg-Schule angekündigt haben: Wir brauchen mehr Lehrer, das ist richtig. Wir brauchen auch mehr Geld. Nicht Fahrradbrücken sind das Wichtigste, sondern das Kostbarste, was wir haben, sind unsere Kinder,

(Unruhe Bündnis 90/Die Grünen)

und das muss auch die Prioritätensetzung im Haushalt widerspiegeln, aber mehr Geld und mehr Lehrer sind längst nicht mehr für alle Schulen, in denen Inklusion und Integration eben nur noch auf dem Papier stehen, der dringendste Bedarf. In der Fritz-Gansberg-Schule bräuchte man wohl eher Sozialpädagogen, Sonderpädagogen, Psychologen oder Therapeuten im Team. Die unterschiedlichen – –.

(Unruhe)

Ich freue mich ja über Ihre engagierte Anteilnahme. Die unterschiedlichen professionellen Blickwinkel wären ein Gewinn für die Kollegien. Teurer würde das wohl nicht, und letztlich wäre eine solch weite, flexible und passgenaue konzeptionelle Herangehensweise auch eine Entlastung für die mit Inklusion und anderen Dingen völlig überforderte Lehrerschaft, und nur so können sie übrigens wieder das machen, wofür sie ausgebildet worden sind, nämlich lehren. Sie sind nämlich nicht als Sozialpädagogen ausgebildet. Ich wage zu behaupten, dass das Berufsfeld nur so wieder erheblich attraktiver wird, wenn man diese Kompetenzen in die Schule holt.

Die Akteure des Alltags brauchen den Rückhalt durch die Politik, ob es um bauliche Veränderungen, um Konzeptionelles oder um Personal geht. Bremen muss Reformen in der Schulorganisation anstoßen und ermöglichen, Empowerment heißt das Stichwort.

(Beifall FDP)

Okay, ich bekomme gerade das Signal, ich muss zum Ende kommen.

(Beifall SPD)

Ja, das glaube ich, dass die SPD da klatscht! Wenn wir ehrlich hinschauen, stellen wir fest – –. Obwohl, das könnte ich auch noch einmal weglassen.

(Abgeordneter Dr. vom Bruch [CDU]: Ja, da haben Sie unser Einverständnis!)

Doch ich möchte schon noch etwas zu der IQB-Studie sagen, das fand ich noch sehr interessant, und zwar es gab die Bitte um Rückmeldungen, und Schüler und Eltern haben zu 90 Prozent Rückmeldungen gegeben, während Schulleiter sich nur zu 40 Prozent zurückgemeldet haben. Das passt auch zu etwas, was Schulleiter mir bisher unter der Hand erzählt haben, dass sie nämlich, wenn die Senatorin kommt, einfach die Schokoladenseite ihrer

Schule vorzeigen. Die Furcht, dass Ungutes als persönliches oder schulisches Versagen ausgelegt wird, ist viel zu hoch. Eine pensionierte Schulleiterin meinte neulich, die Schulleiter müssten viel mutiger sein, fordern, mehr sagen und mehr aufstehen. Nun, es muss nicht an der Senatorin liegen, dass es ist, wie es ist, aber es liegt an ihr, es zu verändern und Maßnahmen zu installieren, die dazu beitragen, dass ein positiver Umgang mit Defiziten im System Einzug hält.

(Beifall FDP)

Der Kontrollblick von außen muss als Unterstützung, Ermutigung und als Hinweis für mehr Unterstützungs- und Ressourcenbedarf verstanden und verankert werden und nicht als Mittel zur Stigmatisierung.

(Abgeordnete Leonidakis [DIE LINKE]: Frau Bergmann, es wird nicht besser!)

Sie müssen meinen Beitrag nicht beurteilen, alles gut!

(Abgeordneter Güngör [SPD]: Sie beurteilen unsere Arbeit doch auch, Frau Bergmann!)

Wir möchten eine gute Bildung hier in Bremen haben, und Bremen ist keine Insel. Unsere Kinder müssen sich in einer globalisierten Welt bewegen und bewähren, ob wir das wollen oder nicht. Wir werden die Kompetenzen unserer Kinder auch nicht kleinreden. Die Regierungskoalition muss den Rahmen schaffen, um das zu erreichen, was sie selbst im Schulfrieden als – so wörtlich! – oberstes Ziel formuliert, nämlich dass Bremen hinsichtlich des erreichten Kompetenzniveaus national und international den Anschluss findet. Hier im Bremer Bildungssystem sollen unsere Kinder die Wurzeln dafür bekommen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall FDP)

**Vizepräsidentin Dogan:** Für eine Kurzintervention hat das Wort die Abgeordnete Leonidakis.

**Abgeordnete Leonidakis (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin zwar vollständig verwirrt, was den letzten Redebeitrag angeht, weil er einfach überhaupt nicht zum Thema war, ich möchte aber inhaltlich eine Sache nicht unkommentiert hier stehen lassen. Frau Bergmann, Sie haben gesagt, dass

Sie verstehen, wenn gesagt würde, dass Sozialarbeiter mit Migrationshintergrund nötig sind, die mit beiden Füßen auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. Ich finde, das hat einen rassistischen Unterton, denn ich glaube, man muss nicht extra betonen, dass Sozialarbeiterinnen oder Sozialarbeiter mit Migrationshintergrund auf dem Boden des Grundgesetzes stehen müssen!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsidentin Dogan:** Frau Bergmann, wir wollten hier oben keinen Ordnungsruf verhängen, weil wir davon ausgegangen sind, dass Sie das nicht so gemeint haben, aber es ist tatsächlich so, dass es auch hier oben zu einer Diskussion geführt hat, dass diese Formulierung wirklich als rassistisch und diskriminierend aufgefasst werden könnte. Vielleicht stellen Sie das einmal richtig.

**Abgeordnete Bergmann (FDP):** Ich finde es sehr seltsam, mir so etwas zu unterstellen. Ich glaube, ich gehöre zu den Leuten, bei denen das auch jeder weiß, dass ich da überhaupt keine Ansatzpunkte habe. Ich liebe, ich habe, na ja, also im Bekanntenkreis, im Freundeskreis – –. Ich liebe Ausländer, das ist für mich überhaupt gar kein Thema.

(Unruhe SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Bitte?

(Zurufe)

Okay, jetzt kann ich mich nur noch verspuhlen, aber ich möchte darauf hinweisen, dass ich das, was ich gesagt habe, als ein Zitat genannt habe. Es war nicht etwas, was ich gesagt habe, sondern eine Antwort, die ich erhalten habe. Es tut mir leid, wenn das so angekommen ist, ich wollte damit niemanden verletzen, es war nicht so gemeint. Sorry!

**Vizepräsidentin Dogan:** Okay. Dann rufen wir das zweite Thema der Aktuellen Stunde auf – –.

(Zurufe)

Ach so, Entschuldigung! Jetzt war ich durch die Vorkommnisse total irritiert.

Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Dr. Bogedan.

**Senatorin Dr. Bogedan:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich würde gern etwas zum Thema sagen, auch

wenn mich die Aktuelle Stunde in der Tat etwas ratlos zurücklässt. Ich würde gern eine grundsätzliche Bemerkung vorab machen, weil es hier immer wieder um die Grundsatzfrage von Inklusion gegangen ist: Eine inklusive Schule ist für uns eine Schule, die alle Kinder und Jugendlichen so annimmt, wie sie sind. Sie mögen groß sein oder klein, wie ich es bin, schlechte Augen haben oder gute Augen, groß sein, dick sein, schwarz sein, weiß sein, alles. Mit Beeinträchtigung, ohne Beeinträchtigung, das ist das, was für uns inklusive Schule ausmacht.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Deshalb gibt es auch keinen Unterschied. Wenn wir nun über die Schule an der Fritz-Gansberg-Straße sprechen, kommen wir tatsächlich zu einer Schule, die etwas quer im System liegt, denn sie ist eigentlich ein Förderzentrum, uneigentlich aber keine Anwartsschule. Sie ist eine Schule, die ein exklusives Angebot macht, indem sie Schülerinnen oder Schüler an anderen Orten schult, sie hat aber wiederum auch ein inklusives Angebot, weil das Ziel der Schule darin besteht, die Schülerinnen und Schüler wieder in ihre Regelschule zurückzuführen.

Das heißt, wir haben es tatsächlich mit einer Schule zu tun, die eine besondere Betrachtung verdient, und deshalb ist es auch richtig festzustellen, dass es kein schöner Zustand für die Schulleitung und das Kollegium ist, das Gefühl zu haben, nicht zu wissen, woran man ist, sozusagen eine Schule auf Abruf zu sein, eine Schule zu sein, die irgendwie nicht gewollt ist. Deshalb ist es doch klar, dass das Bestreben auch darin liegt, der Schule deutlich zu machen: Die Kompetenz, die diese Schule dem Bremer Schulsystem zur Verfügung stellt, wird auch über den Tag, der im Gesetz genannt ist, hinaus gebraucht werden, denn neben den Schülerinnen und Schülern, die dort beschult werden, gibt es in der Stadt Bremen 367 Schülerinnen und Schüler mit dem anerkannten Förderbedarf im Bereich der sozialen und emotionalen Entwicklung.

Das heißt, diese Schülerinnen und Schüler werden überwiegend bereits inklusiv geschult, in der Regel an ihren Regelschulen, mit Unterstützung des dort verorteten ZUP oder eben auch mit Unterstützung der ReBUZ. Deshalb ist auch die Entwicklungsperspektive für die Schule ganz klar: Wir müssen uns mit der Schule auf den Weg machen, ihre Spezialkompetenz – auch analog zu den anderen Förder-



zentren – an den Regelschulen im Sinne eines mobilen Dienstes zur Verfügung zu stellen, wie wir ihn auch an den anderen Förderzentren haben.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Diese Entwicklungsperspektive ist im Übrigen eine, die mit der Neubesetzung der Schulleitung inhaltlich von meinem Haus mit vorangetrieben wird. Vor diesem Hintergrund kann dann tatsächlich die Entwicklungsperspektive der Schule an der Fritz-Gansberg-Straße sein, dass sie womöglich eine Schule wird, die keine Schüler mehr hat, die diese Kompetenz zur Verfügung stellt, aber das Entwicklungsziel besteht darin, dass wir möglichst nicht den Bedarf haben, Schülerinnen und Schüler an diesem Standort zu beschulen.

Damit kommen wir zu den Standortfragen, denn die Schule und die Frage nach dem Fortbestand der Schule müssen getrennt von der Entwicklung des Schulstandortes diskutiert werden.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Deshalb kann man meines Erachtens nur zu dem Schluss kommen, dass es grundsätzlich der Anspruch von Schülerinnen und Schülern sein muss, an einem angemessenen Ort beschult zu werden. Es ist grundsätzlich das Bestreben dieses Senats, diesem Anspruch gerecht zu werden, und ohne Zweifel muss man festhalten, dass der Zustand der Schule an der Fritz-Gansberg-Straße einen erhöhten Sanierungsbedarf aufweist. Das kann niemand in Zweifel stellen.

Es kann aber meines Erachtens auch niemand mehr in Zweifel stellen, dass es genau dieser Senat ist, der alles tut, um Schulen neu-, um- und auszubauen. In diesem Sinne, glaube ich, brauchen wir keine Aktuelle Stunde, um über die Zukunft der Schule an der Fritz-Gansberg-Straße zu diskutieren, wir brauchen auch keine Aktuelle Stunde, um über die Fragen der räumlichen Ausstattung von Schulen oder in weiteren Schulumbauten, -Ausbauten oder -Neubauten zu sprechen.

Stattdessen brauchen wir eine Aktuelle Stunde, um uns darüber auszutauschen, wie wir eigentlich gemeinsam an diesem Ziel arbeiten können, und diesbezüglich habe ich gelernt, dass ich noch Förderbedarf habe, um auch mich weiterzuentwickeln. Frau Bergmann, weil Sie so gern in Bildern sprechen, möchte ich nun auch eines benutzen: Es ist ein Stück weit Eulen nach Athen tragen, wie man so schön sagt, denn zu der Frage des Wissens,

was vor Ort los ist, ausgerechnet mir Tipps geben zu wollen, ist ein bisschen widersinnig. Ich glaube, es gibt keine Bildungssenatorin, die es geschafft hat, innerhalb von vier Jahren alle Schulstandorte der Stadtgemeinde Bremen zu besuchen. Ich habe sie alle gesehen, ich habe mir selbst ein Bild von jeder einzelnen Schule bei uns gemacht, ich bin mit allen Schulleitungen im Gespräch, und wir haben ein neues System der sogenannten kooperativen Steuerung für alle Schulformen in der Stadtgemeinde Bremen etabliert. Das heißt, wir reden eben nicht mehr von oben nach unten im Sinne eines dienstrechtlichen Verhältnisses mit den Akteuren vor Ort, wie Sie es genannt haben, sondern wir reden auf Augenhöhe an einem Tisch über das, was für die einzelnen Schulformen die entscheidenden Herausforderungen sind, und dann werden, genau wie Sie es gefordert haben, diese konkret angepackt und Maßnahmenpakete geschnürt, damit wir auch in die Umsetzung kommen.

Sie werden es glauben oder nicht: Hinter einzelne dieser Maßnahmenpakete, die wir mit den Schulen verabredet haben, haben wir schon Häkchen gesetzt, also unsere Aufgaben erledigt. Wiederum andere müssen noch umgesetzt werden, und so geht es weiter vorwärts. Wenn Sie wollen, können wir das gern noch einmal in der Deputation vertiefen, aber ich glaube, eigentlich haben wir zu diesen Fragen schon ausführlich berichtet. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Dogan:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Das erste Thema der Aktuellen Stunde ist beendet.

Ich rufe das zweite Thema der Aktuellen Stunde auf:

**Anstieg der Mieten und Kaufpreise – Bremen muss für alle bezahlbar bleiben!**

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Wagner.

**Abgeordneter Wagner (SPD):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn Sie mir noch eine Bemerkung zur vorherigen Debatte gestatten, dann sei es diese: Vielleicht wäre es für die gesunde, kritische Selbstreflexion derjenigen hier im Raum ohne Migrationshintergrund durchaus

wohltuend, wenn wir noch einmal festhalten, dass diejenigen hier im Raum, die nicht auf dem Boden des Grundgesetzes stehen, eindeutig keinen Migrationshintergrund haben.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich glaube, die Selbstreflexion kann regelmäßig ganz wohltuend für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft sein.

Frau Präsidentin, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zum Anstieg der Mieten und Kaufpreise möchte ich die gute Nachricht voranstellen: Bremen ist nicht Berlin. Das ist jetzt nicht so sehr eine Frage individueller Städtesympathie – von mir aus auch das –, aber es bezieht sich hier vor allem darauf, dass wir in Bremen eine wesentlich sozialere Struktur unseres Wohnungsmarktes haben. Wir haben in Bremen für die Größe einer Großstadt sehr viele Menschen, die sich die eigenen vier Wände leisten können. Unsere Eigentumsquote ist in Bremen weit mehr als doppelt so hoch wie die in Berlin. Wir haben seit dem Kauf der BREBAU inzwischen mehr als jede fünfte Mietwohnung in Bremen unter der schützenden Hand der Stadt. Mehr als jede fünfte!

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Wir haben mit Ausnahme der Vonovia, über die wir auf Antrag der Kollegen der Linksfraktion morgen noch sprechen werden, eine weit geringere Bedeutung großer Wohnkonzerne in Bremen, sondern stattdessen viele kleine, private Vermieter, die oftmals ihre Mieterinnen und Mieter selbst kennen und vor allem ein Interesse an langfristiger Stabilität und weniger an Renditemaximierung haben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, hohe Eigentumsquote, jede fünfte Wohnung in der Hand der Stadt, geringe Bedeutung großer Konzerne: Das ist das soziale Fundament, auf dem der Bremer Wohnungsmarkt steht, und darauf sind wir als SPD-Fraktion stolz!

(Beifall SPD – Vizepräsidentin Grotheer übernimmt den Vorsitz)

Dank diesem sozialen Fundament trotz Bremen dem Sturm vergleichsweise gut, der derzeit auf dem Wohnungsmarkt tobt, aber es tobt eben ein Sturm auf dem Wohnungsmarkt, und der zieht auch an Bremen nicht spurlos vorüber. Das zeigt der aktuelle Anstieg der Mieten und Kaufpreise, das zeigen die aktuellen Zahlen, die Anlass für unsere Aktuelle Stunde sind.

Findorff zum Beispiel – auf den Stadtteil möchte ich heute noch ein-, zweimal eingehen – ist ein Stadtteil, der jahrzehntelang als klassischer Eisenbahnerstadtteil Mietpreise hatte, die kaum oberhalb von dem lagen, was zum Beispiel in Huchting zu zahlen ist. Dank vieler alter Mietverträge ist auch heute noch die Bestandsmiete, die Kaltmiete im Monat, in Findorff für die klassische Dreizimmerwohnung von 70 Quadratmetern 20 Euro teurer als in Huchting.

(Zuruf)

Das war einmal so, ja, schöner Zwischenruf! Wenn Sie heute neu auf den Wohnungsmarkt gehen, eine Wohnung suchen und sich dann den Preisen ausgesetzt sehen, die heute aufgerufen werden, dann sind diese 20 Euro nicht mehr 20 Euro, sondern 150 Euro. 150 Euro Kaltmiete jeden Monat, das ist für den Normalverdiener keine Wahlfreiheit mehr.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Es stimmt, wir hatten in Bremen Jahre guter Lohnentwicklung. Für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gab es in den letzten Jahren endlich wieder kräftige Zuwächse, seit 2012 waren es 24 Prozent. Wenn man dann aber als Arbeitnehmerfamilie überlegt, sich von diesen Zuwächsen auch das Eigenheim zu leisten, dann muss man feststellen, dass die Kaufpreise für die Eigenheime in Bremen in diesem Zeitraum um fast das Doppelte dieses Lohnzuwachses angestiegen sind. Um fast das Doppelte! Was bedeutet das ganz konkret im Alltag der Menschen?

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das trifft die Familie, die das Haus sucht, während ihr die Preise davonlaufen. Das trifft den Auszubildenden oder die Studentin, die neu nach Bremen kommt und sich die Wohnung in der Nähe der Uni, der Hochschule oder der Ausbildungsstätte sucht. Es wird mir noch zu oft übersehen, das trifft die jahrzehntelangen Quartiersbewohner – bleiben wir zum Beispiel in Findorff –, die seit Jahrzehnten in der ESP-ABAU-Wohnung günstig wohnen, deren Stadtteil Findorff immer zu ihrem bescheidenen Geldbeutel gepasst hat, die aber jetzt im Findorffer Geschosswohnungsbau wegen der Hochparterretreppen und dann noch der Treppen hoch zu ihrer Wohnung eine barrierefreie Wohnung benötigen, sich neu zu den Mietpreisen auf den Wohnungsmarkt begeben müssen, die heute aufgerufen werden, und dann vor der Entscheidung stehen: Verlasse ich meinen angestammten Stadtteil, oder quäle ich mich weiter die Treppe hoch?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie wäre diese Lage erst ohne das soziale Fundament, auf dem unser Bremer Wohnungsmarkt steht? Unsere Überzeugung als SPD-Fraktion ist: Es ist unser Privileg, dass wir in Bremen dieses soziale Fundament haben. Es ist unsere Pflicht, dieses soziale Fundament zu bewahren, und wenn wir es bewahren wollen, dann ist es unsere Aufgabe, es jetzt auszubauen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Bremen tut nach unserer Überzeugung das, was richtig ist, und wovon wir noch mehr tun müssen, bauen, kaufen, dämpfen. Das Dämpfen der Mietpreise ist der Bereich der Mietpreisregulierung und die Stärkung des sozialen Mietrechts, die da erforderlich ist, daran mache ich hier an der Stelle einen Haken, weil wir darüber morgen in der Aktuellen Stunde im Landtag sprechen wollen.

Das Kaufen, also die Erweiterung des städtischen Wohnungsangebots auch im Bestand, und auch das Vermeiden von Verkäufen sind etwas, von dem ich weiß, dass es im rechten Teil dieses Saals nicht auf besonders große Zustimmung stößt. Ich möchte Ihnen aber aus unserer Sicht noch einmal deutlich machen und diese Gelegenheit dafür nutzen: Wenn die Bremer Landesverfassung sich dazu bekennt, dass der Verkauf der GEWOBA unter den Vorbehalt eines Volksentscheids gestellt ist, dann ist das eine gute Nachricht für 60 000 Mieterinnen und Mieter der GEWOBA und für die ganze Stadt.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Wenn wir die BREBAU unter die schützende Hand der Stadt geholt haben, dann ist das eine gute Nachricht für knapp 10 000 Mieterinnen und Mieter der BREBAU und für die ganze Stadt.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Wenn wir jetzt bezogen auf Bremen-Nord, wo die GEWOBA die Wohnungsbestände der Lüssumer Heide von der Vonovia übernommen hat, in der Zeitung lesen dürfen, die GEWOBA räumt auf, sie installiert Lichter in dunklen Gängen, sie räumt den Müll weg, und sie schafft angemessene Wohnverhältnisse, dann ist das eine gute Nachricht für Lüssum, für Blumenthal und für die ganze Stadt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Das Wichtigste aber ist aus unserer Sicht das Bauen. Dabei geht es nicht darum, irgendwie zu bauen und irgendetwas bauen, es geht darum, gezielt zu bauen, gemeinnützig, barrierefrei, bezahlbar zu bauen. Das ist aus unserer Sicht der Schwerpunkt in dem Gesamtziel der Koalition, sich in dieser Legislaturperiode 10 000 Wohneinheiten als Zielzahl zu nehmen.

10 000 Wohneinheiten sind ein sehr ehrgeiziges Ziel, das nur zu schaffen ist, wenn es auf breite Unterstützung aller Seiten stößt, und ich nehme wahr und habe den Eindruck, dass dieses Ziel von 10 000 Wohneinheiten durchaus den Zuspruch bei allen politischen Kräften auch hier im Raum findet. Ich habe bloß bisher nicht den Eindruck, dass alle politischen Kräfte hier im Raum bereit sind, auch den Rücken gerade zu machen, wenn es mit dem Bauen dann konkret wird.

(Lachen CDU)

Die Auseinandersetzung um die Rennbahn hat meines Erachtens gezeigt, dass wichtige Projekte in Bremen am mangelnden politischen Schulterschluss scheitern können. Ja, ich weiß, da war Wahlkampf, und das hat auch sicherlich den einen oder anderen hier sehr in Versuchung geführt, nicht unbedingt der Verantwortung den Vorrang zu geben, aber die gute Nachricht – und auf die möchte ich hinaus –, ist: Jetzt ist nicht mehr Wahlkampf, liebe CDU und liebe FDP.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE – Zuruf Abgeordneter Röwekamp [CDU])

Das war ein Volksentscheid, und das akzeptiere ich, aber Sie haben sich ja dazu positioniert.

(Abgeordneter Röwekamp [CDU]: Ja, Sie auch!)

Wenn ich mich richtig erinnere, war die Position: Bitte stimmen Sie mit Ja, wählen Sie aber die CDU ins Rathaus, dann machen wir hinterher doch eine Bebauung der Rennbahn, aber gut.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE – Zurufe CDU)

Ich freue mich immer, wenn Sie unseren Bürgermeister unterstützen, aber gut, wir haken das Thema ab.

Ich möchte auf das Zukunftsgewandte hinaus, der Wahlkampf ist vorbei, und wir brauchen Ihren Schulterschluss. Was wir jetzt insgesamt brauchen,

ist: Wir brauchen erstens das Verständnis für die Bedarfe auf dem Wohnungsmarkt. Da macht das Aktionsbündnis Menschenrecht auf Wohnen, da machen Sozialverbände, da machen die Arbeitnehmer, übrigens auch die Handelskammer, ganz hervorragende Arbeit.

Wir brauchen, zweitens, Engagement aus den Stadtteilen, dass dort auch gesagt wird: Ja, wir wollen ein Stadtteil für alle bleiben, oder wir wollen es werden, und dafür leben wir auch einmal mit einem Geschoss mehr,

(Beifall SPD, DIE LINKE)

und das dann, drittens – und dafür möchte ich werben –, getragen vom Schulterchluss der politischen Kräfte oder etwas freier formuliert: Fähnchen in den Wind hängen ist nicht!

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Ich habe, liebe Kolleginnen und Kollegen, eingangs gesagt, Bremen ist dank dem sozialen Fundament, auf dem unser Wohnungsmarkt steht – hohe Eigentumsquote, hohes städtisches Mietwohnungsangebot, geringe Rolle großer Konzerne – nicht Berlin, und ich habe gesagt, dass wir es ausbauen müssen, wenn wir wollen, dass es so bleibt. Ich hoffe, dass alle hier im Saal dies unterstützen können, und kann Ihnen für die sozialdemokratische Fraktion und für die Koalition sagen: Wir sind entschlossen, dafür zu sorgen, dass es so bleibt! – Danke!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Grotheer:** Bevor ich dem Abgeordneten Schumann das Wort erteile, möchte ich noch einmal die restlichen Redezeiten bekannt geben: Die FDP hat noch 9 Minuten, die SPD nach dieser Rede noch 12 Minuten und 41 Sekunden, die Grünen haben noch 23 Minuten, die CDU hat noch 20 Minuten und 35 Sekunden, DIE LINKE hat noch genau 20 Minuten, und der Senat hat noch 23 Minuten und 40 Sekunden, wenn er sich denn an die vorher vereinbarte Redezeit halten möchte.

Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Schumann.

**Abgeordneter Schumann (DIE LINKE):** Frau Präsidentin, meine verehrten Damen und Herren! Ich werde mich in meinen Ausführungen eher an Bremen orientieren und vielleicht noch einmal ein paar

kritischere Worte suchen und finden als mein Vorredner. Die Entwicklung der Wohnungsmärkte wurde von den Beteiligten der vergangenen Jahre falsch eingeschätzt. Die Wohnungswirtschaft war in den Achtzigerjahren, Neunzigerjahren und bis zu Beginn der Zweitausenderjahre durch Leerstand geprägt, durch schwierige wirtschaftliche Situationen und teilweise auch durch Verkäufe, um erst einmal über die Runden zu kommen.

Anfang der Zweitausenderjahre, 2003, 2004, 2005, hat man mit den Mitteln des Rückbaus versucht, den Wohnungsmarkt einigermaßen in den Griff zu bekommen, und kein Mensch hat damals – das ist gerade einmal 15 Jahre her! – die Fantasie gehabt, dass Vokabeln wie Wohnungsnot et cetera einmal in den Mund genommen werden. Über Neubau hat sich die Wohnungswirtschaft praktisch keine Gedanken gemacht. Es war auch keine Vorsorge getroffen worden, damit Strukturen für Neubauten vorhanden gewesen wären.

Erst der Druck der Straße – Aktionsbündnis für Wohnen als Beispiel – hat zumindest das Problem aufgezeigt, dass es durch die Singularisierung der Gesellschaft, mittlerweile ist jeder zweite Haushalt in Bremen ein Einpersonenhaushalt, und durch den Zuzug von Migrationsfamilien zumindest vereinzelt Probleme bei der Wohnungsversorgung auftreten. Grundstücksbevorratungen für Neubauten auch bei der Stadt gab es nicht. Das war, um noch einmal kurz in die Geschichte zu schauen, die Situation.

Es wird auch heute noch versucht, das Ende des rasanten Mietpreisanstiegs zu verkünden. Das ändert aber nichts daran, dass dieses Ende nicht absehbar ist, auch nicht in Bremen. Weitere wichtige Punkte: Es ist die Mietpreisentwicklung, die die Eigentumspreise und die Bodenpreise hochtreibt. Wir wissen, dass meistens nach den Ertragswertverfahren auch die Verkehrswerte errechnet werden, und wenn ein Gebäude einen hohen Ertragswert hat, dann sind auch die Preise entsprechend. So explodierten die Mieten genauso wie die Eigentums- und die Bodenpreise, was wir bis heute nicht in den Griff bekommen.

Wenn man sich anschaut, wo in Bremen die Mieten besonders stark gestiegen sind, dann gibt es einige Überraschungen: Von 2012 bis 2017 sind die Mieten abgesehen von der Überseestadt am stärksten unter anderem in Osterholz, Huchting, Obervieland und in der Vahr angestiegen. Hier müssen wir genauer hinschauen, diesbezüglich bin ich etwas differenzierter als mein Vorredner. Wir müssen

feststellen, dass dies weitgehend GEWOBA-Gebiete sind. Die Mieten sind in den eben genannten Bereichen zwischen 25 und 30 Prozent in den vergangenen fünf Jahren gestiegen. Hier muss man kritisch fragen, ob der Auftrag an die kommunale Wohnungsgesellschaft nicht nachgeschärft werden muss.

(Beifall DIE LINKE)

In diesem Zusammenhang will ich noch einmal darauf hinweisen, dass die Gewinnerwartung der GEWOBA und ihre Gewinnsituation weitgehend aus einem Relikt der Großen Koalition der Neunzigerjahre hervorgehen, als man die Gesellschaft in eine Aktiengesellschaft umgewandelt hat – warum das nötig war, weiß ich bis heute nicht –, um einen gewissen Prozentsatz der Aktien, es waren damals, glaube ich, um die 24 Prozent, auf dem Börsenmarkt zu platzieren, um Geld für die Stadt zu erhalten.

Nun waren die Verantwortlichen damals sehr ungeduldig und haben nicht gewartet, ob sie denn endlich an die Börse ging, das war zu der Zeit die Ökonomie, und dann ist irgendwann der Börsenmarkt zusammengebrochen. Man ist dann nicht an die Börse gegangen, aber man hat vorher schon einen dreistelligen Millionenbetrag über die Bremer Investitionsgesellschaft als Kredit aufgenommen, die GEWOBA musste über viele Jahre hinweg die Zinsleistung dafür aufbringen, und dadurch war sie auch darin gefangen, immer höhere Renditen erwirtschaften zu müssen, um das zu gewährleisten. Im vergangenen Jahr waren das weit über 22 Millionen Euro.

Wir müssen uns zukünftig als Stadt fragen: Wofür arbeiten die kommunalen Wohnungsgesellschaften? Die kommunalen Wohnungsgesellschaften arbeiten dafür, um regulierend den sozialen Halt zu gewährleisten. Heute erkennt man, dass die durchschnittliche Miete von 6,21 Euro kalt – und in der Wohnungswirtschaft ist die kalte Miete die kalte Miete, das ist ohne Betriebskosten – bei der GEWOBA schon sehr hoch ist.

(Zuruf Abgeordneter Strohmann [CDU])

Hierauf müssen wir zukünftig achten und es besser in den Griff bekommen, denn bei über 30 000 Wohnungen der Stadt Bremen ist das maßgeblich. Die Zahl der Sozialwohnungen ist weiter gefallen. Wir sind nun bei weniger als 8 000 im Land Bremen, in der Stadt Bremen sind es gerade nur noch 6 700

Wohnungen. Da wird gerne gesagt, wenn die Bindungen auslaufen, heißt es ja nicht, dass die Wohnungen gleich teurer werden. Das ist richtig. Da kann man sich jedoch nicht so sicher sein, wenn man Unternehmen hat, die sich an Hedgefonds und Finanzpolitik orientieren wie die Vonovia. Die sehen das anders. und auch das ist – das richte ich noch einmal an die CDU – ein Relikt der Neunzigerjahre, dass die Bremische und die Beamtenbaugesellschaft damals privatisiert worden sind. Das war die Große Koalition, ich war damals noch Zeitzeuge, und ich weiß auch ganz genau, dass die CDU der Treiber war.

Morgen werden wir über die Vonovia noch einmal einzeln sprechen.

(Zuruf Abgeordneter Strohmann [CDU])

Man muss dann auch sehen, dass Sie zu Ihren Regierungszeiten nicht so erfolgreich waren, da haben Sie uns auch manches eingebrockt, was wir heute noch ausbaden müssen. Das muss man einmal deutlich sagen.

(Beifall DIE LINKE)

Im Koalitionsvertrag stehen deshalb einige notwendige Schritte: Die Mietpreisentwicklung bei der GEWOBA in den Blick nehmen, die Zahl der Sozialwohnungen im Bremer Stadtgebiet bis 2023 auf 8 000 erhöhen, die Dauer der Bindung über 20 Jahre hinaus erhöhen, bei Stadtteilen mit besonders starkem Mietansatz mit Milieuschutzsatzungen arbeiten, Genossenschaften und Baugemeinschaften fördern, Housing First einführen und verstärkt mit Erbpacht arbeiten und darüber Mietpreise regulieren. Das ist das, was wir uns im Koalitionsvertrag aufgeschrieben haben, und das wollen wir auch in diesem Zusammenhang durchsetzen.

Wenn es so weitergeht mit den Mieten, muss man auch über eine Mietpreisbremse reden.

(Beifall DIE LINKE)

Ich weiß, es wird immer sofort von Verrat in der Community gesprochen, aber auch bei einem Mietpreisdeckelgesetz für fünf Jahre auf dem heutigen Niveau von 6,50 Euro und mehr, muss ich deutlich sagen, dass man damit die Community nicht in die Insolvenz treibt. Ich weiß noch aus meinem vergangenen Arbeitsleben, dass es Zeiten gegeben hat, in denen Mieterhöhungen auf dem Markt nicht

durchsetzbar waren, sondern eher über Mietsenkungen nachgedacht wurde und sie auch durchgeführt wurden. In dieser Zeit ist kein Wohnungsunternehmen in die Insolvenz gegangen, man muss das kollektive Jammern der Wohnungswirtschaft auch einmal richtig deuten und sagen: Bitte sehr, auf diesem hohen Preis können Sie innehalten und dafür sorgen, dass Wohnungen bezahlbar bleiben.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Bezahlbarer Wohnraum muss nicht immer der Neubau mit 6,50 Euro kalt sein. Bezahlbarer Wohnraum ist der Bestand, und auf den Bestand werden wir zukünftig mehr schauen müssen, damit wir ihn auch bezahlbar halten.

Zum Schluss will ich noch dazu kommen, dass wir uns in unseren Köpfen neu ausrichten müssen. Wohnungen dürfen keine Waren mehr sein.

(Beifall DIE LINKE)

Wohnungen müssen Daseinsfürsorge sein. Das ist soziale Verantwortung, und das müssen wir Politikerinnen und Politiker uns zukünftig mehr auf die Fahnen schreiben, und wir müssen die verantwortliche Wirtschaft dazu bringen, dass sie nicht immer nur ihre Taschen füllt, sondern dass sie mit einer vierprozentigen Rendite auskömmlich leben und zurechtkommen kann. Nur, weil es derzeit bei den Banken keine Zinsen gibt, müssen sie ihr Kapital nicht in Wohnungen stecken. Das wollen wir nicht. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Grotheer:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Bücking. Sie haben 23 Minuten.

(Heiterkeit)

**Abgeordneter Bücking (Bündnis 90/Die Grünen):** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

(Abgeordneter Dr. vom Bruch [CDU]: Das hätte man nicht sagen sollen!)

Wir wollen einmal sehen!

(Heiterkeit)

Was entwickelt sich jetzt hier gerade für eine Debatte? Die beiden Kollegen, die bisher gesprochen haben, Herr Wagner und Herr Schumann, haben ja

versucht, gewissermaßen so etwas wie ein Bild des Bremer Wohnungsmarktes zu entwickeln. Das, finde ich, ist auch ein absolut sinnvolles gemeinsames Nachdenken, denn je präziser wir das vor Augen haben, desto genauer können wir uns darüber verständigen, was notwendig ist, wie man also mit den öffentlichen Mitteln und mit den Mitteln der Kooperation mit der Wirtschaft in diesem Markt intervenieren will, um die Entwicklung im Sinne der Bürger zu beeinflussen. Das ist eine sehr wichtige Frage.

Ich hatte aber eigentlich angenommen – vielleicht kommt das ja noch! –, dass wir nicht nur über dieses Bild reden, sondern auch über das, was wir jetzt tun wollen. Man muss sich ja auch noch einmal kurz klarmachen, in welcher Situation wir sind. Wir haben gerade einen Koalitionsvertrag mit viel Lyrik und Prosa und herzerwärmenden Forderungen geschrieben und stehen jetzt vor der mühsamen Aufgabe, das Geld zu verteilen und Prioritäten zu bilden. Das ist absehbar ein sehr schwieriger und harter Prozess, durch den wir hindurch müssen. Beide Dinge muss man ja aufeinander beziehen, wenn wir unsere Arbeit hier im Parlament ernst nehmen wollen. Das will ich jetzt kurz versuchen.

Erst noch einmal das Bild: Ich habe da gesessen und war Herrn Wagner dankbar für die Art und Weise, wie er darüber gesprochen hat. Er hat sich nämlich nicht einfach hingestellt und nur das Drama beschrieben, sondern er hat vor allem auch beschrieben, worauf wir uns stützen können. Das, finde ich, ist eine wirklich bemerkenswerte Weiterentwicklung bestimmter sozialdemokratischer Argumentationen, und ich finde das sehr hilfreich.

Wir haben in Bremen einen Wohnungsmarkt, der sich deutlich von den heiß gelaufenen Städten unterscheidet, und es ist vernünftig herauszustellen, woran es liegt. Da hat Herr Wagner im Wesentlichen zwei Gesichtspunkte genannt. Der eine Gesichtspunkt war die hohe Eigentumsquote, nach der 40 bis 45 Prozent der Bremerinnen und Bremer in eigenem Wohneigentum leben, der Anteil der Haushalte liegt bei 38 Prozent, es ist also eine erhebliche Größenordnung.

Die Arbeitnehmerkammer hat kürzlich eine Umfrage gemacht und versucht herauszubekommen: Wie hoch ist der Anteil, den die Leute von ihrem gesamten Haushaltseinkommen für die Wohnkosten aufwenden müssen? Das war hochinteressant, und vermutlich ist es ein Bild, das sich verändern wird. Es war hochinteressant, weil herauskam, dass

die privaten Haushalte – vor allem die etwas älteren Haushalte, die schon lange für ihr privates Haus bezahlt haben – einen deutlich niedrigeren Anteil ihres Haushaltseinkommens für das Haus ausgeben müssen. Das leuchtet ja auch ein, denn sie haben dann Zinsen und Tilgung ganz oder zum großen Teil abgetragen und sind möglicherweise noch nicht in der Situation, dass sie neu investieren müssen, um ihr Haus technisch weiterzuentwickeln.

Sie zahlen dann also eher in einer Größenordnung von 15 bis 25 Prozent ihres Haushaltseinkommens, während – und das ist die zweite hochinteressante Aussage – die armen Haushalte, die Haushalte, die rund um die Förderfähigkeit aus der Übernahme der Kosten der Unterkunft liegen, also Alleinerziehende oder alleinstehende Personen, mit ungefähr 1 200 Euro netto einen enorm hohen Anteil ihres Haushaltseinkommens für die Wohnung/für die Unterkunft zahlen. Das geht dann in eine Größenordnung von 40, 50, 55 Prozent, wenn man die Energiekosten – also Heizung, Strom und diese Dinge, die Nebenkosten, die zweite Miete – mitrechnet. Das sind extreme Größenordnungen.

Sie wohnen aber in den Wohnbeständen, die günstig sind. Nach menschlichem Ermessen sind das Wohnungen, die 5 Euro, 5,40 oder 5,50 Euro Nettokaltmiete kosten. Es ist schwer vorstellbar, dass man den Wohnungsbaugesellschaften sagt, nein, das ist immer noch viel zu teuer, sondern da hat man das Gefühl, wenn man diese Bestände über die Jahre bringen will – also sanieren, energetisch modernisieren, vernünftig dämmen, eine vernünftige Heizung, das Treppenhaus und die Bäder in Ordnung bringen –, dann geht das nicht mit Kosten deutlich unter dieser Größenordnung. Das muss aber unbedingt sein, die Sanierungsquote in unserer Stadt ist eher zu gering. Wir sehen also, an der Stelle geht es nur mit staatlicher Förderung. Das passiert ja zum einen über das Instrument der Übernahme der Kosten der Unterkunft, und es geschieht zum anderen durch Wohngeld. Insgesamt ist aber völlig klar, dass es eine große Zahl von Bürgerinnen und Bürgern in unserer Stadt gibt, die ein so geringes Haushaltseinkommen haben, dass auch angemessene Mieten sie überfordern. Das ist eine ziemlich brutale Botschaft aus der Analyse, die die Arbeitnehmerkammer vorgelegt hat, die Publikation dazu kommt noch erst auf den Markt.

Deshalb ist es so bedeutsam, dass man nicht nur auf das Thema Neubau schaut – das machen wir gleich noch einmal zusammen –, sondern erst einmal auf

das Thema Bestand. 99 Prozent unserer Bürgerinnen und Bürger wohnen da, wo schon vor langer Zeit gebaut worden ist, und die wesentliche Frage ist, wie sie wohnen, was sie dafür zu bezahlen haben, ob diese Wohnungen ihr Haushaltseinkommen überfordern, ob sie energetisch in Ordnung sind, ob sie gesund sind.

Deshalb steht, finde ich, völlig zu Recht in unserem Koalitionsvertrag, wir müssen uns mehr um das kümmern, was schon gebaut ist. Die Fixierung auf den Neubau war eine Kraftfokussierung, die wir vornehmen mussten, weil wir auf dem Gebiet dramatisch niedrig lagen. Jetzt läuft es einigermaßen, und jetzt muss der Kopf langsam einmal wahrnehmen, dass es eben auch um diese 99 Prozent der schon geschaffenen Stadt geht. Da, finde ich, ist der Blick auf die Wohnungsbaugesellschaften ein zentraler Gesichtspunkt.

Herr Schumann hat beklagt, die GEWOBA hätte systematisch ihre Mieten erhöht. Das würde ich nicht bestreiten. Noch immer ist es so, dass 70 Prozent der Bestände der GEWOBA unter der Quote von 6,50 Euro je Quadratmeter vermietet werden. Das ist, finde ich, bei allem keine so ganz nebensächliche Botschaft. Dennoch kann natürlich die GEWOBA die erforderliche Weiterentwicklung ihrer Bestände, die ja im Wesentlichen aus den Fünfziger-, Sechziger- und Siebzigerjahren stammen, nicht schaffen, wenn sie nicht investiert, und zwar im großen Stil, wenn sie nicht systematisch die Bestände managt und nicht die energetische Sanierung betreibt, und das wirkt sich letztendlich auch auf die Mieten aus.

Nach allem, was wir über die Vermietungspraxis der GEWOBA wissen, macht sie das fair, versucht sie zu vermeiden, dass die Kosten der Kaltmiete über einem Drittel des Haushaltseinkommens liegen. Nach allem, was wir wissen, kümmert sich die GEWOBA um die Dämmung der Gebäude, sie versucht, über Kraft-Wärme-Kopplung eine vernünftige Energieversorgung zu organisieren, und schreckt nicht davor zurück, sich in große gerichtliche Auseinandersetzungen zu begeben, um das zu erreichen. Sie wissen, dass dieses Mieterstrommodell auf 100 Haushalte beschränkt worden ist. Da finde ich, an der Stelle nimmt sie sich das Richtige vor, und wir wünschen uns, dass sie das intensiv und energisch weiter macht, aber wir sehen auch, dass da noch Luft nach oben ist. Die Bremerhavener Gesellschaft hat da schon mehr vorzuzeigen, eine ältere Praxis, und ich würde sagen, eine bessere Spur.

Der Kampf um die Qualität der Bestände ist ein wichtiger Punkt. Es beschränkt sich aber nicht auf das Herumschrauben am Haus, sondern es geht um das Quartier als Ganzes, also die öffentlichen Räume, das Grün, die Ausstattung mit Kinderspielplätzen, mit Treffpunkten, das Sicherstellen, dass wir den Generationswechsel in den Stadtteilen zustande bringen.

Das ist, glaube ich, ein Punkt, der noch einmal ganz wichtig ist für jeden, der darüber nachdenkt, ob Menschen möglicherweise häufig in zu großen Wohnungen leben. Wir kennen ja das Phänomen: Dreizimmerwohnung – in der Vahr verbreitet –, die Kinder sind aus dem Haus, der Vater stirbt, er stirbt als Erster, die Mutter lebt allein in drei Zimmern, aber die Mutter, Oma, Uroma sagt – je nachdem –, ich bleibe hier, mich trägt ihr höchstens hier heraus, das ist mein Zuhause.

Vor diesem starken Bedürfnis muss man Respekt haben, und trotzdem ist es sehr klug, wenn im Bündnis – in Kooperation mit der Heimstiftung, mit anderen, die sich auskennen mit diesen letzten 20, 30 Prozent unserer Lebenszeit – Angebote entwickelt werden und es darauf hinausläuft zu sagen, okay, ich ziehe um, aber dafür bin ich sicher, dass ich betreut werde, wenn ich nicht mehr laufen kann, wenn ich umsorgt werden will, wenn ich allein bin, oder dass ich nach Gesundheitsdienstleistungen fragen kann, wenn ich sie brauche.

Das ist ein enorm wichtiger Beitrag dazu, den Generationswechsel in diesen Quartieren zu beschleunigen, denn nichts drückt mehr auf den Bedarf an neuen Wohnungen, als dass die Leute, die schon eine haben, sich darin gewissermaßen verschanzen und sagen, obwohl sie einen Teil der Wohnung gar nicht mehr brauchen, behalten sie sie. An der Stelle leisten wir einen großen Beitrag, um zu erreichen, dass dieser Konsum von einer Größenordnung von circa 42 Quadratmetern pro Person nicht weiter wächst. Das ist der erste Gesichtspunkt.

Der zweite Gesichtspunkt ist, dass der Flächenverbrauch da, wo es irgendwie möglich ist, in den Quartieren, wo ein Generationswechsel stattfindet, auch wieder fällt, das ist der Gedanke mit den Beständen. Da können wir jetzt über Tarzan und Jane, den Bremer Punkt und ähnliche Projekte reden, daran kann man es gut erkennen. Wir können uns auch über all die Interventionen in den integrierten Entwicklungsgebieten unterhalten, wie sie in Gröpelingen und in Bremen-Nord versucht werden. Das genau sind Versuche, diese Quartiere

weiterzuentwickeln, um sie für die Bürgerinnen und Bürger weiter zu guten Heimstätten zu machen, zu Orten, wo man gern lebt, aber auch, um sicherzustellen, dass die soziale Mischung unserer Stadt nicht aufgegeben wird.

Da würde ich auch gern noch einmal auf einen Gesichtspunkt aufmerksam machen, weil die Dinge meistens doppelgesichtig sind: Im Moment beobachten wir, dass neue Bürger nach Walle einströmen, wir beobachten, dass sie in das Buntentor und nach Hastedt einströmen. Die Menschen, die da seit jeher wohnen, bekommen neue Nachbarn, jüngere Nachbarn, Familiengründer, möglicherweise studentisches Publikum. Das verändert diese Stadtteile, und das tut ihnen nach meinem Gefühl auch durchaus gut. Das war früher völlig fixiert auf das Ostertor, auf das Viertel, mittlerweile sind es andere Stadträume, die für die Milieus interessant geworden sind. Diese Karawane zieht durch die Stadt und trägt zu ihrer Entwicklung bei. Sie zieht nicht bis nach Gröpelingen – ich finde, das ist ein richtiges Thema –, und man muss sich fragen, was man dazu beitragen kann, damit sich das ändert. Diese Karawane ist aber eher in der Angelegenheit auch ein Verbündeter, und wir müssen schauen, wie das im Einzelnen zugeht.

Ich möchte noch auf das Thema Neubau zu sprechen kommen, damit nicht der Eindruck entsteht, es wäre für uns jetzt hinter der großen Zahl von 99 Prozent verschwunden. Wir haben da im Koalitionsvertrag eine Formulierung gewählt, die ich bitte, wirklich sehr genau anzusehen. Darin steht: Wir schaffen die Voraussetzungen dafür, dass 10 000 Wohnungen entstehen können. Jeder, der sich auskennt, weiß, wir liegen im Moment eher bei so einer Größenordnung von knapp 2 000 pro Jahr, und 10 000 in einer Legislaturperiode wären 2 500 pro Jahr. Das muss man erst einmal schaffen unter Bedingungen, die wir jetzt auf dem Wohnungsmarkt und dem Baumarkt beobachten können.

Da haben wir ja die Situation, dass nicht nur die Preise für die Grundstücke ordentlich angezogen haben, und nicht nur die Situation, dass die Produktion, die Herstellung eines Hauses extrem viel teurer geworden ist als früher. Wir haben auch die Situation, dass natürlich Grundstücke, die leicht zu bebauen sind, mittlerweile auch bebaut sind, und jetzt haben wir schwierigere vor der Brust, das ist nicht so leicht. Wir haben vor Augen – darauf hat sich Herr Wagner auch bezogen –, dass Innenentwicklung kein Spaziergang ist, sondern dass wir damit zu kämpfen haben, die Bürgerinnen und Bürger, die Nachbarn davon zu überzeugen, dass



das, was wir da machen, Sinn ergibt und im Interesse aller ist und dass diese politische Anordnung, die besagt, wer schon eine gute Wohnung hat, kann sich freuen, und der Rest soll sehen, wo er bleibt, gebrochen werden muss. Die müssen wir aufknacken, wir müssen die Leute, die in unserer Stadt gut wohnen, dafür gewinnen, dass die anderen auf diesem Wohnungsmarkt auch eine Chance bekommen und die Weiterentwicklung der Stadt gelingt. Dafür sind wir politisch gemeinsam zuständig.

(Beifall DIE LINKE)

Ich erlebe es relativ oft: Ich muss dann zu diesen Bürgerversammlungen gehen, das ist in der Regel nicht vergnügungssteuerpflichtig, und man schläft schlecht danach. Ja, das ist so. In der Blumenstraße war das kein Vergnügen, und auch der Kampf darum, in der Kohlhöckerstraße ein großes Gebäude zu errichten, ist kein Vergnügen. Es ist auch kein Vergnügen, in der Ottostraße in der Neustadt durchzusetzen, dass dort im Innenbereich diese Studentenwohnheime entstehen, und natürlich gibt es Zank darum, wenn – nicht in Huchting, ein bisschen weiter draußen – weseraufwärts ein Studentenwohnheim sieben Stockwerke haben soll.

Also, das alles ist kein Vergnügen, aber ich appelliere an Sie, dass wir wirklich alles an Überzeugungskraft zusammentragen, um diese Projekte zu ermöglichen, und dass wir uns intensiv damit beschäftigen, ob es okay ist mit der Sonne, die da noch bleibt, ob es okay ist, was wir den Leuten da an zusätzlichem Verkehr zumuten, ob es okay ist, dass sie jetzt neue Nachbarn zu ertragen haben und so weiter.

Ich finde, damit muss man sich konkret beschäftigen und konkret überzeugen, und es ist ein Riesenschmerz, dass uns das mit der Rennbahn nicht gelungen ist, das muss ich ehrlich sagen. Es ist eine ganz harte Niederlage der Koalition und meiner Meinung nach aller Kräfte gewesen, die diese Stadt schätzen und entwickeln wollen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Jetzt bin ich gar nicht sicher, ob wir diesen Volksentscheid hätten gewinnen können, wenn sich die CDU auf die richtige Seite geschlagen hätte. Man soll die CDU da auch nicht überschätzen. Dass Sie aber auch diesen Opportunismus in der Angelegenheit gewagt haben, möchte ich sagen, und Sie sich damit gewissermaßen an dieser Stelle aus der Front all derjenigen, die diese Stadt entwickeln

wollen, ausgegliedert haben, hängt Ihnen jetzt noch eine Weile nach, davon kommen Sie nicht so schnell herunter.

Jetzt glaube ich, dass wir uns darüber verständigen müssen, ich habe noch fünf Minuten Redezeit, das machen wir jetzt ganz am Schluss – –.

(Zuruf)

Ja, ich habe es gleich geschafft!

(Heiterkeit, Zurufe)

Ich würde gern noch einmal das Repertoire mit Ihnen durchsprechen. Die Behörde ist kurz davor, den STEP Wohnen, das ist der Stadtentwicklungsplan Wohnen, zu Ende zu bringen und uns auf die Schreibtische zu legen, damit wir darüber diskutieren können. Ich glaube, das ist ein enorm wichtiger Schritt, um noch mehr Planmäßigkeit, noch mehr Umsicht in die Entwicklung dieses Themas zu bringen. Der STEP Wohnen geht auch genau davon aus, dass man auf die Bestände achten muss, dass man Neues hinzufügen muss und das Neue als Bausteine, die das Ganze verbessern, in die Bestände integriert werden muss. Das ist aber eigentlich das Kunststück, das man hinbekommen muss. Auf den STEP Wohnen müssen wir achten.

Zweitens, die Wohnraumförderung! Das ist überhaupt nicht banal, nur weil es in der Vergangenheit funktioniert hat. Wir konnten sie im Wesentlichen aus Bundesmitteln bezahlen und aus Rückflüssen an das Treuhandvermögen. Mittlerweile ist es so, dass die Wohnraumförderung nur noch funktioniert, wenn wir da Elemente von Zuschüssen einbauen – also richtig verlorene Zuschüsse –, weil völlig klar ist, auf dem Markt bekommt man einen Kredit für null bis ein Prozent, und eine Förderung der Kredite für neue Wohnungen reicht überhaupt nicht mehr aus, um das Bauen auszulösen. Also, meine Damen und Herren, bei Wohnraumförderungen genau hinschauen, das muss finanziell vernünftig ausgestattet werden! Wir wollen 30 Prozent statt 25 Prozent. Das ist ein Riesenschritt, das akzeptiert die Wohnungswirtschaft ganz offenkundig. Ein paar kompliziertere Themen sind mit diesen Bagatellgrenzen verbunden, davon reden wir wahrscheinlich noch.

Dann ist völlig klar, wir wollen versuchen, zu einem gedämpften Segment zu kommen, also einem Segment, von dem wir sagen, das sind dann nicht gleich 10, 12 oder 14 Euro je Quadratmeter, sondern dazwischen, zwischen diesen 6,50 Euro, die

über die Wohnraumförderung erreicht werden, und den 10 Euro, wo es über den Markt geht. Das ist ein teures Projekt. Da ist guter Rat teuer, wie wir das im Einzelnen machen, ob es über den Grundstückspreis geht, ob es über Subventionierungen geht oder über regulative Kopplung. Das müssen wir uns ansehen.

Völlig klar ist, wir müssen die kleinen neuen Akteure auf dem Wohnungsmarkt stärken. Es ist einfach zum Verzweifeln, dass Hamburg, Berlin und andere Städte – München sowieso! – auf dem Feld von Baugemeinschaften und Genossenschaften so viel weiter sind als wir, und es ist ein Dauerschmerz, dass alle unsere Projekte immer wieder in die Krise geraten. Das liegt nicht immer nur an der bösen Politik und schlechter Verwaltung, sondern es ist wirklich ein Jammer. Wir brauchen Erfolge auf diesem Gebiet. Wir müssen da deutlich besser werden, von Schwachhausen bis zum Dedesdorfer Platz, vom Dedesdorfer Platz bis zu der Genossenschaft, die sich am Hulsberg gegründet hat und so weiter.

Abschließend möchte ich noch sagen, es gibt dieses schwierige Thema Bodenpolitik. Das geht mitten hinein ins Eingemachte, weil es ein so unangenehm teures Projekt ist. Wenn wir Grund und Boden erwerben, dann kostet es bei dem heißen Markt sehr viel Geld. Wenn wir ihn danach nur verpachten, dauert es ewig, bis das Geld wieder hereingekommen ist, und zwischenzeitlich müssen sich unsere Behörden, die sich völlig verausgabt haben und im Wesentlichen nur noch mühsam ihren Job erledigen, auch noch als Investoren und Entwickler auf diesen Grundstücken betätigen. Das ist ein enorm anspruchsvolles Projekt.

Ich bin mittlerweile der Meinung, dass wir uns damit abfinden müssen, dass wir revolvierende Fonds machen, also am Schluss auch wenigstens bei einigen Grundstücken akzeptieren, dass sie wieder verkauft werden, um Geld hineinzubekommen, um weiterzumachen. Aber ich bin für vertiefte Planung. Ich bin für einen stärkeren Einfluss auf die Entwicklung der Sache, da werden wir vermutlich die eine oder andere lieb gewonnene Idee aus dem Koalitionsvertrag noch einmal ein bisschen hintanstellen müssen.

Jetzt komme ich zum Schluss, weil ich nur noch eine Minute und zwölf Sekunden Redezeit habe. Ja, wir haben das mit der Rennbahn verloren, und weil wir das mit der Rennbahn verloren haben, werden die Projekte, in denen eine große Hoffnung

auf Verbesserung steckt, noch einmal umso wichtiger. Eines davon ist am Hulsberg. Das ist öffentlicher Grund. Frau Bernard ist jetzt nicht mehr da. Natürlich braucht sie das Geld, und trotzdem ist es richtig, noch einmal darum zu ringen, dass uns wegen der Bodenpreise die soziale Mischung dieses Gebietes nicht vollständig verloren geht.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Da bitte ich noch einmal alle, mit uns gemeinsam darüber nachzudenken, dass wir in dieser Richtung weitergehen. Nicht, dass da nicht etwas versucht worden ist: Wir haben da 30 Prozent im sozialen Wohnungsbau, das ist okay, wir haben 20 Prozent Baugemeinschaften, das ist okay. Der Verkehrswert der Grundstücke steigt aber sehr stark an, das heißt, dass der Einstiegspreis für alle Projekte einfach unerhört hoch ist, und damit bekommen wir diese Mischung nicht hin, wir müssen darüber nachdenken. – Ich bin fertig!

(Heiterkeit, Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsidentin Grotheer:** Meine Damen und Herren, der Kollege hat es tatsächlich geschafft, bis auf wenige Sekunden punktgenau zu landen. Ich sage jetzt den anderen Fraktionen noch einmal ihre Restredezeiten und bin jetzt mehrfach gebeten worden, darauf hinzuweisen, dass Sie nicht so lange reden müssen, wie Sie können.

(Heiterkeit, Beifall)

Sehr geehrte Frau Neumeyer, Sie sind für die Fraktion der CDU jetzt die nächste Rednerin, und Sie haben noch 20 Minuten und 35 Sekunden Redezeit. Sie müssen aber nicht so lange reden.

Bitte sehr, Frau Kollegin!

**Abgeordnete Neumeyer (CDU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Lieber Herr Wagner, liebe Fraktion der SPD: Sie haben ja recht, Bremen muss bezahlbar bleiben. Bei dem Titel habe ich mich dann aber doch etwas gewundert, und jetzt, mein lieber Falk Wagner, muss ich leider Ihre ideologische Prosa vom sozialen Fundament beschädigen: War oder ist Ihr Motto nicht „Wir lieben Bremen“? Also lieben Sie doch auch den Wohnungsmarkt, den letzten Platz beim Bildungsvergleichstest, die höchste Arbeitslosenquote, die höchste Frauenarbeitslosenquote, die höchste Kinderarmut deutschlandweit, oder verstehe ich Ihren Slogan falsch? Wo ist also ihr gutes soziales Fundament?

(Beifall CDU)

Im Wahlkampf lief bei Ihnen doch immer die Dauerschleife, wie toll alles ist, dass alle Probleme, die wir unter anderem beschrieben haben, herbeigerechnet sind. Ihre Aktuelle Stunde, Herr Wagner, klingt für mich mehr nach Opposition als nach siebzigjähriger Regierungsbeteiligung.

(Beifall CDU, FDP)

Sie führen in Ihrem Begründungstext für die Aktuelle Stunde aus, ich zitiere: „Durch die Verhinderung der Pläne zur Bebauung des Rennbahngeländes wurde eine wichtige Chance zur Ausweisung einer zentralen Fläche für attraktiven Wohnungsbau leichtfertig vertan.“

(Abgeordnete Krümpfer [SPD]: Ja, das stimmt ja auch!)

Durch Ihre Politik von oben haben Sie versucht, an den Menschen vorbei Politik zu machen und Fakten zu schaffen.

(Beifall CDU, FDP)

Das ist Ihnen nicht gelungen, und dafür haben Sie am 26. Mai 2019 als Regierung mehr als deutlich die Quittung bekommen, vor allem Ihre Partei, aber ich verstehe gar nicht, warum Sie ständig das Rennbahngelände ins Feld führen. In den vergangenen Jahren haben Sie Flächen für 30 000 Wohnungen identifiziert, das haben Sie jedenfalls behauptet. Dann bleiben nach Abzug der geplanten Wohnungen auf dem Rennbahngelände immer noch 29 000 Wohnungen übrig. Wir können jetzt alle die Hände über dem Kopf zusammenschlagen und den 1 000 Wohnungen hinterhertrauern oder anfangen, die anderen 29 000 Wohnungen endlich zu bauen.

(Beifall CDU, FDP)

An uns soll es nicht liegen.

Weiter führten Sie aus, ich zitiere: „Umso mehr sind nun alle politischen Akteure Bremens gefordert, künftig Rückgrat für den Wohnungsbau zu zeigen.“ Ich muss zugeben, Herr Wagner, diesen Satz musste ich zweimal lesen. Sie koalieren mit der LINKEN und fordern Rückgrat für den Wohnungsbau. Das ist ein Widerspruch in sich. Ich habe mir einmal die Mühe gemacht und die Protokolle der

Baudeputation der letzten Legislaturperiode angesehen. Dort hat sich DIE LINKE zwanzigmal bei Bebauungsplänen enthalten.

(Abgeordneter Strohmann [CDU]: Hört, hört!)

Zwölfmal hat sie sogar Pläne abgelehnt. Das bekannteste Beispiel ist wohl die Bebauung der Gartenstadt Werdersee. Wenn Sie von einem politischen Akteur in diesem Raum Rückgrat einfordern wollen, dann müssen Sie bei Ihrem Koalitionspartner anfangen.

(Beifall CDU)

Wie schwierig die Baupolitik der nächsten Jahre sein wird, mein Kollege Herr Bücking hat es eben auch erwähnt, offenbarte die geplante Bebauung der Blumenstraße. Monatlang wurde das Projekt ausgebremst, dabei ging es um lediglich 15 Wohnungen.

Zurück zum Titel: Ist der Wohnungsmarkt eigentlich so angespannt, wie Sie behaupten? Klar, es gibt Unterschiede in Bremen, aber das ist erst einmal nichts Ungewöhnliches, dieses Phänomen findet man in jeder Stadt. Nicht jeder kann oder möchte im Stadtkern wohnen. Wie aber steht Bremen eigentlich deutschlandweit da? Der Vergleich der Grundstückspreise für Eigenheime in Bremen mit den Grundstückspreisen anderer deutscher Städte ähnlicher Größenordnung zeigt, dass Bremen mit zirka 300 Euro pro Quadratmeter im unteren Mittelfeld liegt. Gleiches gilt für Eigentumswohnungen: Mit einem Wert von 2 400 Euro pro Quadratmeter liegt Bremen ebenfalls im unteren Mittelfeld vergleichbarer Städte wie Hannover, Nürnberg oder Stuttgart. Bei den Reihenhäusern mit mittlerer Größe liegt Bremen mit einem Preis von zirka 250 000 Euro im unteren Mittelfeld. Auch hinsichtlich der Steigerungsrate bei den Mieten von 2012 bis 2018 lag Bremen mit 30 Prozent im unteren Bereich mit Dortmund und Nürnberg.

(Abgeordneter Lenkeit [SPD]: Das macht die Sache auch nicht besser!)

Warten Sie doch einmal ab, lassen Sie mich doch erst einmal ausführen, ich komme noch zu Ihnen, kein Problem! Auch hinsichtlich der Steigerung in absoluten Zahlen liegt Bremen mit einer durchschnittlichen Zunahme des Quadratmeterpreises um 1,98 Euro bei den Angebotsmieten von 2012 bis 2018 im unteren Bereich. Ich fände es fatal, wenn wir anfangen, Probleme schlimmer darzustellen, als sie sind. Ja, im Vergleich zu den Vorjahren sind die

Mieten gestiegen und die Kaufpreise auch, im Vergleich mit Städten ähnlicher Größenordnungen aber nicht annähernd so stark. Das wissen Sie aber selbst. Sie versuchen, wie schon Ihr Spitzenkandidat im Wahlkampf, Stadtteile gegeneinander auszuspielen.

(Beifall CDU)

Sie heben nicht das Positive eines Stadtteils hervor, Sie schüren Neid, und das ist unredlich, liebe SPD.

Die GEWOBA hatte laut Jahresbericht 2018 eine Durchschnittsnettokaltmiete von 5,93 Euro. Mit über 40 000 Wohnungen trägt sie dazu bei, dass die Mieten in Bremen bezahlbar sind. Ein Lösungsansatz könnte hier sein, die GEWOBA mehr bauen zu lassen. Apropos Rückgrat, das fordern Sie ja ein, Herr Wagner: Warum hat Ihre Fraktion eigentlich unseren Antrag vom 13. Juni 2017 abgelehnt, die Wohnraumaktivitäten der GEWOBA zu verstärken? Sie fordern Rückgrat ein, dann zeigen Sie das bitte auch, wenn wir Anträge einreichen, die Sie inhaltlich zwar super finden, und nur ablehnen, weil sie von der Opposition eingebracht wurden! Ich werde Sie zukünftig bei allen unseren Initiativen nach Ihrem Rückgrat fragen und hoffe, dass Sie beim Hulsberg-Viertel eines haben und nicht auf den von Ihnen so vehement geforderten Wohnraum verzichten.

(Beifall CDU)

Ansonsten, lieber Herr Kollege, zaubere ich gern noch einmal unseren Antrag zur Aufstockung des Hulsberg-Viertels aus dem Hut, aber den würden Sie dann wahrscheinlich auch ablehnen, weil es beim Thema Wohnungsbau vor allem Ihnen und Ihrer Fraktion an Rückgrat fehlt. Wir haben in der letzten Legislaturperiode viele Initiativen eingebracht, und immer bekam ich zu hören „Brauchen wir nicht, haben wir schon! oder „Das machen wir anders viel besser!“. Wir hatten zum Beispiel die Initiative zum Thema Hinterlandbebauung, zur Aufstockung von vorhandenem Wohnraum, auch die Einstellung eines Innenentwicklungsmanagers, der sogar vom Bund bezahlt worden wäre, haben Sie abgelehnt, weil Sie es schon viel besser machen. „Wir haben doch das Baulückenkataster.“, hieß es da spöttisch.

Der Bürger muss ähnlich wie ein Trüffelschwein nach Bauland suchen. Da gehen viele Bürger und gerade junge Familien lieber nach Niedersachsen, wo man sie mit guter Beratung und Kusshand aufnimmt, auch das zeigt uns der Mentoringbericht.

Doch genau diese jungen Familien – das hat die Fraktion der CDU schon immer gesagt, und ich habe jetzt der Presse entnommen, dass Sie das nun auch sagen – brauchen wir zur Stabilisierung unserer Stadtteile.

Die Fraktion der CDU hat zum Thema Wohnungsbau im Dezember eine Große Anfrage eingereicht, bei der zum zweiten Mal um eine Fristverlängerung gebeten wurde, der auch stattgegeben wurde, das ist ja okay. Hier hat der Senat die Gelegenheit, die aktuellen Fakten und Zahlen sowie die Wege der Koalition für die zukünftige Wohnungsbaupolitik aufzuzeigen. Ich kann mir jetzt, nachdem eine Regierungspartei entdeckt hat, dass wir mehr tun müssen, schwer vorstellen, dass uns nun wieder geantwortet wird, dass im Wohnungsbau alles super läuft.

Dass die Senatorin jetzt mit den baupolitischen Sprechern der Regierung über die Erstellung eines Mietspiegels reden will, ist aus unserer Sicht nicht der ganz große Wurf. Wir erwarten von der neuen Regierung, dass sie endlich sagt, wo sie die 10 000 Wohnungen dieser Legislaturperiode schaffen will und neue Bauflächen ausweist. Wir erwarten von dieser Regierung, dass sie die Innenentwicklung sinnvoll vorantreibt und sich nicht hinter einem nutzlosen Baulückenkataster versteckt. Wir erwarten von dieser Regierung, dass sie die Flächen im städtischen Besitz neu betrachtet und bewertet und dass sie diese durch städtische Wohnungsbaunternehmen verstärkt mit bezahlbarem Wohnraum bebaut.

(Beifall CDU)

Wir erwarten von der Regierung, dass sie auch neue Wohnformen, wie zum Beispiel Tiny Houses, in brachliegenden Kleingartengebieten in Betracht zieht. Wir erwarten von der Regierung, dass uralte Bebauungspläne, die verhindern, dass zusätzlicher Wohnraum in bereits bestehenden Wohnhäusern geschaffen werden kann, endlich überarbeitet werden. Ich möchte nur davor warnen, dass wir die Situation dramatischer darstellen, als sie ist, und Sonntagsreden, liebe SPD, braucht hier keiner! Weisen Sie endlich neue Baugebiete aus, sorgen Sie vor allem für bauträgerfreie Grundstücke, prüfen Sie die Erbpacht, sorgen Sie für beschleunigte Genehmigungsverfahren. Mein lieber Herr Wagner, dafür braucht man Rückgrat! Ich hoffe, dass die SPD das in den nächsten dreieinhalb Jahren auch zeigt. – Danke schön!

(Beifall CDU)

**Vizepräsidentin Grotheer:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Schäck. Herr Schäck, Sie haben genau neun Minuten.

**Abgeordneter Schäck (FDP):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Falk Wagner, ich wollte eigentlich das Thema Rennbahn nicht mehr ansprechen, ich habe es sogar vorhin aus meiner Rede gestrichen, jetzt sind Sie wieder darauf zu sprechen gekommen, jetzt ist es wieder darin. Sie haben das Thema Rennbahn vorhin angeführt, und ich möchte mich deswegen jetzt auch noch einmal mit einem Satz dazu äußern: Sie haben vorhin den Begriff „Fähnlein im Winde“ verwendet. Ich finde, wenn man Respekt vor dem Interesse und dem Votum der Wählerinnen und Wähler bei einem Volksentscheid hat, ist das eine Frage des demokratischen Grundverständnisses, und das als „Fähnlein im Winde“ zu bezeichnen, sagt ehrlicherweise mehr über Sie aus als über uns!

(Beifall FDP, CDU)

Das ist aber alles Vergangenheit, das ist nun entschieden, und ich denke, wir sollten alle gemeinsam in die Zukunft schauen.

Wir sprechen heute aufgrund der Aktuellen Stunde über dieses Thema zu dem Bericht zum Monitoring Wohnen und Bauen 2019. Wir haben viele kritische Punkte gehört, ich möchte aber auch einmal anführen, dass wir in dem Bericht zum Monitoring einige spannende und auch positive Nachrichten gesehen haben, zum Beispiel, dass Bremen wächst und nicht nur von Jahr zu Jahr mehr Einwohner bekommt, sondern auch jünger wird. Die zweite positive Nachricht ist, dass gebaut wird und damit auch das Angebot am Immobilienmarkt wächst. Ich finde, das ist eine Entwicklung, über die wir uns auch einmal gemeinsam an dieser Stelle freuen können.

(Beifall FDP)

Ich lese auch den Bericht zum Monitoring nicht ganz so negativ, wie wir es teilweise auch in den Reden hier gehört haben. Klar, unter anderem sind die Preise für Eigentumswohnungen gestiegen, in den Jahren zwischen 2012 und 2018 um 71 Prozent, das ist eine Menge. Gleichzeitig sind natürlich auch die Zinsen historisch niedrig, das darf man nicht vergessen. Der Anstieg bei den Angebotsmieten lag im gleichen Zeitraum bei 30 Prozent. Damit liegen wir im Vergleich mit anderen Halbmillionenstädten im unteren Mittelfeld. Ich denke, das ist erst einmal soweit ganz in Ordnung.

Sie haben aber natürlich recht, Wohnen entwickelt sich in einigen Städten zu einer der zentralen Fragen und einer der zentralen sozialen Fragen unserer Zeit. Das trifft natürlich insbesondere auch auf Städte wie München, Hamburg, Frankfurt oder Stuttgart zu, wo die Kaufpreise und auch die Mieten in manchen Stadtteilen schneller steigen als die Einkommen. Das ist natürlich auch in Bremen in einigen Stadtteilen so. Viele möchten gern die 120-Quadratmeter-Altbauwohnung am Bürgerpark mit Blick auf das Wasser, und das natürlich zu einem Schnäppchenpreis, nur haben wir leider nicht nur solche Lagen, sondern auch andere Lagen, die vielleicht nicht ganz so attraktiv sind, und dadurch entwickeln sich dann Preise, die in dem einen Stadtteil, in der einen Straße, bei der einen Wohnung höher sind als bei anderen Immobilien. Ich glaube, das ist auch normal, und das ist auch okay für eine Stadt, weil dadurch auch soziale Wanderungsbewegungen entstehen.

Das Thema soziale Wanderungsbewegungen wird manchmal so negativ wahrgenommen, ich sehe das gar nicht so stark. Herr Bücking hat es vorher schon angesprochen, es kann ja unter anderem auch bedeuten, dass Studenten, die wenig Geld haben, in Stadtteile kommen, es kann auch bedeuten, dass Familien mit sozial etwas stärkerem Hintergrund, die vielleicht weniger Geld für die Miete ausgeben möchten, um Geld für ein Eigenheim zu sparen, in Stadtteile ziehen, die sozial etwas schwächer sind, sich dort einbringen und damit die Stadtteile auch in eine positive Richtung entwickeln. Ich erinnere daran, dass auch das Viertel, unser Bremer Viertel, einmal in den Achtziger- und Neunzigerjahren eine sehr, sehr schwierige Lage Bremens war, und heute haben wir dort mit die höchsten Mieten und auch eine gewisse Akademikerquote. Daher ist es für mich erst einmal in Ordnung, dass dann auch jeder für sich entscheiden kann, was er an Miete ausgeben will, was es ihm wert ist, was er für das Wohnen ausgeben kann und möchte.

Die Frage müssen wir uns stellen: Ist Bremen wirklich im Schnitt so viel teurer geworden? Wir haben natürlich Stadtteile, die vorhin schon genannt wurden, Mitte Schwachhausen, Neustadt, wo die teilweise sowieso schon recht hohen Mieten und Kaufpreise noch weiter angestiegen sind. Wir haben aber auch andere Stadtteile, wo die Preise sich kaum verändert haben und auf einem relativ bezahlbaren Niveau stagnieren. Trotzdem sind natürlich Preissteigerungen von 70 Prozent bei Eigentum und rund 30 Prozent bei Mieten eine klare Ent-

wicklung, zu der wir uns Fragen stellen, wie wir eigentlich damit umgehen und dem begegnen wollen.

Uns Freien Demokraten war es auch immer ein Anliegen, dass wir es Menschen möglich machen, nicht nur bezahlbar zu wohnen, zu mieten, sondern mit der eigenen Immobilie vorsorgen zu können, um entsprechend auch im Alter mietfrei wohnen zu können, und das betrifft eben gerade nicht nur Wohnungen, sondern das betrifft auch Einfamilienhäuser, das betrifft Doppelhaushälften und Reihenhäuser. Gerade wenn wir über Einfamilienhäuser sprechen, dann weiß ich, dass Ihnen das teilweise etwas widerstrebt, weil dann einige Menschen mehr Grund- und mehr Wohnfläche für sich in Anspruch nehmen. Natürlich können diese Familien auch in Etagenwohnungen wohnen. Das Problem ist nur, dass sich die Familien nicht an Ihren Ratsschlag halten, sondern sie wollen trotzdem ihr Einfamilienhaus, sie hätten gern den Garten, wo die Kinder groß werden, sie hätten auch gern den Parkplatz vor der Haustür, und sie machen dann Folgendes, das haben wir eben auch schon gehört: Sie ziehen dann in das Umland, sie ziehen nach Stuhr, nach Brinkum, nach Achim, und wenn diese Menschen dort erst einmal wohnen, ihre Kinder in den Kindergarten oder in die Schule gehen, wenn Menschen dort erst einmal angekommen sind, dann bleiben sie auch dort und zahlen auch ihre Steuern dort in Niedersachsen. Dass Bremen laut Bericht eine zweieinhalbmal höhere Einpendler- als Auspendlerzahl hat, zeugt ja davon, dass wir an der Stelle auch nacharbeiten müssen.

Wenn Sie also möchten, dass Bremerinnen und Bremer, egal welchen Alters, ob es jetzt die 25-jährige Studentin ist, ob es die Familie mit zwei Kindern ist oder ob es Rentner sind, die in einer Wohngemeinschaft aufeinander achtgeben möchten, egal ob es im Einfamilienhaus, in der Eigentumswohnung oder im Tiny House ist, wenn Sie möchten, dass all diese Menschen in Bremen beim Thema Eigentum fündig werden, aber auch beim Thema Miete, dann machen Sie bitte eine Wohnungspolitik für alle Bremerinnen und Bremer!

(Beifall FDP)

Letztendlich hören wir von Ihnen hier immer wieder große, wohlklingende Reden für mehr bezahlbaren Wohnraum, und dann setzen Sie anschließend Maßnahmen um, die genau das Gegenteil bewirken und alles am Ende nur noch viel teurer machen. Ein aktuelles Beispiel dafür ist Ihr Vorschlag zur Grundsteuer. Genau das ist so eine Maßnahme,

die völlig dem entgegenläuft, was Sie an dieser Stelle im Moment fordern.

(Beifall FDP)

Sie fordern in Ihrem Papier alle politischen Akteure Bremens auf – das wurde eben auch schon kritisch hinterfragt, allein vom Wording her –, künftig Rückgrat beim Wohnungsbau zu zeigen. Ich kann Ihnen da nur antworten: Ja, gern, ich glaube, alle hier in diesem Raum sind dazu bereit, aber wenn man etwas von anderen fordert, dann muss man auch bereit sein, selbst Rückgrat zu zeigen. Deswegen fordere ich auch Sie an dieser Stelle auf: Fangen Sie selbst bitte an, Rückgrat zu zeigen, beispielsweise bei der Entlastung von Kaufnebenkosten, insbesondere beim Thema Grunderwerbsteuer! Fangen Sie bitte an, selbst Rückgrat zu zeigen bei der Entlastung von über 20 000 Vorschriften, die sich im Übrigen seit dem Jahre 1990 vervierfacht haben, die alle diese Themen Bauen und Wohnen teurer machen! Fangen Sie bitte auch an, Rückgrat zu zeigen bei einer Grundsteuerreform, damit auch in Zukunft bei diesem Thema Rahmenbedingungen vorherrschen, die es attraktiv machen, sich mit dem Thema Bauinvestition und Eigentumsschaffung zu beschäftigen, insbesondere auch für die Mitte unserer Gesellschaft, die wir, glaube ich, an dieser Stelle nicht aus den Augen lassen dürfen!

(Beifall FDP)

Einen Satz noch, ich habe jetzt noch eine Minute und zehn Sekunden, sehr gut: Wenn wir über Eigentum reden, dann reden wir auch über Wertentwicklung. Manche Immobilien werden weniger wert, manche werden mehr wert. Es ist auch in Ordnung, wenn sich der Wert einer Immobilie im Laufe der Jahrzehnte positiv entwickelt und man dafür letztendlich mehr bekommt, als man selbst ausgegeben hat, und damit auch für das Alter vorsorgen kann. Liebe SPD, das ist nichts Schlimmes, das man irgendwie bestrafen muss, wo man den Leuten direkt wieder etwas wegnehmen muss, was es abzuschöpfen gilt, sondern das hat an der Stelle auch etwas mit Eigenverantwortung und ein Stück weit mit weiser Vorsorge zu tun. Deswegen appelliere ich an Sie: Setzen Sie bitte endlich auch diese Maßnahmen um, die für eine wirkliche Entlastung sorgen, und ich verspreche Ihnen, Sie werden uns an Ihrer Seite haben! – Vielen Dank!

(Beifall FDP)

**Vizepräsidentin Grotheer:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Wagner. Herr Wagner, Sie haben noch 12 Minuten und 41 Sekunden.

**Abgeordneter Wagner (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zwölf Minuten, tatsächlich, und die Uhr läuft vorwärts! Das ist stark!

**Vizepräsidentin Grotheer:** Ich stelle Ihnen jetzt die richtige Zeit ein, aber ich ziehe die abgelaufenen fünf Minuten schon ab!

**Abgeordneter Wagner (SPD):** Alles klar, aber ich brauche nur drei, obwohl ich sagen muss, ich bin wirklich neidisch, und ich würde sehr gern Reden so zeitbudgetiert halten können wie der Kollege Bücking. Herr Bücking, wenn ich bei Ihnen noch einmal ein Rhetorikseminar für so etwas belegen darf, das wäre mir eine helle Freude! Heute machen wir es in drei Minuten, sonst bekomme ich Ärger mit der Präsidentin.

Ich wollte gern noch auf zwei Punkte der Grünen und auf zwei Punkte der CDU eingehen. Bei Herrn Bücking geht es ein bisschen schneller. Ich wollte sagen, dass erstens das, was Sie angesprochen haben, dass man zum Beispiel auch das Wohnen in Stadtteilen wie Gröpelingen auch für die obere Mittelschicht attraktiver machen soll, ein wichtiger Punkt ist, auf den wir zurückkommen sollten. Wir sollten uns einmal überlegen, was wir – es gibt ja sehr gute Ansätze, die auch aus dem Bauressort heraus gemacht werden, es gibt ein Integriertes Entwicklungskonzept Gröpelingen und überhaupt sehr viele Maßnahmen in einem sozial sehr stark vernetzten Stadtteil – da trotzdem noch baupolitisch unterstützend tun können. Das finde ich gut und richtig.

Sie haben zweitens in einer etwas humorvoll-charmanten Weise gesagt – das fand ich ganz nett –, es hätte eine Weiterentwicklung der SPD-Position dahin gehend gegeben, nicht nur das Drama zu sehen. Zwei Dinge dazu! Erstens, nicht nur das Drama, das ist richtig, aber festgehalten werden muss schon: Für die Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen ist es ein Drama, sich eine neue Wohnung zu suchen, vor allem in bestimmten Stadtteilen. Da ist die Erwartung auch gar nicht immer zum Beispiel das Haus in der Contrescarpe, ich glaube, das ist eine grobe Überspitzung. Richtig ist aber, was Sie gesagt haben, indem Sie darauf hingewiesen haben, dass die Belastung in Stadtteilen mit geringem Einkommen besonders hoch ist, weil diese Belastung natürlich nicht nur etwas mit den

Wohnkosten zu tun hat, sondern auch mit den Löhnen. Das ist der Grund, warum wir als SPD-Fraktion auch gesagt haben, wir möchten in diesem Haus demnächst über die Stärkung der Tarifbindung und die Anpassung des Tariftreuegesetzes sprechen.

(Beifall SPD)

Es ist im Bereich der Mittelschicht und der oberen Mittelschicht auch ein Drama, und insbesondere ein ökologisches, wenn es dazu kommt, dass die Leute, die sich ein Einfamilienhaus suchen, und, Herr Schäck, damit es da kein Missverständnis gibt, ich habe gar nichts dagegen, wenn sich Leute ein Einfamilienhaus suchen. Ich hätte dann auch nicht die Sorge, sie leben dann auf zu viel Fläche, sondern ich habe etwas dagegen, und ich habe Sorge darum, dass die Leute dann in das Umland ziehen, dort auf der doppelten Fläche pro Kopf wohnen, uns die Landschaft zersiedeln und dann auch noch morgens mit dem Auto hier in die Stadt fahren, denn das ist dann ein ökologisches Drama, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall SPD)

Zur CDU möchte ich sagen, ich gebe zu, dass ich nicht alle Aspekte verstanden habe. Ich habe verstanden, ich habe zu viel gelobt, ich habe mich aber auch verhalten wie die Opposition, ich bin nicht an allen Stellen restlos schlau geworden –

(Abgeordnete Neumeyer [CDU]: Das kann ich Ihnen noch in Ruhe erklären!)

okay, das machen wir in Ruhe! –, wo genau sich aus meinem Beitrag irgendein Neid auf irgendwelche Stadtteile hätte ableiten lassen. Ich glaube, wir müssen für Gröpelingen in die eine Richtung etwas tun, und man muss für andere Stadtteile in die andere Richtung etwas tun, damit sie bezahlbar bleiben. Das betrifft dann die Frage, dass die Stadtteile dann auch sagen, ja, wir wollen ein Stadtteil für alle bleiben oder werden, und wir das gemeinsam fördern.

Wenn wir jetzt ein Angebot in diesen Stadtteilen schaffen wollen, wie es jeweils zum Stadtteil passt, haben wir natürlich verschiedene Probleme. Sie haben jetzt gesagt, na ja, ein Problem ist im Prinzip, wir haben Koalitionspartner, einmal DIE LINKE, und die hat in der letzten Legislaturperiode ständig dagegen gestimmt, und dann wurde noch hineingerufen, die Flächen – das bezieht sich auf die Grü-

nen – seien das Problem. Jetzt werden wir doch einmal an dieser Stelle konkret, dazu brauchen wir dann übrigens auch nicht mehr die Rennbahn zu zitieren. Oder doch! Ein allerletztes Wort zur Rennbahn, weil ja gesagt worden ist, dass wir ein mangelndes demokratisches Verständnis hätten, zu sagen, das wäre ein Fähnchen im Wind gewesen: Das bezog sich nicht auf den Wählerwillen, das bezog sich auf Sie, um das nur noch einmal in aller Deutlichkeit klarzustellen!

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Der Wählerwille ist, wie er ist, und das wird so gemacht, Punkt, fertig, aus, aber deswegen müssen wir nicht falsche Sachen nachträglich richtig nennen!

Wir können in Bereichen, wo wir das Angebot erstellen müssen, das Ganze auch gern noch einmal konkret machen, ich nenne schnell einmal drei: Wir hatten vor Kurzem die Debatte um das Haven Hööv, als wir uns nicht einig waren, als die Mehrheit in der Koalition – ausdrücklich alle drei Parteien! – gestanden und die CDU gesagt hat, da machen wir nicht mit, zum Glück steht ja die Mehrheit auch ohne uns. Das können Sie beurteilen, ob das der Gedanke ist. Im Beirat war es dann auch so, dass dann einschließlich der CDU zugestimmt wurde.

Sie haben die Blumenstraße erwähnt: Bei der Blumenstraße war es nach meiner Erinnerung so, dass die Sprecher der Koalition bei einer ziemlich schmerzhaften Podiumsdiskussion einer Bürgerinitiative das Ganze vermittelt und durchgesetzt haben, Rückgrat bewiesen haben. Der Vertreter der CDU-Fraktion hat erzählt, dass er natürlich an der Seite der Bürgerinitiative ist und volles Verständnis dafür hat und dass es so natürlich überhaupt nicht geht, und dann hat die CDU hinterher in der Bürgerschaft gefragt, warum es da eigentlich nicht vorgeht. Das ist der zweite konkrete Punkt.

Dritter Punkt: Im Stadtteil Oberneuland soll eine Wiese mit Reihenhäusern bebaut werden. Das verzögert sich derzeit, weil der Beirat – namentlich die CDU im Beirat, die dort die Mehrheit hat – Reihenhäuser jetzt bereits als verdichtete Bebauung empfindet. Das ist etwas, wo wir auch noch einmal – –.

(Zuruf: Doppelhaushälften!)

Ja, das stimmt! Da sind verschiedene Formen dabei, aber das hat ein Diskussionsniveau, das ich

nicht mehr in Ordnung finde. Eine zugespitzte Debatte macht Spaß, das muss sein, aber ich glaube, es muss noch einmal festgehalten werden: Ich glaube, wir arbeiten in der Baudeputation sehr ordentlich und konstruktiv zusammen, und ich habe die Hoffnung, dass wir auch in so einem Fall hier zusammenkommen. Sie haben ja bezogen auf diese Bauprojekte und die Angebotsorientierung gesagt, an Ihnen solle es nicht liegen, das freut mich sehr. Allerletzte Spitze für heute: Ich komme noch einmal darauf zurück! – Vielen Dank!

(Beifall SPD)

**Vizepräsidentin Grotheer:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Schumann. Sie haben noch über neun Minuten Redezeit, aber Sie müssen sie nicht ausnutzen.

**Abgeordneter Schumann (DIE LINKE):** Frau Präsidentin, wo Robert Bücking doch so mein Vorbild ist, aber ich will mich gern bemühen, und einmal zu Robert Bücking gesprochen: Ich finde, was Sie gesagt haben, die Schwierigkeit, mit den Menschen vor Ort zurechtzukommen und zu vermitteln, ist sicherlich die Kärnerarbeit, die wir leisten müssen. Trotzdem müssen wir bei jedem Bauvorhaben auch schauen, ob es städtebaulich Sinn macht, ob es wohnungswirtschaftlich Sinn macht. Ich glaube, keine Politik kann sich dauerhaft erlauben, sich immer gegen die Menschen vor Ort zu verhalten. Da muss man dann auch einmal genauer hinschauen, sonst gibt es auch Politikverdrossenheit.

Zur CDU: Ich bin ja schon so alt und habe schon ein langes Leben hinter mir, aber ich weiß aus meiner Erinnerung, dass zu Ihrer Regierungszeit – und das habe ich schon gesagt – vieles in der Wohnungswirtschaft, liebe Kollegin Neumeyer, verdrorben worden ist, womit wir heute noch stark kämpfen müssen. Wir müssten morgen nicht über die Vonovia sprechen, wenn wir noch die Bremische und die Beamten-Baugesellschaft behalten hätten. Ich war damals einer derjenigen, die als GEWOBA-Betriebsrat sehr dafür gekämpft und wenigstens den Wahnsinn der Privatisierung verhindert haben, so dass die GEWOBA nicht privatisiert worden ist.

(Beifall DIE LINKE, SPD – Vizepräsidentin Dogan übernimmt den Vorsitz.)

Insofern machen Sie zumindest auf mich nicht den Eindruck, dass Sie in Regierungsverantwortung alles wissen und so versiert sind, dass Sie keine Fehler machen. Das sind Fehler, die Sie gemacht ha-



ben, die noch über Jahrzehnte nachwirken und deren Folgen wir heute noch versuchen, wieder in den Griff zu bekommen, wegen dieses Privatisierungswahnsinns, der dazu führte, dass wir dann für viel Geld noch einmal eine BREBAU kaufen mussten, um einigermaßen Wohnungsbesitz in städtischer Hand zu halten. Also, da können Sie sich ruhig zurückhalten! – Vielen Dank, sieben Minuten!

(Beifall DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Dogan:** Ja, das habe ich gesehen, sieben Minuten haben Sie noch.

Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich am Anfang vielleicht einmal eine Klammer setzen, unter der sich – so hoffe ich zumindest! – doch erst einmal alle noch einheitlich wiederfinden können, nämlich: Ziel der Wohnungsbaupolitik ist es, und das ist im Übrigen auch Ziel des Senats, ausreichenden und bedarfsgerechten Wohnraum für alle Menschen in allen Preissegmenten zu schaffen, den sozialen Zusammenhalt zu stärken und der drohenden Spaltung in arme und reiche Stadtteile entgegenzuwirken. Das, meine Damen und Herren, muss erst einmal unser gemeinsames Ziel sein.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist aber nicht nur ein Ziel, und das merkt man an dieser Debatte, es ist auch eine echte Herausforderung. Die Preissteigerungen in allen Segmenten des Wohnens – nicht nur in den niedrigen Segmenten, sondern in allen Segmenten – sind eine zentrale Herausforderung für wachsende Städte, im Übrigen für fast alle Großstädte, und das betrifft auch Bremen.

Die Gründe für die Preissteigerungen sind vielfältig. Einige sind schon genannt worden, Herr Schäck ist darauf eingegangen. Zum Teil sind es natürlich die niedrigen Zinsen. Die Menschen legen in gerade auch global schwierigen Zeiten gern in Betongold an. Das führt dazu, dass auch mehr gebaut wird, und das führt auch dazu, dass oftmals die Kosten für das Bauen steigen. Wenn Sie heute Handwerker bestellen, dann wissen Sie, wie schwierig es ist, überhaupt einen Handwerker zu finden, weil alle ausgebucht sind, aber wir wissen auch, dass höhere Kosten für Energie und Lohn eben auch zu einer Steigerung generell führen. Das

schlägt sich am Ende auf Baukosten nieder, und oftmals leider dann auch auf die Mieten.

Natürlich, am Ende des Tages ist es eine Frage von Angebot und Nachfrage, gerade in begehrten Stadtteilen wie innenstadtnahen Stadtteilen, und ja, es gibt auch – allerdings finde ich, ist das nicht das Hauptproblem bei der Mietpreissteigerung – ein Problem mit Spekulationsobjekten. Auch wenn, wie Herr Wagner gesagt hat, Bremen nicht Berlin ist, muss man deutlich ansprechen, dass der Wohnungsmarkt in Bremen auch angespannt ist; vielleicht nicht überhitzt im Vergleich zu anderen Großstädten, aber doch deutlich angespannter als noch vor zehn Jahren.

Ich bin Herrn Schäck erst einmal ganz dankbar, der auf den Bericht zum Monitoring eingegangen ist und auch gesagt hat, dass in den letzten Jahren etwas passiert ist, und es ist in den letzten Jahren auch gebaut worden. Gleichwohl sind in Bremen die Kosten, die für das Wohnen aufgewendet werden müssen, in Bezug auf das verfügbare Haushaltseinkommen mit einem Anteil von knapp 30 Prozent hoch, wir haben es vorhin schon gehört. Das hat zum einen natürlich etwas mit der Struktur des Bremer Wohnungsmarktes und den Preisen, aber auch zum anderen – und deswegen muss das auch gemeinsam gedacht werden – mit der Einkommenssituation vieler Bremerinnen und Bremer zu tun. Die Stabilisierung der Kosten für das Wohnen und die Schaffung bezahlbaren Wohnraums sind Elemente zur Verbesserung der Situation dieser Menschen, aber die Verbesserung der Einkommen ist ein weiteres wichtiges Instrument, das wir auch gemeinsam mitdenken müssen. Das ist gerade für Bremen auch ein wichtiger Faktor.

Es ist vorhin auch schon einmal gesagt worden, gerade da, wo die Mieten in Bremen im Vergleich zu vielen anderen Stadtteilen eigentlich niedrig sind, ist die Mietbelastung für die Menschen leider mit am höchsten, und das ist auch noch einmal bedeutsam. Wir können uns das ganz einfach vorstellen: Wenn jemand 500 Euro Miete zahlen muss, und das Haushaltseinkommen beträgt 2 000 Euro, dann sind das 25 Prozent. Wenn woanders vielleicht 1 000 Euro Miete verlangt werden, aber das Einkommen des Haushalts mit Doppelverdienern bei 5 000 Euro liegt, dann sind es nur noch 20 Prozent, verdient ein gemeinsamer Haushalt 7 500 Euro, dann sind es nur 13 Prozent. Das heißt, in Stadtteilen, wo die Mieten höher sind – es wurde vorhin auch das Viertel als ein Stadtteil mit den inzwischen höchsten Preisen genannt, Schwachhausen oder Oberneuland können höhere Mieten haben –,

wenn die Einkommen höher sind, dann fällt die Miete natürlich prozentual niedriger aus, als wenn jemand in Huchting wohnt und wenig Miete zahlt, aber ein sehr geringes Einkommen hat. Das ist dann natürlich für diese Menschen fatal, und da müssen wir schauen, welche Lösungen wir anbieten können.

Der Senat hat in seiner bisherigen Wohnungspolitik in der Stadt Bremen vor allem auf Wohnungsneubau gesetzt. Ein Viertel der neu geschaffenen Wohnungen müssen Sozialwohnungen sein, so hieß es früher, wenn kommunale Wohnbauflächen veräußert werden oder neues Baurecht geschaffen wird. Diese Quote wollen wir auf 30 Prozent erhöhen. Wir bereiten gerade eine Senatsvorlage vor, damit wir dies jetzt auch am Anfang der Legislaturperiode beschließen können, weil Investoren auch eine Planungssicherheit haben wollen, aber damit einhergehend wollen wir auch die Bindung der Sozialwohnungen von bisher 20 Jahren auf 30 Jahre ausdehnen.

Unter den Rahmenbedingungen der Haushaltsnotlage ist es gelungen, über drei Landesprogramme zur Wohnraumförderung mit einem Darlehensvolumen von insgesamt dann doch 184 Millionen Euro Fördermittel für circa 2 500 Wohnungen in der Stadt Bremen bereitzustellen. Im Bereich der Bestandssicherung – und das halte ich auch für einen wichtigen Punkt, dass wir uns eben nicht nur auf Neubau beschränken, sondern auch auf den Altbestand schauen – wurden durch den Ankauf der BREBAU wesentliche Bestände in kommunales Eigentum überführt, auch darauf sind einige Vorredner eingegangen, nämlich durch den Ankauf von Wohnungen der Vonovia in Lüssum durch die GEWOBA. Das war ein sehr enges Zusammenspiel zwischen der Stadt und der GEWOBA und im Übrigen auch eine enge Verzahnung von Wohnraumförderung und Städtebauförderung.

Ich möchte aber auch einmal darauf hinweisen, wenn wir über die angespannte Situation reden, dann reden wir oftmals über innenstadtnahe Quartiere. Wenn wir uns den Altbaubestand anschauen und ein bisschen in den Stadtteilen schauen, zum Beispiel in Bremen-Nord, dann werden wir sehen, dass es dort auch noch sehr viele leer stehende Häuser gibt, und auch da müssen wir schauen, wie wir eigentlich diese Häuser, die meistens in Privatbesitz sind, dann auch auf den Markt und auch wieder vermietet oder verkauft bekommen.

Aufbauend auf der Wohnraumförderung hat mein Haus gemeinsam mit dem Senat und zusammen

mit den Wohnungsbaugesellschaften mehrere strategische Pilotvorhaben auf den Weg gebracht, ich möchte einmal das Scharnhorst-Areal nennen, das Bundeswehrhochhaus, das vordere Woltmershausen, die Überseeinsel oder die Überseestadt, das Hulsbergviertel natürlich oder die Gartenstadt Werdersee. Vorhin haben Sie, Frau Neumeyer, angesprochen: Schaffen Sie doch einmal die Flächen, suchen Sie die Flächen! Wenn wir uns anschauen – und das haben wir auch in der letzten Legislaturperiode schon gemacht –, welche Flächen zur Verfügung stehen, dann haben wir genügend Flächen, wenn wir uns gerade auch noch einmal das Tabakquartier anschauen, das Kellogg's-Quartier und so weiter, um die 10 000 Wohneinheiten auch realisieren zu können.

Ich möchte auch einmal erwähnen, weil diese Forderung ja immer im Raume steht, bitte nicht nur Geschosswohnungen, sondern auch Flächen definieren, wo Einfamilienhäuser oder die Doppelhaushälfte für die junge Familie entstehen können: Auch da, Frau Neumeyer – wir sind ja beide Nordbremerinnen –, möchte ich einmal exemplarisch mehrere Gebiete nennen, die wir beide kennen, ob es das Gebiet Aumunder Wiesen 1 ist, demnächst Aumunder Wiesen 2, das Angelquartier, der Schlachthof, das Tauwerkquartier, die Schönebecker Straße, Weserstraße, das Hartmannstift,

(Abgeordnete Neumeyer [CDU]: Weil Sie so ein Trüffelschwein in Bremen-Nord haben!)

dort sind entweder schon Baugebiete realisiert, oder sie sind im Entstehen oder gerade durch die Deputation noch auf den Weg gebracht worden. Das sind wichtige Projekte, bis hin zum Haven Höövt.

Ich will nur einmal sagen, das sind auch Gebiete, wo gerade der Bedarf gedeckt wurde, nämlich für Einfamilienhäuser und Doppelhaushälften. Wir haben das Hachez-Gelände, Coca-Cola, Könecke. Ich finde schon, dass wir hier auch noch einmal diskutieren müssen – wir haben ja für einige Flächen das Vorkaufsrecht geschaffen, und Herr Bücking ist vorhin zu Recht darauf eingegangen –, dass es nicht reicht, einmal juristisch ein Vorkaufsrecht zu schaffen, sondern man muss sich auch fragen, wann man es zieht, für welchen Grund man es zieht. Kauft man Flächen an, um sie dann zu entwickeln, und was dann? Das war ja die berechnete Frage: Verkauft man das dann wieder? Hat man einen revolvingierenden Bodenfonds? Ist das das Ziel, das wir wollen? Wollen wir es in Erbpacht verge-

ben, will die Stadt es behalten? Das sind Fragestellungen, die bisher politisch auch noch nicht ausdiskutiert sind. Das ist, glaube ich, unsere gemeinsame Aufgabe, hier im Haus zu überlegen, wie wir mit solchen strategisch wichtigen Flächen umgehen.

Jetzt einmal der Blick nach vorn: Was haben wir, der Senat, uns vorgenommen? Ziel ist es, die Mieten stabil und bezahlbar zu halten, und dafür wollen wir die Voraussetzungen für 10 000 Wohneinheiten schaffen und den Bestand an Wohnungen in der Sozialbindung auf 8 000 Wohnungen erhöhen.

Es wurde vorhin die Mietpreisbremse angesprochen. Frau Neumeyer, Sie haben zu Recht gesagt, sie sei nicht die Lösung aller Probleme. Die Auffassung teile ich auch, aber es ist eine Frage, die bisher für Bremen auch nicht abschließend beantwortet ist, ob man eine Mietpreisbremse möchte oder nicht.

(Zurufe)

Entschuldigung, ich meinte den Mietenspiegel! Sie haben gesagt, der Mietenspiegel sei nicht die Lösung, und DIE LINKE fordert die Mietpreisbremse. Dafür ist aber ein Mietenspiegel die Voraussetzung, und diese Frage, will Bremen einen Mietenspiegel, und wenn ja, was für einen – einen einfachen oder einen qualifizierten? –, müssen wir gemeinsam wirklich einmal ausdiskutieren. Die Angst vieler ist ja, wenn man einen qualifizierten Mietenspiegel hat: Wir haben in Bremen die Situation, dass 60 Prozent der Vermieter Privatvermieter sind, die in der Regel eigentlich ein Interesse haben, Sie haben wenig Lust, dass ständig die Mieter wechseln und es eine hohe Fluktuation gibt. Sie wollen eigentlich Mieter, die verlässlich die Miete zahlen und die Wohnungen in einem guten Zustand erhalten. Deswegen nimmt man oftmals auch hin, dass man weniger Miete bekommt, aber dafür eine Stabilität hat.

Ein Mietenspiegel, wo immer er eingeführt wurde, hatte oftmals erst einmal eine Erhöhung der Mieten zur Folge. Das darf man zumindest nicht ausblenden, wenn man einen Mietenspiegel einfordert. Ich bin dafür, und das biete ich gern an, nicht nur mit den Deputierten der Koalition, sondern vielleicht mit allen Deputierten, aber auch noch einmal mit Experten – ob es von Haus & Grund ist, ob es vom Mieterbund ist, die die unterschiedlichsten Positionen haben – dazu eine Veranstaltung zu machen, um uns allen etwas zu helfen, wie kommen wir jetzt

zu einer Antwort, zumindest für diese Legislaturperiode, ob wir einen Mietenspiegel in Bremen mit allen Konsequenzen einführen wollen oder eben auch nicht.

Die bestehende Wohnraumförderung wird attraktiver gestaltet. Vorgesehen ist, ein Landesförderprogramm für den Mietwohnungsbereich mit einem Volumen von 92 Millionen Euro auf den Weg zu bringen. Erstmals sollen analog zu Niedersachsen Zuschüsse gewährt werden. Wir wollen nicht nur bezahlbaren Wohnraum im niedrigen Segment, sondern auch oberhalb der Quote für geförderten Wohnungsbau fördern, daher sollen insbesondere die GEWOBA, die STÄWOG und die BREBAU bei der Umsetzung von Pilotprojekten des mittleren Segments unterstützt werden. Ich hatte ja schon das Projekt auf dem Gelände der Scharnhorstkaserne, einer ehemaligen BImA-Fläche, erwähnt. Wir wollen Genossenschaften weiter fördern und in Bremen stärken. Ich finde, sie sind als alternative Akteure im Wohnungsmarkt wichtig, und deswegen wollen wir Ihnen auch einen Vorschlag für ein Genossenschaftsförderprogramm vorlegen.

Ich habe trotzdem noch einmal das Interesse – ich sehe hier die Sekunden ablaufen –, nicht nur zu sagen, dass wir hier alle vor einer großen gesellschaftlichen Aufgabe stehen, sondern auch noch einmal das Thema Rückgrat anzusprechen, weil das so oft genannt worden ist. Ich glaube auf der einen Seite, dass wir das Bündnis für Wohnen breiter in der Gesellschaft verankern müssen.

Es bedarf einer hohen Akzeptanz für die Schaffung von Wohnraum und dessen Erhalt, und wir haben hier heute mehrere Beispiele gehört, ich glaube, die Galopprennbahn ist das, was alle vor Augen haben, aber im Prinzip gründet sich, wo immer heute eine Fläche für Wohnbebauung ausgewiesen wird, eine Bürgerinitiative. Es wurde die Blumenstraße erwähnt, die Kohlhöckerstraße, aber wir hatten auch die Situation in Bremen-Nord mit der Billungstraße. Es gab eine Bürgerinitiative, und es war schwer, die Bebauung einer Fläche, die vorher zu 100 Prozent versiegelt war – der Umweltbetrieb Bremen war vorher darauf –, trotzdem durchzusetzen. Oder aber auch bei der Koppel der Oberneulander Mühle, dort sollen ja nun gerade Einfamilienhäuser und Doppelhaushälften entstehen, und der Beirat – und das muss man jetzt in dem Fall leider ehrlicherweise sagen, Frau Neumeyer, vor allem die CDU im Beirat! – lehnt dort die Bebauung ab! Wir finden also fast nirgendwo in der Innenentwicklung, aber selbst bei solchen großen Flächen eine Akzeptanz von Anfang an. Deswegen müssen

wir einen Stadtentwicklungsplan Wohnen haben, sodass wir vor Ort diskutieren und mit der Ortspolitik gemeinsam Maßnahmen und Lösungen für das Wohnen in den Stadtteilen erarbeiten.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Wichtig ist, die Wohnungsfrage kann und darf nicht losgelöst betrachtet werden. Sie ist nicht allein über die Bereitstellung von Wohnraum zu lösen – das greift zu kurz –, vielmehr sollten alle Politikfelder gemeinsam an zukunftsfähigen, nachhaltigen, klimagerechten und lebenswerten Quartieren für die Bremerinnen und Bremer arbeiten. Deswegen unterstütze ich die Forderung, die heute auch kam, dass alle politischen Akteure Bremens aufgefordert sind, künftig Rückgrat für bezahlbares und zukunftsfähiges Wohnen in Bremen zu zeigen. – Elf Sekunden Redezeit hätte ich noch gehabt, vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

**Vizepräsidentin Dogan:** Frau Bürgermeisterin, Sie haben eigentlich noch ein paar Minuten, aber der Staatsrat, Herr Wiebe, möchte auch gern noch sprechen.

(Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Zum Thema Innenstadt!)

Ach so! Dann war das ein Versehen hier oben bei der Absprache!

(Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Ich bin fertig!)

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aktuelle Stunde ist geschlossen.

**Konzept für die Innenstadt entwickeln – privatwirtschaftliches Engagement mit verbindlichen Leitlinien begleiten**

**Antrag der Fraktion der CDU vom 19. November 2019 (Drucksache [20/83 S](#))**

Dazu als Vertreter des Senats Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer und Herr Staatsrat Wiebe.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Strohmann.

**Abgeordneter Strohmann (CDU):** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben hier einen Antrag vorgelegt und überraschenderweise Redezeit nach der Geschäftsordnung gefordert. Ich glaube schon, dass es sinnvoll ist, wenn man auch gerade für die neueren Abgeordneten noch einmal ein bisschen zu diesem Thema, das sich jetzt schon zehn Jahre hinzieht, Revue passieren lässt. Was ist passiert?

Ich glaube schon, dass wir vom Grundsatz her mit Bremen eigentlich eine fantastische Stadt haben.

(Abgeordneter Bücking [Bündnis 90/Die Grünen]: Trotz Rot-Grün, sieh an!)

Wir haben eine fantastische Altstadt, wir haben wirklich eine Umgebung, wir haben die Weser, wir haben die Schlachte entwickelt, wir haben Einkaufsflächen von zirka 140 000 Quadratmetern, was eigentlich eine sehr gute Lage ist. Wir liegen zentral in Niedersachsen, wir sind nicht so weit weg von den Niederlanden, und die Rahmenbedingungen stimmen eigentlich auch.

Wir haben in Deutschland mittlerweile auch wieder eine höhere Konsumfreudigkeit der Menschen, sie kaufen wieder ein, sie haben Vertrauen, und Menschen werden auch wieder von Städten angezogen, was jetzt auch gerade bei der Entwicklung von Wohnungsbau von Interesse ist, sie wollen auch wieder zentral wohnen, in Städten wohnen, was so eine Stadt oder so ein Stadtkern ja auch prädestiniert hergeben könnte. Städtereisen sind voll im Trend, und zwar nicht nur bei älteren Leuten, sondern wirklich auch in der gesamten Gesellschaft. Wenn man sich jetzt alles anhört, was ich sage, fragt man sich eigentlich, was in den letzten Jahren hier in Bremen misslungen ist.

Man kann, wenn man fair bleibt, dem Senat nicht absprechen, dass er sich bemüht hat. Nein, so meine ich das jetzt nicht, lieber Robert Bücking – stets bemüht –, ich glaube, 2010 hat sich die rotgrüne Regierung auf den Weg gemacht und Maßnahmen zur Aufwertung der Innenstadt angekündigt. Sie hat ja mit dem Innenstadtkonzept 2025 auch vieles zu Papier gebracht, so weit, so gut, nur ist nach unserer Auffassung dieses Innenstadtkonzept ziemlich an der Realität vorbei geplant worden, und die Umsetzung war dann nachher suboptimal.

So veranlasste der Senat 2012, dass Bremen über die WFB den Lloydhof sehr überteuert für 26 Milli-

onen Euro ankauft, und dann war ja das Versprechen des damaligen Wirtschaftssenators, Martin Günthner, der heute nicht anwesend ist, ein großes City-Center dahin zu setzen. Was daraus geworden ist, haben wir alle gesehen. Schon damals war vielen klar, dass dieses City-Center so nicht funktionieren würde, weil es nicht funktionieren kann, denn dann muss man in einer anderen Größenordnung bauen, damit da ein Ankermieter ist, für den die Leute speziell herkommen, und das war zu keiner Zeit gegeben. Dann ist es natürlich auch gescheitert, man hat sich dann noch über die Wahl 2015 gerettet, und dann ist die Regierung ab 2015 im Grunde genommen in einen programmatischen Tiefschlaf bei der Weiterentwicklung des Innenstadtkonzepts geraten, das muss man so sagen. Der ist dann nachher noch einmal so ein bisschen unterbrochen worden, als Kurt Zech seine Ideen vortragen hat, aber eigentlich dümpeln wir jetzt seit 2015 so richtig dahin, und es passiert nichts.

Ich sage das jetzt – mittlerweile sagen wir das als CDU, auch mein leider viel zu früh verstorbener Kollege Jörg Kastendiek, das war ja immer unser beider Projekt – mit den Leitlinien, die nicht eingehalten wurden. Es ist der wichtigste Punkt, der in dieser Stadt bei allen Diskussionen immer ignoriert wurde, Komfortzone für Fußgänger, Laufwege verbessern.

(Präsident Imhoff übernimmt wieder den Vorsitz.)

Es hört sich jetzt erst einmal an, als wäre es das, was Ralph Saxe sagt, es ist aber ehrlicherweise genau der Kern, und das war ja auch eine der ersten Forderungen, denen vehement von der damaligen Regierung widersprochen wurde, der Rückbau oder Abriss des Parkhauses Mitte. Dieses Parkhaus ist im Grunde genommen der Stachel im Fleisch der Innenstadt. Mit diesem Parkhaus Mitte – das wussten wir alle – kann es keine Entwicklung geben. Das wurde viel zu lange negiert. Wir haben schon immer gefordert – Knochenhauerstraße Fußgängerzone –, Rundläufe zu schaffen. Das ist im Grunde genommen der Grundsatz einer jeglichen Entwicklung, mit der man Aufenthaltsqualität schaffen will.

(Abgeordneter Bücking [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann treffen wir uns beim Brezelessen!)

Der nächste Punkt, Autoverkehre intelligent umleiten, ist auch nicht umgesetzt worden, es wurde immer herumgedoktert. Es wurde dann partiell mit Einbahnstraßenregelungen Am Wall und all so etwas operiert. Es war von vornherein klar, es kann

nur mit Parkhäusern an die Peripherie und einem Cityring umzu funktionieren. Wir haben immer gesagt, Martinstraße, Am Wall, und dann könnte das im Grunde genommen auch als Einbahnstraßenring funktionieren, und man kann Aufenthaltsqualität schaffen, die Martinstraße breiter machen, einspurig praktisch, aber nicht eine Insel bauen, sondern größer machen und den Übergang zur Schlachte besser machen. Das wurde bisher nicht gemacht.

Dann das Nächste, was sich jetzt so ein bisschen aufgehellt hat, aber auch nicht richtig: Eine starke Innenstadt braucht im Grunde genommen starke Investoren und starke Händler, und es wurde immer an diesen beiden Playern vorbei diskutiert. Diese Diskussionen, wie es im Grunde genommen funktionieren könnte, sind letztlich immer in geschlossenen Räumen zwischen Verkehrsbehörde, Baubehörde und Wirtschaftsbehörde geführt worden.

Mit den Leerständen ist man relativ gut umgegangen, das mit der Zwischenzentrale hat eigentlich gut funktioniert, da kann man auch nichts anderes sagen, aber es ist im Grunde genommen – und das vielleicht noch einmal abschließend, dann komme ich noch einmal kurz zum intelligenten Verkehr – bei vielen Playern der letzten zehn Jahre immer noch deutlich gewesen, dass für sie Einkaufen oder Shopping, wie man es auch nennt, eigentlich damit etwas zu tun hat, sich etwas zu kaufen, eine Hose zu kaufen oder so. Das ist heute nicht mehr zeitgemäß. Was heißt heute? Das war schon vor zehn Jahren so! Es geht im Grunde genommen darum, Aufenthaltsqualität zu schaffen, es ist mittlerweile auch in gewisser Weise Freizeitvergnügen. Ob man das jetzt gut findet oder schlecht findet, sei einmal dahingestellt, aber wir müssen eigentlich ja das machen, was die Menschen von uns wollen, und wir müssen ihnen die Rahmenbedingungen bieten. Deswegen haben wir heute auch diesen Antrag gestellt. Ich kann jetzt alle letztlich nur noch einmal wirklich bitten – ich könnte mich hier heute hinstellen und sagen, wir haben es euch gleich gesagt –, dass wir jetzt wirklich in einen konkreten Diskussionsrahmen gehen.

Dann will ich jetzt noch abschließend im ersten Redebeitrag zu dem Thema kommen, den Verkehr intelligent umzuleiten. Ich halte die Diskussion, die wir jetzt gerade über eine autofreie Stadt 2030 führen, für suboptimal. Ich stelle mich hier jetzt auch hin – und wahrscheinlich werde ich in zehn Jahren jedenfalls noch mit politischem Bewusstsein in dieser Stadt leben – und sage Ihnen voraus: Das, was

die Grünen heute sagen – ich kann alle beruhigen! –, wird so nicht gehen. Es sind nur noch zehn Jahre, das werden sie bei diesem Tempo der Umsetzung nicht hinbekommen, bei Ihnen sowieso nicht, aber grundsätzlich wird es so nicht funktionieren.

(Beifall CDU)

Weil das so ist, sollten wir vielleicht erst einmal aus dem Kern heraus anfangen. Eine autofreie Innenstadt ist ja im Ansatz vernünftig, aber nicht nur mit ökologischen oder pädagogisch wertvollen Ansprüchen, die Sie haben, sondern für die Städtebauentwicklung und auch für den Einzelhandel sind im Grunde genommen Fußgängerzonen vernünftig und richtig, sodass keine Angsträume da sind, sodass keine Autos stören. Warum aber fangen wir nicht erst einmal in diesem Kern an? Wenn wir diesen dann mit vernünftigen Laufwegen, mit Aufenthaltsqualität, mit all dem entwickelt haben, dann können wir 2030 – frühestens, das sage ich Ihnen auch voraus! – noch einmal über weitere Entwicklungen nachdenken, denn eines ist auch klar: Das Auto wird nach wie vor ein wichtiger Bestandteil der Mobilität der Menschen sein. Die Antriebe werden sich verändern, wir werden ökologische Antriebe bekommen, aber dass die Leute jetzt alle das Auto an sich abschaffen werden, wird, glaube ich, nicht funktionieren. Bitte hören Sie damit auf, denn Sie machen den Menschen damit Angst, nicht nur den Einzelhändlern, sondern auch anderen Menschen, und das kann nicht der Ansatz sein! Es geht darum, eine attraktive Innenstadt für die Menschen, die uns gewählt haben, wirklich so gemeinsam zu schaffen.

(Beifall CDU)

Deshalb haben wir diesen Antrag gestellt. Jetzt diskutieren wir noch darüber, und ich werde sehen, wie Sie darauf reagieren. Dann müssen wir über das Verfahren noch einmal grundsätzlich reden, denn ich möchte gern, dass wir gemeinsam in einem Jahr wissen – nicht genau, nicht auf den Straßenzentimeter –, was wir wollen und mit welchem Konzept wir Investoren ansprechen. – Erst einmal vielen Dank!

(Beifall CDU)

**Präsident Imhoff:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Bücking.

**Abgeordneter Bücking (Bündnis 90/Die Grünen):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich

glaube, dass die Veränderungen, die unserer Innenstadt bevorstehen, nur als ein Projekt zu bewältigen sind, das die ganze Stadtgesellschaft ergreift, das die Innenstadtakteure ergreift, das unsere Repräsentanten ergreift und möglichst auch von allen politischen Lagern in dieser Stadt getragen wird. Wir brauchen diese Allianz, das ist diese Innenstadt auch wert. Man weiß einfach, dass auf diesem Weg eine ganze Reihe von Konflikten zu bewältigen sind, und das werden wir nur schaffen, wenn wir alle Interessen ernst nehmen und einen sehr kooperativen Diskussionsstil anstreben, davon bin ich fest überzeugt. Trotzdem glaube ich, dass wir keine Zeit zu verlieren haben und auch durch schwierige Auseinandersetzungen hindurch müssen.

Ein bisschen genauer: Die Innenstadt steht ganz unabhängig davon, wer hier regiert und sich was vornimmt, vor großen Veränderungen. Da, glaube ich, sind wir uns alle einig, oder, Heiko Strohmann? Die dramatischen Veränderungen im Handel, getrieben von der Digitalisierung, führen dazu, dass die alten Handelskonzepte schwer unter Druck geraten. Es gibt neue Gründe, in die Innenstadt zu gehen, und es müssen neue Gründe erfunden werden, in die Innenstadt zu gehen, wenn die Innenstadt im Gefüge der großen Stadt und auch der Region weiterhin eine zentrale Rolle spielen soll, und das, finde ich, sollten wir uns alle wünschen.

Die Veränderungen beziehen sich also einerseits auf die ganze Art und Weise, wie Waren erworben werden, also den Onlinehandel, und die Veränderungen beziehen sich andererseits darauf, wie in der Innenstadt gearbeitet wird. Sie sehen alle, dass die Sparkasse einen neuen Standort vorbereitet. All diese ehemaligen Filialen, wo nette Leute herumsaßen, die einem geholfen haben, Überweisungen auszufüllen, gibt es nicht mehr, da stehen Maschinen herum, das gilt für viele andere Branchen ja auch. Insofern wird also das, was die Innenstadt einmal völlig selbstverständlich über viele Jahre gewesen ist, in Zukunft nicht mehr so sein, und darauf brauchen wir neue Antworten.

Eine der Antworten – darüber sind wir uns schon lange einig geworden – ist das Wohnen. Andere Themen sind aber genau die Themen, die Heiko Strohmann angesprochen hat, als er sagte, es muss ein Ort sein, wo man gern ist, wo man sich aufhält, wo man Zeit verbringt, wo man miteinander kommuniziert, wo man Architektur und öffentliche Räume genießt, wo Gastronomie ist, wo Begegnung stattfindet und dergleichen mehr. Das alles kann überhaupt nicht nur von der Stadt als Staat geschaffen werden, sondern muss als eine große

Gemeinschaftsanstrengung geschaffen werden, und in diesen Zusammenhang eingebettet ist ein zweites Thema, nämlich die Frage, wie wir in Zukunft Mobilität organisieren. Wie organisieren wir Erreichbarkeit, wie durchqueren wir die Stadt? Dazu kommen wir jetzt auf ein paar interessante Details!

Seit den Siebzigerjahren wurde für Innenstädte darüber nachgedacht, sich Fußgängerzonen zuzulegen. Da gibt es Konflikte, mal schafft man einen Meter mehr, mal einen Meter weniger, das allein hat für sich genommen nichts mit Mobilitätswende, Verkehrswende oder Themen dieser Art zu tun, sondern spezialisiert einfach nur große öffentliche Räume. Man hat davor ein Parkhaus, man fährt mit der Blechkiste dahin, dann steigt man aus, und dann geht man eben zu Fuß weiter. Da ist Bremen eher schwach, es könnte ein bisschen mehr sein, aber damit ist keine Antwort auf das große Thema gefunden, mit dem wir konfrontiert sind, und da würde ich gern ein bisschen genauer werden.

Ich glaube, wir müssen erkennen, dass unsere Innenstadt sich die Zukunft, die wir da brauchen, nicht aus eigener Kraft erschließen kann, sondern dazu gehört, und dazu gibt es Andeutungen im Innenstadtkonzept. Insofern hat Heiko Strohmann total recht, wenn er sagt, das muss man weiterentwickeln, im Innenstadtkonzept gibt es diese Andeutung, die um die Innenstadt herumliegenden Stadtteile – fangen wir mit dem Viertel an, das hat seine historischen Gründe, aber es kann auch die Alte Neustadt sein, es kann das Barkhofviertel sein, natürlich sowieso die Bahnhofsvorstadt, das, was in der Überseestadt entsteht, Findorff und so weiter, all diese Räume – sind gewissermaßen Partner dieses Stadtraums, ihre Potenziale und ihr Beitrag zum Leben in der Stadt sind für die Innenstadt von enormer Bedeutung. Wenn Menschen aus den benachbarten Stadtteilen selbstverständlich ihr Leben mit dieser Innenstadt verbinden, dann heißt das, dass sie – Sie haben vielleicht die Bischofsnadel vor Augen – zu Zehntausenden mit dem Fahrrad und zu Fuß diesen Raum durchqueren. Das macht diesen Raum wertvoll, und zwar nicht nur für den wunderbaren Akkordeonspieler, der da immer sitzt, sondern für alles Weitere mehr bis hin zum Fischhändler Bodes. Für diese Wegebeziehungen, Kapillaren, Verbindungen, für dieses Netz von kleinen Verknüpfungen brauchen wir Aufmerksamkeit, und die Wege kann man sehr selbstverständlich mit anderen Verkehrsmitteln zurücklegen als mit dem Auto.

(Abgeordneter Strohmann [CDU]: Ja!)

Völlig selbstverständlich! Deswegen ist es richtig zu sagen, die Innenstadt entfaltet ihr urbanes Potenzial, also ihren Reichtum, doch nur dann, wenn wir die darum herumliegenden Stadtteile einladen, ihren Alltag zu Fuß, mit dem Fahrrad und mit allem, was da sonst noch so rollt und vorwärts bringt, zu verbinden, weil man mittlerweile auf diesen E-Fahrrädern und auf den Rollern auch – obwohl jetzt immer darüber gefallen wird und so – größere Räume widerstandslos durchstreifen kann als früher.

Früher musste man all das zu Fuß machen, mit dem Taxi oder der Straßenbahn fahren. Jetzt bekommt man all diese kleinen Verbindungen mit diesen Hilfsmitteln hin, und morgen sind es diese Taxis on demand und all das, was in anderen Städten schon entwickelter ist. Deswegen ist völlig klar, dass wir diesen Raum vom Auto entlasten können, und zwar im großen Stil, und dass wir dadurch Flächen und Räume gewinnen, an denen sich Einzelhandel aufhängen kann, Gastronomie aufhängen kann, Menschen zusammen ihr Leben zum Ausdruck bringen, und wir aktive Ränder haben. Das ist diese Urbanität, die diesen erweiterten Innenstadtraum unwiderstehlich macht und eine riesige Ausstrahlung in die Region und die Stadt als Ganzes hat, weil sie nämlich etwas bietet, was der Rest nicht bietet, was man in den nicht integrierten großen Einzelhandelslagen, bei Dodenhof, im Weserpark und sonst wo, gar nicht finden kann. Deswegen glaube ich, dass wir dieser Innenstadt mit einem integrierten Konzept begegnen müssen, das die Mobilitätsfragen, die Stadtentwicklungsfragen, Raumdifferenzierung – was ist nah, was ist weiter weg? – klug zusammenbringt. Das Ganze muss ein Aufbruch für diese Innenstadt sein, und dafür gibt es gewisse hoffnungsvolle Entwicklungen auf der privaten Seite.

Jetzt habe ich noch zwei Minuten und 36 Sekunden, das spreche ich noch einmal kurz an: Es ist doch für Bremen eine so ermutigende Nachricht, dass in einer Situation, in der dieser Strukturwandel die Innenstädte ja eigentlich auf den ersten Blick eher schwächt, weil sie Altes zurückzieht, neue große Unternehmen ihr Vermögen riskieren, um da Entwicklungen auszulösen. Das passiert jetzt, und das auch auf offenbar intelligente Weise, wie es jetzt rund um Karstadt, Kaufhof, die Innenstadtparkhäuser und so weiter passiert. Darüber freuen wir uns, wir finden, das muss man gestalten, dem muss eine Form gegeben werden, auch eine öffentliche Rahmenbedingung muss gesetzt werden.

Heiko Strohmann hat in seinem Antrag ein paar Sätze zitiert, die wir hier auch einmal gemeinsam beschlossen haben, darin steht zum Beispiel keine Rückseiten, darin steht zum Beispiel Durchwegung, darin steht dann, wir brauchen möglichst keine Großhäuser, die diese ganzen Straßen überspannen, sondern wir brauchen Häuser im Maßstab der Innenstadt und all diese Dinge. Bei Kurt Zech, in den Dialogen, die ich miterleben durfte, findet man dafür offene Ohren, ob es am Schluss so ausgeht, wissen wir noch nicht. Dazu findet im März eine Sitzung der Baudeputation statt, die einen Rahmenbeschluss fällt, der gerade vorbereitet wird. Wir werden dann einen öffentlichen Beteiligungsprozess organisieren, der dem Ganzen eine Gestalt verschafft. Das macht man dann im Dialog mit diesem Investor, so macht man es auch mit Christian Jacobs in Richtung Weser, und so müsste es mit vielen anderen Partnern auch geschehen. Was auf dem Sparkassengelände passiert, wissen wir noch nicht, die Herren Schapira sind offenkundig noch dabei, sich zu sortieren. Sie haben den Kontakt mit der Stadt noch nicht wieder aufgenommen.

Jetzt möchte ich noch einen Halbsatz zu diesem Text von der CDU sagen, ich plädiere dafür, ihn an die Baudeputation zu überweisen, das Material können wir einfach in unseren Debatten weiter verwenden, aber, Heiko Strohmann, an einer Stelle möchte ich Ihnen diesen Text doch noch einmal zitieren, und ich bitte dann aufzumerken, hier steht: „Die wichtigste Voraussetzung für eine autofreie Stadt ist aber eine handelnde Regierung, die ihre Vorhaben umsetzt.“

(Abgeordneter Strohmann [CDU]: Nein!)

Haben Sie einen Termin mit der grünen Jugend gehabt? War da irgendetwas? Hier steht „autofreie Stadt“. Was jetzt?

(Zuruf Abgeordneter Strohmann [CDU])

Nein, nein, Sie hören nicht richtig zu, da steht nicht „Innenstadt“, davon haben Sie die ganze Zeit geredet, sondern da steht „Stadt“.

(Glocke)

Deswegen, ehrlich gesagt, auch Ihnen täte es gut, noch einmal ein kleines bisschen in sich zu gehen und mit uns gemeinsam darüber nachzudenken, wie man das Problem löst. Interessant war übrigens auch, dass Sie in Ihrem kleinen Diskussionsbeitrag gesagt haben, wir müssten jetzt diskutieren. Der

Satz endet aber hinter dem Komma mit „Schluss mit Diskutieren“.

(Glocke)

Falsch! Die Allianz kommt nur zustande, wenn wir unsere Ideen austauschen, und das schließt die Handelskammer mit ein. – Danke!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

**Präsident Imhoff:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tebje.

**Abgeordneter Tebje (DIE LINKE):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Die Neugestaltung der Innenstadt ist eine schwierige Aufgabe. Manches findet längst statt, zum Beispiel Christian Jacobs' vorangetriebenes Projekt in der Langenstraße. Für anderes sind die Voraussetzungen unlängst geschaffen worden, etwa mit dem Verkauf des Lloydhofs an den Projektentwickler denkmalneu, für anderes fehlen die Voraussetzungen schon lange Zeit, das gilt insbesondere für den Abriss des Parkhauses Mitte und die damit verbundene komplizierte Rechtslage hinsichtlich Kaufhof.

Klar ist, die Innenstädte erleben einen Funktionswandel. Die Einzelhandelsfläche wird sich reduzieren, andere Nutzungen wie Wohnen, Kultur und möglicherweise Wissenschaft werden verstärkt hinzukommen. Soziales Wohnen und der inhabergeführte kleinere Einzelhandel gehören dazu. Die Aufenthaltsqualität und der öffentliche Raum spielen eine große Rolle.

Reine Einkaufsparadiese wie in den traditionellen Fußgängerzonen gehören der Vergangenheit an. Die großen Malls allein funktionieren nirgendwo mehr. Deshalb gibt es auch bei den privaten Investoren eher ein Vorantasten ins Ungewisse als die ganz klaren Pläne. Daran hat auch die Ideenmeisterschaft nichts geändert, die Kurt Zech im Herbst 2018 veranstaltet hat. Da gab es viele Ideen, von denen alle wussten, das wird nicht passieren, von der Aufschüttung einer großen Düne bis hin zu Dachgärten mit Verbindungsstegen.

(Abgeordneter Bücking [Bündnis 90/Die Grünen]: Seilbahnlandeplatz!)

Die Frage ist immer, was ein tragfähiges Konzept ist, für welche Art von Nutzung es überhaupt eine Nachfrage gibt. Das hat auch Christian Jacobs un-



längst berichtet. Für das Kontorhaus Mieter zu finden, ist nicht so einfach. Die Marktlage ist von einer erheblichen Unsicherheit geprägt. Die Koalition hat dazu klare Aussagen gemacht: Die Innenstadt wird autofrei, das hatten wir jetzt auch schon eben gerade deutlich in der Diskussion. Das ist der Weg, den mehr und mehr Städte gehen wollen, Brüssel, Paris und Oslo machen das so. In Wuppertal will das Wuppertal Institut mit Bürgerbeteiligung einen Masterplan autofreie Innenstadt entwickeln. Die Erfahrungen sind überall gut. Die Handelskammer hat das unlängst wieder infrage gestellt, aber ich halte an der Orientierung autofreie Innenstadt fest.

Die Koalition folgt ebenfalls der Leitlinie, wie sie im Koalitionsvertrag steht. Der Aufenthalt im erweiterten Innenstadtbereich muss für alle sozialen Gruppen der Stadt offenstehen. Eine Hochglanzinnenstadt, die als Fremdkörper im sozialen Gefüge der Stadtgesellschaft steht, lehnen wir ab. Wir wollen eine soziale Mischung und eine lebendige Innenstadt für alle, und das greift ja auch das auf, was Robert Bücking gesagt hat: Wie passt das hier in unsere Stadt, wie passt das mit den Quartieren auch um die Innenstadt herum?

Was sich die privaten Investoren in der Innenstadt wünschen, sind natürlich ganz viele öffentliche Investitionen im öffentlichen Raum, aber so einfach wird es nicht laufen, dass die Stadt für die Aufenthaltsqualität bezahlt und die Investoren sich auf die profitabelsten Investitionen konzentrieren können. Was sich die Investoren ebenfalls wünschen, ist eine zentrale Anlaufstelle bei der Stadt, die freihändig über Bauwünsche und Auflagen entscheidet. Das wird es so auch nicht geben. Es sind viele Fragen, Aspekte und Interessen zu berücksichtigen. Mit den Lobbyinteressen der Investoren allein kann man nun einmal keine Innenstadt entwickeln.

Eine zentrale Frage ist, wie viel Personal für die Belange der Innenstadtentwicklung eingesetzt wird. Die Innenstadt ist sicher wichtig, aber sie ist eben nicht der einzige Stadtteil. Der Aufbau von Personal für die städtebaulichen Aufgaben kann nicht nur für die Innenstadt erfolgen. Das muss in einem Verhältnis stehen, der Wohnungsbau, die Wohnraumförderung, die soziale Stadtentwicklung sind nicht weniger wichtige Aufgaben. Einen einseitigen Fast Track für die Innenstadt, während alles andere liegen bleibt, kann es nicht geben.

Eigentlich alles, was die CDU in ihrem Antrag auflistet, gehört bereits zur Agenda der Koalition. Der Antrag fügt nichts Neues hinzu. Nicht einmal der zentrale Innenstadtmanager, den die CDU immer

fordert, kommt darin vor. Es gibt darin für mich keinen ersichtlichen neuen Ansatz.

Was ich gut finde, ist der Vorschlag, den kostenlosen ÖPNV in der Innenstadt zu realisieren. Das halte ich auch touristisch für ein gutes Signal, aber auch da gilt: Entweder gibt es eine gesonderte Finanzierung, zum Beispiel auch über eine Umlage des Einzelhandels, oder der Weg zum kostenlosen ÖPNV kann sich in der Innenstadt nur gemeinsam mit dem Rest der Stadt vollziehen.

Was am Antrag der CDU völlig fehlt, sind die Gewerbemieten, und das hat mir bei Robert Bücking auch ein bisschen gefehlt.

(Abgeordneter Strohmann [CDU]: Was?)

Die Gewerbemieten!

(Abgeordneter Strohmann [CDU]: Ach, Gewerbemieten!)

Die Gewerbemieten werden in vielen Städten zu einem gravierenden Problem, auch in Bremen. Der Einzelhandel in der Innenstadt leidet darunter, dass die Gewebemieten viel zu hoch sind. Das verdrängt den inhabergeführten Einzelhandel, das verdrängt auch die speziellen Geschäfte, die eine Innenstadt attraktiv machen. Anderswo spricht man von der Discounterisierung der Innenstadt, weil nur die Discounter diese Mieten noch zahlen können.

Ein wesentlicher Motor der privaten Investitionsprojekte ist, dass die Gewerbemieten in einen größeren Umkreis steigen sollen. Wie der Einzelhandel das dann aber leisten soll, darauf hat bisher noch niemand eine Antwort geliefert.

Die Bundestagsfraktion der LINKEN hat gerade einen Antrag für eine Art Mietpreisbremse für Gewerbemieten entwickelt. Darin werden genau die Probleme angesprochen, mit denen wir auch in Bremen zu tun haben. Von 2014 bis 2018 sind die Gewerbemieten in allen Gemeinden um 21 Prozent gestiegen, in den Toplagen um 39 Prozent, in den 1B-Lagen um mehr als 50 Prozent. Das kann der Einzelhandel nicht mehr leisten. Auf der einen Seite gibt es sinkende Margen durch den Onlinehandel, und auf der anderen Seite soll immer mehr Miete gezahlt werden. Dass dadurch die Innenstadt verödet, ist kein Wunder. Der Antrag der LINKEN schlägt daher vor, dass es für Gewerbemieten eine Laufzeit geben soll. Gewerbemietverhältnisse sollen nur noch mit besonderem Grund gekündigt

werden können, und es soll ein Mietspiegel für Ladenflächen eingeführt werden, an dem die Neumieten sich orientieren müssen. Wenn wir die Innenstadt in Bremen attraktiv halten wollen, werden wir uns auch mit solchen Ideen befassen müssen.

Die Innenstadt ist ein Beschäftigungsmotor, sie ist Teil der Stadt und mit der größten Beschäftigungsdichte ein wesentlicher Teil des Arbeitsmarktes der Stadt. In den anderen Gewerbegebieten achten wir darauf, dass die Flächen bezahlbar bleiben. Wenn wir eine Innenstadt bekommen, in der die Bodenpreise durch die Decke gehen, dann wird das Arbeitsplätze kosten. Deshalb muss man mit der Innenstadt vorsichtig umgehen. Dieser Aspekt gehört unbedingt ins Zentrum der weiteren Planungen.

Eine Umgestaltung, die zu weniger Beschäftigung in der Innenstadt führt, ist für uns keine positive Vision. Wir wollen auch keine Umgestaltung, bei der gute Arbeitsverhältnisse im inhabergeführten Einzelhandel verschwinden und stattdessen schlechte Arbeitsverhältnisse in großen Shoppingzentren entstehen.

Unter dem Strich bedeutet das, die Umgestaltung der Innenstadt ist kein Wunschkonzert für Investoren. Stadtentwicklung, Wirtschaftsentwicklung und Beschäftigung müssen gleichberechtigt gedacht werden. Genauso geht die Koalition bei der Innenstadtentwicklung vor, alles andere wären Schnellschüsse, die wir in ein paar Jahren bereuen würden. Ich denke, Weiteres dazu werden wir mit Sicherheit in der Deputation bereden. – Ich danke für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE; SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Imhoff:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Stahmann.

**Abgeordneter Stahmann (SPD):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht gibt es in dem Antrag der CDU nichts Neues, aber es gibt auf jeden Fall viel Gemeinsames. Ich glaube, dass wir darauf aufbauen können und auch sollten.

Alle haben gesagt, dass wir in der Innenstadt und mit der Innenstadt etwas machen müssen, und die Frage „autofrei“ ist völlig unbestritten, niemand hat gesagt, dass das nicht passieren soll. Wir hatten ein Gespräch mit der Handelskammer, und die SPD-Fraktion hat wesentlich mehr Überschneidungen mit der Handelskammer als das, was ich eben gehört habe, aber ich glaube, dass man jetzt nicht darüber reden sollte, was – –

(Zuruf Abgeordneter Strohmann [CDU])

Ja, ich war auch verwundert, Heiko Strohmann, ich war auch verwundert! Also, gerade ich war auch verwundert! Ich glaube aber, dass man jetzt darüber nachdenken und diskutieren sollte, was die Gemeinsamkeiten sind.

Da sind auch Punkte in dem Antrag, die ich für problematisch halte, zum Beispiel in Bezug auf den ÖPNV. Ich finde, das ist eine gute Idee, das Thema gehört für mich und für die SPD-Fraktion aber in ein Gesamtkonzept des öffentlichen Nahverkehrs und nicht isoliert einzeln da hinein, insofern eine gute Idee, aber bitte nicht so vorab und nicht so schnell!

Was jetzt zum Beispiel mit der Kontrolle durch den Ordnungsdienst gemeint ist, das lasse ich einmal dahingestellt. Ich glaube, man will Ralph Saxe das Fahrrad in der Fußgängerzone wegnehmen, aber auch das ist etwas, was man noch einmal diskutieren könnte. Gut finde ich an der Stelle, dass wir das Gemeinsame haben.

Widersprüchlich sind auch ein paar Dinge, denn wenn oben in der Überschrift „verbindliche Leitlinien“ für den Privatinvestor steht, und dann steht hinten an verschiedensten Stellen, man will Bürgerbeteiligung inklusive Diskussion mit Beiräten und all den Akteuren, die wir kennen, dann, glaube ich, ist das ein Widerspruch. Insofern würde ich vorschlagen, und Herr Bücking hat es ja schon gesagt, dass wir das in die Wirtschaftsdeputation und in die Baudeputation überweisen und dort weiterdiskutieren, denn dahin gehören die Ideen, und dahin gehört auch die Diskussion über die Weiterentwicklung. Ich halte das für einen richtigen Weg, denn worum geht es im Kern? Es geht darum, dass wir gute und optimale Rahmenbedingungen für die Innenstadt schaffen.

Es ist mehrfach gesagt worden, wir stehen in Konkurrenz, und zwar zu den großen Einkaufszentren an den Stadträndern, aber auch zum Onlinekauf, und wir wissen alle – Herr Strohmann hat es angesprochen –, es wird nicht die Attraktivität der Innenstadt mit der Überlegung gesteigert, wo ich die billigste Hose bekomme, sondern es ist eben so, dass man andere Fragestellungen beantworten muss. Wo bekommen wir einen angenehmen Aufenthalt, wo kann man flanieren, wo kann man gehen, wie ist die Innenstadt an sich, auch ohne Einkauf, attraktiv? Das hat Auswirkungen – darauf hat Herr Tebje hingewiesen –, und zwar eben nicht nur auf die gestalterischen Elemente mit Bau, Verkehr

und Fußgängerzonen, sondern es hat eben auch Auswirkungen auf die Rahmenbedingungen, die Mieten und darauf, wer sich da ansiedeln wird. Deswegen glaube ich, dass es in den beiden Deputationen gut angesiedelt ist und wir dann die Ideen dazu nutzen, in dieser Frage auch kurzfristig weiterzukommen. – Danke!

(Beifall SPD, DIE LINKE)

**Präsident Imhoff:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Schäck.

**Abgeordneter Schäck (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Fraktion der CDU, Sie fordern in Ihrem Antrag nicht nur, dass ein Konzept für die Zukunft der Innenstadt entwickelt werden soll, sondern auch, dass das privatwirtschaftliche Engagement sowohl gefördert als auch mit klaren Rahmenbedingungen und klaren Leitlinien begleitet werden soll. Ich möchte an dieser Stelle ganz deutlich sagen, dass wir die Idee, gerade nicht nur kleine Einzelmaßnahmen, die irgendwie am Ende stimmig zusammenpassen sollen, sondern wirklich ein Gesamtkonzept für die Innenstadt zu entwickeln, von oben einmal darauf zu schauen und zu sagen, wie eigentlich die Stadt in 20 und in 30 Jahren aussehen soll, an dieser Stelle ausdrücklich unterstützen.

(Beifall FDP)

Die Innenstadt – und ich glaube, darüber sind wir uns auch alle einig – wird sich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten stärker verändern, als wir es in den letzten Jahrzehnten in Bremen erlebt haben. Es gibt die Idee, dass die Autos komplett aus der Kerninnenstadt verschwinden sollen, das wird jetzt im Moment so als neues Thema durch die Stadt getrieben, allerdings ist das ehrlicherweise gar nicht so neu. Es gab auch einmal Zeiten, in denen Autos durch die Obernstraße gefahren sind, es gab sogar einmal Zeiten, in denen Autos durch die Sögestraße gefahren sind. Das ist heute nicht mehr so. Ich glaube, wir sind uns auch alle mit den dort ansässigen Einzelhändlern einig, dass es auch gut ist, dass es so nicht mehr ist.

Daher ist die Idee, den autofreien Bereich in dieser Kerninnenstadt etwas auszuweiten, für uns Freie Demokraten erst einmal weder pauschal schlecht noch gut, es ist in Ordnung, es hängt immer davon ab, wie man das Ganze am Ende gestaltet. Das hängt dann am Ende auch damit zusammen, ob es ein vernünftiges Gesamtkonzept gibt, wo die Autos am Innenstadtrand geparkt werden können, wie

die Leute, die ihr Auto dort abstellen, von dort aus dann auch bequem in die Innenstadt kommen. Ich glaube, das ist ganz, ganz wichtig, um die Innenstadt nicht abzuschneiden.

(Beifall FDP)

Zur Wahrheit gehört nämlich auch an dieser Stelle, dass heute schon rund ein Drittel der Besucher der Bremer Innenstadt aus dem Bremer Umland kommen, und die meisten dieser Menschen kommen mit dem Auto. Dafür wird es noch viel wichtiger sein, das ganze Thema Parkraum auch an dieser Stelle mitzudenken.

Es werden sich Veränderungen bei dem Thema Parkhäuser ergeben. Einige sind schon bekannt, andere werden noch dazukommen. Dadurch, glaube ich, ergeben sich völlig neue Möglichkeiten, auch Aufenthaltsplätze zu schaffen, interessante Plätze für die Bremerinnen und Bremer, einige Gebäude und Center, die über viele Jahre nicht belebt waren, unter anderem der Lloydhof, sollen wieder neu belebt werden. Es wird auch darüber diskutiert, die Brillkreuzung zusammen mit dem Sparkassengebäude anders und neu zu beleben. Ich glaube, dass auch dieses Areal relativ zentral sein wird, und zwar auch für die Frage, wie wir das Stephaniviertel anbinden und den Übergang zur Überseestadt schaffen.

Nicht zuletzt – und die Idee kam ja immer einmal wieder aus verschiedenen Fraktionen und Parteien – gibt es die Idee, die Straßenbahn aus der Obernstraße zu verlegen, damit die Innenstadt irgendwann nicht mehr durch diese Straßenbahn zerschnitten wird. Das Thema wird ja seit vielen, vielen Jahren diskutiert. Ich persönlich finde die Vorstellung, dass in der Innenstadt zentrale Plätze mit der Möglichkeit für Einkauf, aber auch für Gastronomie, vielleicht auch für Livemusik, geschaffen werden und wir irgendwann vielleicht einmal erleben werden, dass rechts und links der Obernstraße, wenn die Straßenbahn dort nicht mehr fährt, Restaurants und vielleicht auch hochwertige Cafés entstehen, sodass dort Leben einkehrt, sehr charmant. Wir diskutieren das auch in der FDP-Fraktion seit einiger Zeit sehr ergebnisoffen.

So oder so: Ich glaube, es werden sich neue Laufwege entwickeln, für die wir ein komplett neues Innenstadtkonzept brauchen, und zwar wirklich einen großen Wurf, einmal komplett auf die Innenstadt zu schauen und zu überlegen, wohin wir eigentlich mit unserer Innenstadt wollen, wohin die

Reise gehen soll, damit wir am Ende eine vernünftige Kombination aus Einkaufen und aus Leben, aber auch aus Arbeiten und aus Bewegung haben, Mobilität muss also immer mitgedacht werden. Das wird natürlich nicht ohne klare Vorstellungen der Politik, nicht ohne klare Leitlinien gehen, aber es wird auch nicht ohne die Einbindung der Privatwirtschaft dort vor Ort gehen. Deswegen finden wir es gut, dass Sie, liebe CDU, hier einen Vorschlag für die gesamte Innenstadt machen, und wir können Ihre Forderungen und Ihren Antrag an dieser Stelle nur unterstützen. – Vielen Dank!

(Beifall FDP)

**Präsident Imhoff:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Strohmann.

**Abgeordneter Strohmann (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal finde ich es positiv, dass wir weiter darüber diskutieren wollen, aber ich sage Ihnen ehrlich, wir müssen dann jetzt allmählich auch vorankommen.

Ich fange einmal mit dem Kollegen Stahmann und dem Thema des Widerspruchs an. Ich glaube schon, dass wir ein grobes Gerüst vorgeben müssen, wie wir uns die Laufwege in dieser Innenstadt vorstellen: ein grobes Raster, wo Autoverkehre sein sollen, wo Fußverkehre sein sollen, wo Rundläufe für den Einzelhandel sein sollen, wo man architektonisch, städtebaulich etwas machen kann. Dann kann der Investor sagen, okay, ich habe soundso viel Fläche an Fußgängerzone, ich habe soundso viel Schaufensterfläche und soundso viel Verkaufsfläche, und dann kann man schauen – es gibt ja heute eigentlich nur noch zwei Etagen im Einzelhandel, null und eins –, wo es sich lohnt, also dieses klassische Warenhaus mit sechs Etagen ist ja mittlerweile sehr schwierig. Das meine ich damit, und das müssen wir letztlich vorgeben, ohne das jetzt als Ausverkauf zu sehen, wie der Kollege von der LINKEN, ihr dürft machen, was ihr wollt.

Dieses Ganze müssen wir dann natürlich mit den Menschen vor Ort klären. Ich hätte mir auch sparen können, das aufzuschreiben, weil es eigentlich logisch ist, dass man das auch mit den Einzelhändlern, mit den Beiräten und dergleichen diskutieren muss. Ich glaube, das ist der Ansatz, und ich sage Ihnen, es steht und fällt über die Laufwege. Alles andere ist schön, lieber Herr Bücking, die Diskussion mit den parallelen oder angrenzenden Stadtteilen, aus denen man dann mit dem Fahrrad kommt, aber wenn wir diese Diskussion anfangen,

haben wir genau das gleiche Problem, das wir bei „Bremen 2025“ hatten. Da haben wir nämlich auch diskutiert, aus dem Kern heraus, und dann kam sofort Herr Caesar – Viertel –, dann waren wir irgendwann in Hemelingen, irgendwann waren wir in Schwachhausen, dann waren wir in Walle und in der Überseestadt. Das wird so nicht funktionieren, weil es zu breit gefächert ist.

Wir müssen uns jetzt mit allem auf den Kern konzentrieren, und Städte sind historisch immer aus dem Kern gewachsen. Bremen hat ja auch nicht hier mit einem Ortsteil und da mit einem Ortsteil angefangen, sondern es ist historisch hier einmal irgendwo an diesem Punkt entstanden, wo wir heute stehen, und dann ist es gewachsen. Dann kam zum Beispiel die Neustadt dazu, man ist über den großen Fluss gegangen, und so ging es dann immer weiter. Irgendwann hat man ein Gefängnis in Oslebshausen gebaut, denn es war damals noch weit aus der Stadt, heute ist es der Mittelpunkt der Stadtgemeinde.

So müssen wir das letztlich auch hier verstehen, und so verstehe ich das auch mit dem Verkehrskonzept. Deswegen macht es im Moment keinen Sinn, mit den Menschen zu diskutieren – auch mit den Einzelhändlern – und ihnen zu sagen, was im Jahr 2030 passiert, sondern ich glaube, wir müssen ihnen sagen, das können wir uns als Kern so vorstellen, und dann lasst uns einmal schauen, wie sich das weiterentwickelt. Dann kann natürlich auch die autofreie Stadt das Ziel sein, keine Frage – dann ja –, aber erst einmal muss es ihnen realistisch etwas bringen, und das müssen wir so diskutieren.

Dann will ich noch einmal eines sagen, was mir auch ganz wichtig ist: Es wird jetzt in beide Deputationen überwiesen, und wir müssen jetzt einmal irgendwo anfangen, dass einer den Hut aufhat, denn die Egoismen der jeweiligen Ressorts waren nämlich auch so ein Problem. Das mag jetzt mit den jeweiligen Senatorinnen anders werden, weil ja zwei Frauen kooperativer zusammenarbeiten als Männer – das habe ich gelernt, sie sollen es dann beweisen –, aber letztlich glaube ich, das Wichtigste ist jetzt, dass einer den Hut aufhaben muss und wirklich auch vorgeht, und wir gehen dann auch gemeinsam mit. Das ist ganz wichtig. Das wollte ich noch einmal sagen, denn sonst treffen wir uns in drei Jahren wieder, dann ist wieder Wahlkampf, und dann muss ich Sie wieder beschimpfen, und das will ich ja nicht, denn es geht hier um uns, es geht um unsere Innenstadt, und das ist mir wirklich so wichtig. Das ist die Herzkammer.

Lieber Kollege von der LINKEN, natürlich sind viele Stadtteile wichtig. Mein Stadtteil Gröpelingen ist, glaube ich, perspektivisch ungemein wichtig, denn das ist Zündstoff, der dort entstehen könnte, keine Frage, aber dies ist wirklich die Herzkammer. Das ist unsere Visitenkarte, und wenn wir wollen, dass wir in Deutschland, in Europa, gut angesehen sind und nicht nur die Verlierer von der Weser sein wollen, dann müssen wir das auch anhand der Innenstadt zeigen, denn ich glaube nicht, dass die Leute aus den Niederlanden oder aus Großbritannien gleich nach Gröpelingen fahren. Das kann ich mir so nicht vorstellen. Sie kommen in die Innenstadt, schauen sich die Innenstadt an, und wir müssen als Visitenkarte, als Botschaft für die Welt draußen senden: Bremen ist schöner und besser, als viele glauben. In diesem Sinne: Dann schaffen wir das auch! – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

**Präsident Imhoff:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Bücking.

(Abgeordneter Dr. vom Bruch [CDU]: Restredezeit 21 Minuten!)

Nein, dieses Mal sind es fünf Minuten, Herr Bücking!

**Abgeordneter Bücking (Bündnis 90/Die Grünen):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Womit soll man beginnen? Es ist Unsinn, das gegeneinander auszuspielen. Selbstverständlich müssen wir jetzt nachweisen – und das haben wir auch in dieser Reihenfolge beschlossen –, dass wir in der Lage sind, im Kern der Stadt etwas Vernünftiges zu machen. Ich will ein ganz kleines bisschen illustrieren, was da wirklich sehr naheliegend ist, und wir kommen dann sofort auf den weiteren Zusammenhang.

Jetzt bauen wir die Domsheide um. Die Domsheide ist ein riesiger Eingang in die Innenstadt und gleichzeitig ein großer Verteiler unserer Straßenbahn zwischen den verschiedenen Himmelsrichtungen. Daneben liegen bedeutende kulturelle Einrichtungen, die Glocke mit allem, was damit verbunden ist. Wenn man da aussteigt, schwärmt man von dort zu den jeweiligen Zielen aus, die man in der Innenstadt hat, und da sieht es nicht einfach gut aus. Wenn wir uns den Zusammenhang, den Übergang in Richtung Schnoor oder den Übergang über die Balgebrückstraße klarmachen, um dann in die Wachtstraße zu kommen, um zur SPD zu gehen,

(Abgeordnete Neumeyer [CDU]: Wer will da denn hin?)

wenn man andere Ziele hat, auch anderswohin, dann merken wir, dass dieses Wegesystem absolut Luft nach oben hat und nicht überzeugend ist.

Deswegen glaube ich, dass es richtig ist, dieses große, vom ÖPNV getriebene Infrastrukturprojekt mit einem solchen Zusatzthema auszustatten und zu sagen, wir müssen den Schnoor aus seiner Insel-lage herausholen und ihn anders in das Wegenetz der Stadt integrieren. Dazu muss die Dechanatstraße umgebaut werden, dazu müssen die Eingänge in den Schnoor vom Verkehr befreit werden, und dazu muss die Ostseite der Balgebrückstraße vom Verkehr befreit werden. Dinge dieser Art sind vernünftig. Man muss auch die Straßenbahn so organisieren, dass man gut über die Balgebrückstraße hinüberkommt in Richtung der zweiten und dritten Attraktionen dieser Innenstadt. So könnte man darüber weiterreden.

Wenn man jetzt schaut, was den anderen, also nach Norden orientierten Ausgang aus der Domsheide angeht, dann kommt man in die Violenstraße. Sie ist in einem kaum erträglichen Zustand. Wenn man da auf der falschen Seite geht, landet man irgendwie an diesem Kuhzaun und weiß nicht mehr weiter. Das ist verunstaltet, und wir müssen versuchen, das zu korrigieren. Das gelingt meiner Auffassung nach nur, wenn man sich genaue Gedanken über die beiden dort liegenden Parkhäuser macht, nämlich das Parkhaus Violenstraße und das Parkhaus Katharinenklosterhof. Darüber müssen wir uns Gedanken machen. Da gibt es ein großes Spektrum, nämlich zu sagen, es ist nur offen, wenn die Kultureinrichtungen geöffnet haben, dann fährt da abends eben eine kleine Gruppe Menschen hinein, oder aber, es ist ganz weg, dann erst ergibt sich die Möglichkeit, die Violenstraße und den Schlüsselkorb neu zu organisieren.

Dann entsteht da ein neuer Stadteingang und die von den Innenstadtkaufleuten immer wieder geforderte Veränderung, nämlich dass man diesen Schlüsselkorb anständig queren kann, um in die Sögestraße, in die Knochenhauerstraße und in die anderen Gassen zu kommen. Diese Möglichkeiten eröffnen sich plötzlich. Das steht in einem Zusammenhang mit der Entwicklung des Domshofs – also nicht der Domsheide, sondern des Domshofs –, weil sich plötzlich Anschlüsse verändern, ich will das nur einmal andeuten, was dieses Thema Läufe, Kanten, Herausnehmen von Autos im Detail bedeutet.

Ich möchte noch kurz einen Gedanken ansprechen, weil ich ihn im ersten Redebeitrag nicht habe ausführen können: Ich hatte jetzt darüber gesprochen, wie die Innenstadt in die umliegenden Quartiere eingenetzt werden müsste und was da mobilitäts-technisch und stadträumlich passieren kann. Selbstverständlich braucht diese Innenstadt den Anschluss an die großen, weiter entfernt aufgespannten Räume, das ist doch völlig klar, und je weiter die Leute weg sind und irgendwo aus einer Kleinstadt oder vom Dorf kommen, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie ein Auto benutzen. Das ist völlig unstrittig.

Natürlich bauen wir und müssen wir unbedingt das S-Bahn-System ausbauen. Wir brauchen einen guten S-Bahn-Knoten an der Einmündung zur Überseestadt, gleich hinter der Weser, den brauchen wir dringend, aber das allein wird das Problem nicht lösen. Wir werden auch eine Idee entwickeln müssen, wie diese einströmenden, von weiter weg kommenden Autos an den richtigen Schnittstellen abgefangen werden und wo es da dann Mobilitäts-Hubs geben muss, wo man die Leute dann an die der Innenstadt angepassten Verkehrsträger übergeben wird, entweder an die Straßenbahn, E-Bikes, E-Roller oder Taxi on demand und so weiter. Das wird man so machen müssen. Das schafft man nicht alles auf einmal, sondern da wird man Himmelsrichtung für Himmelsrichtung, Stadtraum für Stadtraum nacheinander abarbeiten müssen, aber ich glaube nicht, dass die Innenstadt eine Zukunft hat, wenn sie nicht kompakter und verknüpfter mit den umliegenden Stadtteilen ist, denn die vielen Quellen der Erneuerung der Innenstadt liegen meiner Meinung nach gerade um die Innenstadt herum.

(Glocke)

Zwölf Sekunden! – Danke sehr!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Imhoff:** Zwölf Sekunden darüber! Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine geehrten Damen und Herren! Der Titel lautet ja „Konzept für die Innenstadt entwickeln“, und man konnte deutlich heraushören, das betrifft dann mehrere Fragestellungen, nämlich die der Stadtentwicklung, der Mobilität, aber auch des Einzelhandels. Herr Strohmann, da Sie ja gefordert

haben, dass hier die Ressorts auch eng zusammenarbeiten und keine Ressortegoismen ausbauen, gibt es schon heute ein gutes Beispiel, weil nämlich nicht nur ich dazu reden werde, sondern auch Herr Staatsrat Wiebe für den Bereich der Fragen des Einzelhandels.

Vielleicht sollte man auch überlegen, wenn man Ihren Antrag jetzt an beide Deputationen überweist, ob es nicht auch sinnvoll ist – und das haben wir in der Vergangenheit auch einmal gemacht –, eine gemeinsame Sitzung der Deputationen für Wirtschaft und für Mobilität und Stadtentwicklung zu machen, weil man dann nämlich einmal gemeinsam die unterschiedlichen Fragestellungen diskutiert. Das wäre also schon einmal eine Konsequenz, die ich anbieten würde, eine gemeinsame Deputationssitzung anzustreben.

Vielleicht lassen Sie mich vorab einmal sagen, die Innenstadt befindet sich in einer Phase der Veränderung und des Aufbruchs. Das kann man auch an vielen Beispielen sehen, nicht nur, wenn man wie ich aus der 13. Etage auf die Innenstadt schaut und die vielen Kräne sieht. Allein, wenn man hier durch die Innenstadt geht, sehen wir die Vielzahl der Projekte, die realisiert wurden oder sich bereits in der Umsetzung befinden, und natürlich sind auch einige in Planung. Das ist ein deutliches Zeichen für die dynamische Entwicklung unserer Innenstadt, und das, meine Damen und Herren, ist ein gutes Zeichen.

Die Mitte Bremens ist ein zentrales Zukunftsprojekt und wird ganz sicherlich auch in den kommenden Jahren die Bremer Wirtschaftsstruktur und die Stadtentwicklung wesentlich mitbestimmen. Warum ist uns das Thema wichtig? Auch das verbindet uns alle: Das Zentrum ist ein wichtiges Zentrum im Nordwesten Deutschlands, es hat eine überregionale Bedeutung, und deswegen ist die Attraktivität der Innenstadt nicht nur wichtig für alle Bremerinnen und Bremer, sondern auch für viele Menschen aus unserer Region.

Der Senat wird daher dieses Thema nicht nur begleiten, sondern auch steuern und ermöglichen, und zwar im Sinne einer Verbesserung der Innenstadt für alle Menschen. Was haben wir vor? Ich nenne Ihnen jetzt ein paar Dinge: Wir wollen eine bessere Erreichbarkeit für alle, wir wollen eine bessere Aufenthaltsqualität. Herr Strohmann, Sie haben ja angemahnt, bei der autofreien Innenstadt nicht nur auf den Klimaschutz zu schauen, nein, es geht auch ganz gezielt um eine bessere Aufenthaltsqualität und auch um eine Durchwegung. Wir

wollen ein umfassendes und vielseitiges Angebot, wir wollen bei den ganzen Planungen besondere Qualitäten und Orte berücksichtigen wie gerade auch hier, nämlich das Weltkulturerbe, das Rathaus, in dem wir sitzen, aber auch den Schnoor, die Wallanlagen und das Weserufer.

Deswegen hat der Senat vor diesem Hintergrund zwei wichtige Entscheidungen getroffen, nämlich, das bestehende Innenstadtkonzept für die Altstadt zu vertiefen und den Verkehrsentwicklungsplan in einem parallelen Verfahren fortzuschreiben. Die Ergebnisse wollen wir bis zum Ende dieses Jahres vorlegen.

Warum ist das so wichtig? Warum wollen wir denn diese Parallelität der Entwicklung der Konzepte? Weil wir verschiedene Quartiere ins Auge gefasst haben! Das ist ein Projekt wie das Balgequartier, das ist der zentrale Bereich um das Parkhaus Mitte – und nein, es soll dann keine City-Galerie sein – oder das lebendige Haus im Lloydhof in Kombination mit den anstehenden Veränderungen der anderen öffentlichen Räume im Zuge der Umsetzung der autofreien Innenstadt, und ich sehe das als eine große Chance, meine Damen und Herren.

Jetzt möchte ich noch auf einige Punkte eingehen: Sie fordern, ein städtebauliches Konzept unter Einbeziehung der privatwirtschaftlich geplanten City-Galerie zwischen Brill, Domshof, Am Wall und Martinistraße vorzulegen. Ich sage es einmal so: Die immobilienwirtschaftliche Entwicklung – und dazu zählt vor allen Dingen auch der Erwerb des Parkhauses Mitte durch die Zech-Gruppe –, aber auch politische Rahmensetzungen wie das Ziel der autofreien Innenstadt haben es zwischenzeitlich erforderlich gemacht, die städtebaulichen Ziele zur Entwicklung des Areals unter Einbeziehung der angrenzenden Strukturen auszurichten. Wir legen natürlich alle auch einen Fokus auf den zentralen Bereich rund um das Parkhaus Mitte. Wir müssen das neu konstruieren, neu strukturieren, und natürlich müssen wir da auch die Knochenhauerstraße verbinden, das ist ganz klar. Wir wollen ein Werkstattverfahren durchführen. Das Werkstattverfahren, das die Grundstücke Parkhaus Mitte, Galeria Kaufhof, Karstadt sowie die angrenzenden Freiflächen umfassen wird, soll im Jahr 2020 durchgeführt und in der zweiten Jahreshälfte abgeschlossen werden, und in diesen Prozess wollen wir alle zuständigen Ressorts/Akteure der Stadtgesellschaft einbeziehen.

Nun sagen Sie zu Recht in Ihrem Antrag, dass wir Laufwege berücksichtigen müssen. Wir alle erinnern uns – und das haben wir doch schon öfter, zumindest in den vergangenen Jahren, immer wieder diskutiert –, dass wir zum Beispiel schauen müssen, wie wir die Pelzerstraße wieder eröffnen können und dann zum Beispiel auch eine Überbauung entfallen kann. Wir müssen die Kleine Hundestraße dort mitdenken, wir müssen neue Wegeverbindungen, zum Teil auch auf privaten Flächen, einfach in unsere Planungen mit integrieren, weil wir wollen, dass dann die Innenstadt, die Fußgängerzone, auch wirklich nicht mehr diese Barrieren hat wie bisher. Jeder kennt es in der Pelzerstraße, man ist dann plötzlich abgeschnitten. Wenn man sich das vorher angesehen hat, war es einmal eine durchgängige Straße, und ich glaube, das brauchen wir auch einfach wieder.

Dann möchte ich trotzdem noch etwas zur autofreien Innenstadt sagen: Sie können sicher sein, Herr Strohmann, dass ich zumindest im engen Austausch mit der Handelskammer bin und – das hatte ich vorhin gesagt – die Attraktivität neben den ganzen Klimaschutzaspekten auch im Vordergrund steht, die das natürlich mit sich bringt. Wir haben aber doch Erfahrungen aus vielen anderen Städten – und da sind wir, glaube ich, auch gar nicht auseinander –, wo sich einfach gezeigt hat, wenn wir den Individualverkehr aus den Innenstädten heraushalten, dass gerade die Einzelhändler davon profitieren, weil die Menschen plötzlich wieder flanieren können, dann auch irgendetwas in einem Schaufenster entdecken und in das Geschäft hineingehen, als wenn sie mit dem Auto vorbeifahren. Deswegen machen wir uns auf den Weg, machen ein Konzept, wie wir bis 2030 die Innenstadt dann auch autofrei bekommen. Eine erste Maßnahme ist ganz aktuell in der Knochenhauerstraße, weil das auch eine Anfrage in der Fragestunde vor, ich glaube, drei Sitzungen war, dort sind die versenkbaren Poller im Einmündungsbereich der Carl-Ronning-Straße jetzt endlich umgesetzt worden. Das ist aber natürlich nur ein sehr kleiner Baustein in diesem Gesamtkonzept der autofreien Innenstadt.

Wir reden natürlich darüber, wie wir die Martinistraße zurückbauen können, und ich weiß um diese Debatte, was machen wir eigentlich mit der Straßenbahn. Es wird aber am Ende auch nicht nur eine Frage der Mobilität und der Erreichbarkeit sein, sondern es ist genau auch eine Frage der Finanzierbarkeit. Auch da ist ja, sage ich einmal, die Kaufmannschaft unterschiedlich unterwegs. Die einen sagen, heraus aus der Obernstraße und hinein in die Martinistraße, und sie haben schon schicke

PowerPoint-Folien vorbereitet, wo man das sehr anschaulich sehen kann. Jetzt habe ich verstanden, dass Teile der Handelskammer sagen, nein, nicht Martinistraße, die wollen wir zurückbauen, damit die Schlachte an die Fußgängerzone angebunden ist, die Straßenbahn hätte wieder eine trennende Wirkung, macht es doch einmal rund um die Westerstraße, eine ganz große Lösung. Man wird sehen können, ob das überhaupt angenommen wird, ob die Menschen sagen, das ist wirklich eine Option, wenn wir die Domsheide umbauen.

Auch das ist ein wichtiges Projekt neben einem Umbau des Domshofs, wo wir sehen müssen, wie können wir den Domshof wirklich attraktiv gestalten. Auf jeden Fall wird die Umgestaltung der Domsheide anstehen, weil die Gleise abgängig sind, weil es laut rumpelt. Ich hatte gerade eine Expertenanhörung zu einem Masse-Feder-System, das eingebaut werden soll, damit der Musikgenuss in der Glocke dann zukünftig auch ungetrübt ist. Das heißt, die Domsheide wird eine riesige Baustelle werden, und da werden dann in dem Zuge wahrscheinlich auch irgendwann die Bahnen umgelenkt werden. Dann wird man sehen, ob die Menschen das annehmen, denn es gibt auch genauso Kaufleute, die sagen, gerade Menschen, die mobilitätseingeschränkt sind, wollen weiterhin die Haltestelle vor Karstadt haben. Also, wir sehen, wir müssen auch mit der Kaufmannschaft noch einmal solche Fragen genau eruieren.

Ich will jetzt nicht noch auf Ihre anderen Punkte eingehen, weil ich schon sehe, dass ich mit meinen Sekunden langsam im Minusbereich bin, aber klar ist auch, wenn wir eine autofreie Innenstadt haben wollen, dass wir natürlich sowohl Laufwege von der Obernstraße zur Schlachte attraktiver machen müssen als auch das ÖPNV-Angebot deutlich attraktiver machen und deswegen auch als letzten Punkt darüber nachdenken müssen, wo dann Park-and-ride- und Bike-and-ride-Plätze eingerichtet werden können. Auch da gibt es ein Handlungskonzept, wo wir Ihnen ein ganzes Maßnahmenbündel vorstellen wollen, und damit möchte ich es auch belassen.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, wir fangen nicht bei null an, wir haben den VEP, den wollen wir weiter entwickeln, wir haben das Innenstadtkonzept, das man in der Tat auch novellieren muss, da haben Sie völlig recht. Insofern finde ich es gut, wenn der Antrag in die beiden Deputationen überwiesen wird, und noch einmal: Ich fände

es auch gut, wenn beide Deputationen dann zusammen tagen, ich organisiere das sehr gern, wenn das auf Gegenliebe stößt. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Imhoff:** Als nächster Redner hat das Wort Herr Staatsrat Wiebe.

**Staatsrat Wiebe:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Erwarten Sie jetzt nicht zu fortgeschrittener Stunde noch den einen oder anderen Wachmacher von mir, aber erlauben Sie mir trotzdem, auch von meiner Seite aus noch einmal einige wichtige Punkte hervorzuheben!

Die Innenstadt ist das Zentrum, ist die Mitte, ist das Herz – ich greife den Begriff Herzkammer gern auf – einer jeden Stadt, und wenn das Herz nicht ordentlich pulsiert, dann hat das auch Konsequenzen auf die anderen Organe. Das war in den letzten Jahrzehnten, in den letzten Jahrhunderten schon immer so, und ich denke, das wird auch weiterhin so bleiben. Das unterstreicht eben die Bedeutung, die einer Innenstadtpolitik zukommt, mal mehr, mal weniger intensiv, aber ich glaube, wir sind jetzt in einer Phase, in der es gilt, sie besonders intensiv zu gestalten, denn die Bremer Innenstadt befindet sich in einem starken Veränderungsprozess, aber auch in einer Phase des Aufbruchs.

Es wurden die herausragenden Investitionen, die stattfinden, angesprochen. Besonders hervorzuheben sind die Projekte Balgequartier, Sparkassenareal und Parkhaus Mitte, wo es erhebliche private Investitionen gibt, die wichtig für unsere Stadt sind. Wir können froh sein, dass es diese Investitionen gibt, und sie zeigen auch, dass die Investoren Vertrauen in die Zukunft unserer Innenstadt haben, obwohl die Situation nicht leicht ist. Wir haben sowohl am Stadtrand als auch vor allem leider im Umland nach wie vor den Wettbewerb mit den Einkaufs- und Shoppingcentern, das ist das eine. Das andere ist auch schon angesprochen worden, der exponentiell wachsende Onlinehandel, mit dem sich der Einzelhandel und eben auch die Städte auseinandersetzen müssen. Zurzeit konstatieren wir eben weniger Laufkundschaft, geringere Umsätze, Immobilienleerstand, und damit müssen wir umgehen.

Darüber hinaus gibt es die großen Entwicklungen des demografischen Wandels, die Rückbesinnung auf die Innenstadt als Wohnstandort, den wachsen-



den Städtetourismus, andere Ansprüche an Mobilität, Aufenthaltsqualität und Erlebnisräume. All diese Faktoren sind bei der zukünftigen Innenstadtentwicklung angemessen zu berücksichtigen, und wir werden ein besonderes Augenmerk darauf legen, den Einzelhandel mit seinen Arbeitsplätzen, die es in der Innenstadt gibt und die wichtig für die Stadt sind, zu stärken.

Angesprochen war auch der Hebel Aufenthaltsqualität. Ganz wichtig, auch aus unserer Sicht: Wir müssen uns abheben von anderen Einkaufszentren, wir müssen uns abheben vom Onlinehandel, das heißt, wir müssen die Bremer Innenstadt zu einem unverwechselbaren Erlebnis machen, es muss mehr sein als das, was es heute ist, das ist in der Tat so, das kann man schnell feststellen, aber wir müssen an konkreten Ideen arbeiten und dann in der Folge natürlich auch noch an deren Umsetzung. Das ist die Herausforderung, die Zukunft der Innenstadt ist also offen, aber es gibt sie.

Ich möchte Ihnen noch einmal, was die Dimensionen der Veränderung angeht, zwei Zahlen nennen. Mit den absehbaren Projekten wird etwa die Hälfte der Verkaufsfläche in der Bremer Innenstadt neu organisiert. Wir erwarten Projekte in einer Größenordnung von über einer Milliarde Euro, es passiert also unheimlich viel, und wir sind gefordert, diese Prozesse dann auch öffentlich zu begleiten.

Wir müssen mit den verschiedenen Gesichtern, die unsere Innenstadt hat, umgehen. Einerseits haben wir den sogenannten Tempelbezirk mit dem Weltkulturerbe Rathaus und Roland, den Dom, der Böttcherstraße, den historischen Stadträumen, aber wir haben andererseits in der Innenstadt auch städtebauliche Strukturen, die in den Siebziger- und Achtzigerjahren entstanden sind und nicht mehr den aktuellen Anforderungen an moderne Innenstadtimmobilien entsprechen. Das ist eine große Herausforderung. Insofern ist das Herz unserer Stadt in die Jahre gekommen, aber wir haben Schrittmacher, die es wiederbeleben. Insofern ist es auch richtig, dass das Innenstadtkonzept, das nicht so schlecht ist, wie es vielleicht gesagt wurde, jedenfalls fortgeschrieben werden muss, und genau daran arbeiten wir auch.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE – Abgeordneter Dr. vom Bruch [CDU]: Na ja, nach schwachem Beginn steigerte sich das dann doch noch!)

Vielen Dank, das lockert das Ganze ja doch noch einmal etwas auf!

(Heiterkeit)

Es bedarf weiter gehender Aktivitäten. Wir können durchaus – auch hier habe ich die eine oder andere Bemerkung gehört, die ich so nicht teile – auf den Ergebnissen der Ideenmeisterschaft aufbauen. Vielleicht – und das hat so etwas ja per se in sich – werden nicht alle Ideen umsetzbar sein oder überhaupt weiterverfolgt werden, aber andere eben schon, nur darf es dabei nicht bleiben! Die Ideen müssen natürlich in qualitätsvolle Entwicklungen, Prozesse und Umsetzungen überführt werden, und in diesem Prozess sind wir.

Es wird dann einen Mix von zeitgemäßem Einzelhandel, von urbanem Wohnen und Arbeiten, von Bildung, von gastronomischen Angeboten und vor allem auch von kulturellen Angeboten – sehr wichtig für die Attraktivität der Innenstadt! – erfordern. Selbstverständlich werden wir dazu einen breiten Diskurs führen, eine breite Diskussion mit den Investoren auf der einen Seite, mit den Bürgern auf der anderen Seite. Es wird nicht nur im parlamentarischen Raum zu diskutieren sein, sondern eben auch sehr breit in der Öffentlichkeit. Das tun wir, in dem Sinne ist der Senat unterwegs.

Sie können gewiss sein, dass auch die beiden Ressorts miteinander sehr eng und sehr gut zusammenarbeiten. Das schließt natürlich nicht aus, dass es auch in der Diskussion einmal Meinungsverschiedenheiten gibt, aber wir sind da wirklich in guten Prozessen, gar keine Frage. In dem Sinne könnte ich jetzt auch noch einmal auf die einzelnen Punkte des CDU-Antrags eingehen, aber man kann auch zusammenfassend sagen, dass wir da inhaltlich beieinander liegen. Es gibt nur nicht die Herausforderung, den Senat an der Stelle zu treiben. Wir sind in dem Prozess und werden die Diskussion dann in den Deputationen oder in einer gemeinsamen Deputationssitzung – ich würde auch sehr begrüßen, wenn wir das hinbekämen! – fortsetzen. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

**Präsident Imhoff:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Hier ist Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Wirtschaft

und Arbeit, federführend, und Mobilität, Bau und Stadtentwicklung vorgesehen.

Wer der Überweisung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft überweist entsprechend.

(Einstimmig)

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan 138 für die Errichtung eines gemischt genutzten Gebäudes am Osterholzer Marktplatz, zwischen Walliser Straße, Bus- und Straßenbahnhaltestelle Schweizer Eck und Tessiner Straße in Bremen-Osterholz**  
**Mitteilung des Senats vom 7. Januar 2020 (Drucksache 20/108 S)**

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den vorhabenbezogenen Bebauungsplan 138 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen FDP)

Stimmenthaltungen?

(CDU, M.R.F, Abgeordneter Beck [AfD])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

**Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 4 vom 24. Januar 2019 (Drucksache 20/115 S)**

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung angekommen. Ich bedanke mich recht herzlich bei Ihnen, wünsche Ihnen einen schönen Abend, und wir sehen uns morgen früh in aller Frische wieder.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 19:02 Uhr)

## Anhang zum Plenarprotokoll

### Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus der Fragestunde der Stadtbürgerschaft vom 28. Januar 2020

#### **Anfrage 10: Bundeswettbewerb „Jugend musiziert“ 2021 in Bremen? Anfrage der Abgeordneten Rohmeyer, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 16. Januar 2020**

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die Möglichkeit und Chancen, dass die Stadt Bremen im Jahr 2021 Ausrichter des renommierten Bundeswettbewerbs „Jugend musiziert“ werden kann?
2. Unterstützt der Senat die Bewerbung, und welche Gründe haben eine Zusage der Stadt Bremen bislang verhindert?

Rohmeyer, Röwekamp und Fraktion der CDU

#### **Antwort des Senats:**

Zu Frage 1: Mit dem Deutschen Musikrat als Ausrichter des Wettbewerbs ist verabredet, dass der Bundeswettbewerb im Jahr 2021 in Bremen stattfinden soll. Dies setzt eine finanzielle Unterstützung durch den Senat voraus. Diesbezügliche Gespräche sind vom Wirtschafts- und vom Kulturessort geführt worden. Somit sind die Chancen unter dem Vorbehalt der Freigabe von entsprechenden Haushaltsmitteln als gut zu bewerten.

Zu Frage 2: Der Senat begrüßt im Grundsatz die Durchführung des Bundeswettbewerbs in der Stadt Bremen. Der Senator für Kultur hat der Projektleitung des Wettbewerbs am 14. Januar 2020 schriftlich bestätigt, dass die Freie Hansestadt Bremen beabsichtigt, die erforderlichen Komplementärmittel vorbehaltlich der entsprechenden Beschlussfassung der Gremien aus dem öffentlichen Haushalt zur Verfügung zu stellen beziehungsweise Drittmittel für die Durchführung einzuwerben.

#### **Anfrage 11: Umbenennung von Straßen, deren Namen einen kolonialgeschichtlichen Bezug hat Anfrage der Abgeordneten Frau Strunge, Zimmer, Frau Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 20. Januar 2020**

Wir fragen den Senat:

1. Werden Initiativen zur Umbenennung von kolonialen Straßennamen vom Senat unterstützt, und wenn ja, wie?
2. Welche finanzielle Unterstützung gibt es für die Umbenennungen von Straßen, insbesondere für die von den Umbenennungen betroffenen Anwohnerinnen und Anwohnern?
3. Welche weitere behördliche Unterstützung kann es für die Anwohnerinnen und Anwohner bei der Umbenennung einer Straße geben?

Frau Strunge, Zimmer, Frau Leonidakis und Fraktion DIE LINKE

#### **Antwort des Senats:**

Zu Frage 1: Dem Senat sind aktuell keine Umbenennungsverfahren aufgrund von Straßennamen mit Bezug zur Kolonialzeit bekannt. Für die Benennung und Umbenennung von Straßennamen liegt das Vorschlagsrecht bei den Beiräten, die ihre Beschlüsse dem Amt für Straßen und Verkehr zur Vorbereitung der Senatsbefassung zuleiten. Die Beiräte stehen diesem Thema aufgeschlossen gegenüber und werden sich im Rahmen einer der nächsten Beirätekonferenzen damit auseinandersetzen, wie mit entsprechenden Initiativen umgegangen werden kann. Im Rahmen der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit hat die Senatskanzlei mittels eines drittmittelfinanzierten Projekts Aktivitäten zur Sensibilisierung von Schülerinnen und Schülern sowie der Anwohnerschaft zum bewussten Umgang mit Themen des kolonialen Erbes unterstützt, insbesondere zu Straßennamen in diesem Kontext.

Die Federführung im Verfahren, inklusive der Gremienbefassungen, liegt beim Amt für Straßen und Verkehr. Dabei wird bei allen Benennungen und Umbenennungen von Verkehrsflächen, ganz gleich mit welchem historischen Hintergrund, das Staatsarchiv vom Amt für Straßen und Verkehr mit der Bitte um Stellungnahme einbezogen.

Zu Frage 2: Bei einer Straßenumbenennung sind die Kosten der Anwohnerinnen und Anwohner,

unter anderem Änderung der Ausweispapiere, Kfz-Zulassung et cetera, in der Regel von ihnen selbst zu tragen. Ein Rechtsanspruch auf Kostenübernahme besteht nicht. Eine finanzielle Unterstützung seitens des Senats ist nicht vorgesehen.

Zu Frage 3: Für Straßenumbenennungen muss ein Beirats- und Senatsbeschluss vorliegen. Erforderlich sind eine Umwidmung, die Umtragung im Kataster und eine sich anschließende Änderung im Grundbuchamt für die betroffenen Haushalte. Abschließend erfolgt die Neuvergabe der Hausnummern unter der neuen Adressierung.

**Anfrage 12: Einhaltung der Fußgängerzonenregelung**  
**Anfrage der Abgeordneten Michalik, Strohmann, Röwekamp und Fraktion der CDU**  
**vom 21. Januar 2020**

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die Einhaltung der Fußgängerzonenregelung von der Domsheide bis zur Obernstraße?
2. Inwiefern finden regelmäßige Kontrollen zur Einhaltung der Fußgängerzonenregelung in diesem Bereich statt?
3. Wie viele Verstöße gegen die Fußgängerzonenregelungen wurden seit dem Jahr 2015 jährlich geahndet?

Michalik, Strohmann, Röwekamp und Fraktion der CDU

**Antwort des Senats:**

Zu Frage 1: Der Bereich zwischen Domsheide und Obernstraße zeichnet sich durch eine vielfältige Nutzung und ein Zusammentreffen unterschiedlicher Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer aus. Die verstärkte Kontrolle des Bereichs insbesondere durch den Ordnungsdienst hat zu einer Steigerung der Verkehrssicherheit geführt und wird deshalb aufrechterhalten.

Zu Frage 2: Der Ordnungsdienst bestreift den Bereich zwischen der Domsheide und Obernstraße regelmäßig und kontrolliert dabei die Einhaltung der in Fußgängerzonen geltenden Regelungen. Darüber hinaus finden immer wieder auch Schwerpunktmaßnahmen statt. Bei diesen

Kontrollen wird ein Augenmerk auf den Radverkehr gelegt. Auch die Polizei Bremen kontrolliert im Rahmen der regelmäßig stattfindenden Bestreifung die Einhaltung der Fußgängerzonenregelungen in dem benannten Bereich.

Zu Frage 3: Der Ordnungsdienst hat im Innenstadtbereich im Jahr 2018 insgesamt 882 und im Jahr 2019 insgesamt 3 339 Verstöße gegen das Radfahrverbot in Fußgängerzonen festgestellt. Die Gesamteinnahmen sind durch eine verstärkte Kontrolle von 2 477,00 Euro auf 8 128,00 Euro gestiegen.

Eine Auswertung der in dem Bereich zwischen der Domsheide und der Obernstraße seit 2015 durch das Ordnungsamt und die Polizei Bremen festgestellten Verstöße war in der Kürze der Zeit nicht möglich.

**Anfrage 13: Medizinisches Zentrum für erwachsene Menschen mit Behinderung (MZEB)**  
**Anfrage der Abgeordneten Frau Grönert, Röwekamp und Fraktion der CDU**  
**vom 21. Januar 2020**

Wir fragen den Senat:

1. Wann startet das medizinische Zentrum für erwachsene Menschen mit Behinderung, MZEB?
2. Könnte die Stelle einer Fachärztin oder eines Facharztes für Neurologie wie geplant zum 30. Juni 2019 besetzt werden? Wenn nein, wie sieht die von der Gesundheit Nord angekündigte Alternativstrategie aus?
3. Zu welchen Ergebnissen haben die Verhandlungen mit den Kostenträgern geführt?

Frau Grönert, Röwekamp und Fraktion der CDU

**Antwort des Senats:**

Zu Frage 1: Anders als in anderen Städten konnte nicht auf schon bestehende Strukturen aufgesetzt. Für Bremen musste ein völlig neues Zentrum konzipiert werden. Dazu wurden erhebliche finanzielle und personelle Ressourcen benötigt, für die die Gesundheit Nord, GeNo, in Vorleistung gehen musste und die erst über die Abrechnung der zukünftigen Leistung sukzessive refinanziert werden.

Die Gesundheit Nord plant, die ersten Patientinnen und Patienten im zweiten Quartal 2020 aufzunehmen. Aufgrund personeller Probleme hat sich der ursprünglich für das erste Quartal geplante Start verzögert.

Zu Frage 2: Der GeNo ist es trotz intensiver Bemühungen bislang nicht gelungen, eine Neurologin beziehungsweise einen Neurologen fest einzustellen. Dies ist dem Umstand geschuldet, dass bundesweit ein erheblicher Fachärztemangel für den Fachbereich der Neurologie existiert. Neben der weiteren intensiven Suche wird Herr Dr. Kakos konsiliarisch die notwendigen neuro-

logischen Untersuchungen im MZEB durchführen. Herr Dr. Kakos ist derzeit der Chefarzt der Neurologie des neurologischen Reha-bilitations-zentrums der Stiftung Friedehorst. Zudem konnte die GeNo für die wesentlichen Bereiche des interdisziplinären Teams inzwischen sehr erfahrene und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Fachgebieten der Psychologie, Physiotherapie, Logopädie, Ergotherapie und Pflege finden und engagieren.

Zu Frage 3: Es konnte mit Gültigkeit ab dem 1. Januar 2020 eine Vereinbarung zwischen den Krankenkassen und der GeNo getroffen werden, die die Inhalte und die Vergütung regelt.

### Konsensliste

Von der Stadtbürgerschaft in der 8. Sitzung nach interfraktioneller Absprache beschlossene Tagesordnungspunkte ohne Debatte.

Nr.	Tagesordnungspunkt	Beschlussempfehlung
8.	<b>Geschäftsbericht und Haushaltsrechnungen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen einschließlich Abschlussbericht zum Produktgruppenhaushalt für das Haushaltsjahr 2018</b> Mitteilung des Senats vom 10.12.2019 (Drucksache <a href="#">20/103 S</a> )	Die Stadtbürgerschaft überweist die Mitteilung des Senats an den städtischen Rechnungsprüfungsausschuss.
10.	<b>Bebauungsplan 2455 A für ein Gebiet in Bremen-Walle, Ortsteil Überseestadt, im Bereich des ehemaligen Schuppen 3 zwischen Konsul-Smidt-Straße, südwestlich Überseetor, Europahafen und südöstlich Konsul-Smidt-Straße 54</b> (Bearbeitungsstand: 28.10.2019) Mitteilung des Senats vom 07.01.2020 (Drucksache <a href="#">20/107 S</a> )	Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2455 A.
12.	<b>Vorschlagslisten für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Verwaltungs- und Oberverwaltungsgericht</b> <b>Vorschlagslisten für die Stadtgemeinde Bremen</b> Mitteilung des Senats vom 14.01.2020 (Drucksache <a href="#">20/112 S</a> )	Die Stadtbürgerschaft stimmt den Vorschlagslisten mit der erforderlichen Mehrheit zu.

Frank Imhoff  
 Präsident der Bremischen Bürgerschaft